

gungen feststehen, noch zu genaueren Absprachen kommen.

Das von uns jetzt auf den Weg Gebrachte ist ein erster Meilenstein in der transparenteren Zusammenarbeit von Parlament und Regierung. Viele andere Bundesländer wären froh, wenn sie ein ähnlich konstruktives Regelwerk auf den Weg gebracht hätten. Wir begrüßen das ausdrücklich und sind bereit für die weitere Gestaltung. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Witzel. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Herr Remmel.

Johannes Remmel (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Jostmeier, in der Tat ist es nicht irgendetwas, was wir heute Morgen hier per Akklamation unterstützend zur Kenntnis nehmen, sondern ein Meilenstein.

Um zu verdeutlichen, warum wir das Ganze machen, möchte ich kurz aus einer aktuell erschienenen Dissertation von Andreas Klenke mit dem Titel „Stärkung der Informationsrechte des Landesparlaments in Bezug auf beabsichtigtes Regierungshandeln“ zitieren. In der Zusammenfassung führt Herr Klenke aus – und das ist der Grund, warum wir uns mit dieser Frage beschäftigen –:

Ein Informationsrückstand des Landesparlamentes gegenüber der Landesregierung wird seit Beginn der 1990er-Jahre beklagt. Grund für den Informationsrückstand ist, dass Verwaltungstätigkeit und Verwaltungspersonal, namentlich in Schlüsselpositionen, in den vergangenen Jahrzehnten vor dem Hintergrund immer komplexerer und komplizierter werdender Lebensverhältnisse stark angewachsen sind.

Jetzt kommt es:

Die Arbeitsmöglichkeiten der Fraktionen und erst recht der einzelnen Abgeordneten haben sich dagegen nicht nennenswert verbessert.

Das ist der eigentliche Grund, warum wir entsprechende einklagbare Rechte für das Parlament und einzelne Abgeordnete festlegen wollen.

In der Tat dauert dieser Prozess schon sehr lange. Ich erinnere daran, dass bereits im Jahr 1995 eine schriftliche Vereinbarung fast ausgearbeitet war und kurz vor der Verabschiedung stand. Insofern mahlen die Mühlen offensichtlich etwas langsam. Darum sind wir froh, dass uns heute diese Vereinbarung vorliegt.

Gleichzeitig muss man aber feststellen, dass diese Vereinbarung rechtlich nicht belastbar ist. Sie setzt auf den guten Willen beider Seiten, ist aber rechtlich nicht einklagbar und nicht belastbar. Wenn wir es

rechtlich sauber machen wollen, müssen wir in der Tat – zu diesem Schluss kommt der Verfasser der Dissertation eindeutig – eine Verfassungsänderung beschließen. Dazu war die Mehrheit dieses Hauses nicht bereit. Insofern sind wir auf die Vereinbarung angewiesen.

Ich mache auch darauf aufmerksam, dass in der Rechtsentwicklung insgesamt Tendenzen zu beobachten sind, die durchaus den Schluss zulassen, dass die Rechte einzelner Bürgerinnen und Bürger weiter gehender sind als die Rechte der Abgeordneten.

Wir haben im Bereich der Informationsfreiheit eine Rechtsentwicklung. Wir haben im Bereich der Umweltinformationsrechte, der Verbraucherrechte eine Entwicklung, die, wenn wir sie als Bürgerinnen und Bürger einfordern würden, uns andere Rechte zubilligt als die, die wir hier als Abgeordnete haben. Deshalb geraten wir an verschiedenen Stellen in einen Wertungswiderspruch, der auch durch diese Vereinbarung nicht aufgelöst ist.

Deshalb glaube ich, dass, auch um im Konzert mit den anderen Bundesländern noch weiter aufzuholen, als nächster Schritt eine Verfassungsänderung mit der umfassenden Absicherung der Rechte der Abgeordneten in diesem Landtag, wenn auch wahrscheinlich nicht mehr in dieser Legislaturperiode, ansteht. Ich hoffe, dass wir in der nächsten Legislaturperiode an anderer und verantwortlicher Stelle dafür sorgen können, dass wir gemeinsam eine solche umfassende Absicherung hinbekommen. – Vielen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD sowie Werner Jostmeier [CDU])

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Remmel. – Meine Damen und Herren, zu Tagesordnungspunkt 1 gibt es keine weiteren Wortmeldungen.

Wir kommen zu:

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9700

In Verbindung mit:

Finanzplanung 2009 bis 2013 mit Finanzbericht 2010 des Landes Nordrhein-Westfalen

Drucksache 14/9701

Und:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2010 (Gemeindefinanzierungsgesetz – GFG 2010)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7902

erste Lesung

Ich eröffne die Beratung und gebe zur Einbringung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes das Wort an unseren Finanzminister, Herrn Dr. Linssen. Bitte schön.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In wenigen Tagen jährt sich die Insolvenz der amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers. Seit dem Zusammenbruch der Bank am 15. September 2008 ist auf den internationalen Finanzmärkten nichts mehr wie vorher. Die Staaten weltweit stehen vor der größten Herausforderung der Weltwirtschaft in der Moderne. So jedenfalls bezeichnen die Vertreter der G-20-Staaten die Weltwirtschaftskrise in ihrer Abschluss-erklärung zum Londoner Finanzgipfel vom 2. April 2009.

Aufgrund der anhaltenden Krise schätzt der Internationale Währungsfonds, dass die Weltwirtschaftsleistung 2009 um 1,3 % zurückgehen wird. Für den Welthandel erwartet er einen Rückgang um 11 %. Die OECD prognostiziert sogar einen Rückgang von 12 %. Deutschland mit seiner hohen Exportabhängigkeit hat im letzten Jahrzehnt stark vom weltwirtschaftlichen Wachstum profitiert. Das heißt im Umkehrschluss: Deutschland ist jetzt besonders stark vom Schrumpfungsprozess betroffen.

Für das gesamte Jahr 2009, meine Damen und Herren, rechnet die Bundesregierung ebenso wie die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Frühjahrsgutachten mit einem Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts um 6 %. Das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht ist damit erheblich gestört.

Erfreulicherweise mehren sich jüngst die Anzeichen für eine Besserung der konjunkturellen Lage. Die Exportzahlen bessern sich ebenso wie die Auftragseingänge in der Industrie und im Baugewerbe. Auch bei den Unternehmen wächst der Optimismus angesichts verbesserter Geschäftserwartungen.

Die ersten Wirtschaftsforschungsinstitute korrigieren bereits ihre Prognosen für das laufende und das kommende Jahr leicht nach oben. Ich glaube, wir alle freuen uns über diese hoffnungsvollen Signale. Aber ich kann vor verfrühter Euphorie nur warnen. Es gibt noch genug Unsicherheiten und Risiken. Wir

fahren immer noch auf Sicht, wenn sie auch heute klarer ist als noch vor einem Jahr.

Die konjunkturelle Lage bleibt angespannt. Wir sind, wie man im Rheinland so schön sagt, um Schmitz-Backes noch nicht herum. Die nächsten Monate werden daher wie auch die zurückliegenden Jahre von harter Regierungsarbeit geprägt sein. Für uns heißt dies weiterhin, das zum Wohle der Bürger unseres Landes Notwendige zu tun.

Dazu muss man manchmal auch vermeintlich unpopuläre Entscheidungen treffen. Das Aufspannen von Rettungsschirmen, die Milliarden-Garantien für Banken sind für viele ein Reizthema. Sie sind aber alternativlos, weil damit die Kreditversorgung der Unternehmen im Land und damit viele hunderttausend Arbeitsplätze gesichert werden konnten.

Würde, meine Damen und Herren, eine systemrelevante Bank wie die WestLB kippen, zöge sie die Sparkassen mit in den Strudel. Dann wäre mit der Kreditversorgung des Mittelstandes, umgangssprachlich gesagt, Schicht im Schacht. Wenn man also die Menschen in den Betrieben schützen will – denn sie haben sich nichts zuschulden kommen lassen –, sind die Garantien für die Banken, auch für die WestLB, zwingend. Die Kreditversorgung des Mittelstandes wäre ansonsten flächendeckend in Deutschland gefährdet.

Deshalb ist dieses Thema auch nicht geeignet für politische Spielchen. Hier geht es um die Zukunft der Menschen in Nordrhein-Westfalen. Es wäre schön gewesen, wenn bereits 2008 alle Beteiligten Verantwortungsbewusstsein gezeigt hätten. Stattdessen haben sich hier einige in die Büsche geschlagen und sich vor der Verantwortung gedrückt. In schwierigen Zeiten, meine Damen und Herren, zeigt sich, ob jemand geeignet ist, Verantwortung zu übernehmen.

Unser Konsolidierungskurs der vergangenen Jahre zahlt sich in diesen Tagen aus. Die in den letzten vier Jahren deutlich verbesserte finanzielle Basis des Landes hilft uns heute, den krisenbedingten Anstieg der Neuverschuldung zu begrenzen – trotz tatsächlicher Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.

Keine Frage: Aufgrund wegbrechender Einnahmen steigt die Nettoneuverschuldung im kommenden Jahr auf 6,596 Milliarden € an. Niemanden wurmt das mehr als mich. Aber trotz einer historisch einmaligen Krise bleibt die Nettoneuverschuldung um fast 130 Millionen € unter der Rekordneuverschuldung aus dem Jahre 2004. Damals machte die Regierung Steinbrück 6,724 Milliarden € neue Schulden – und das in einer Situation ohne vergleichbare Wirtschaftskrise.

(Sören Link [SPD]: Donnerwetter! – Ewald Groth [GRÜNE]: Wie viele Steuereinnahmen haben Sie denn jetzt?)

In 2004 betrug das Wirtschaftswachstum 1,4 %, liebe Kolleginnen und Kollegen. Damals gab es also noch Wachstum.

Heute haben wir eine stark schrumpfende Wirtschaftskraft. Hätten wir den Haushalt in den vergangenen Jahren nicht so konsequent konsolidiert, würde die Neuverschuldung noch viel dramatischer anwachsen.

(Beifall von der CDU)

Rot-Grün hat die Neuverschuldung in die Höhe getrieben – trotz Wachstum. Was hätte man wohl heute von einer solchen Regierung zu erwarten?

(Zuruf von der SPD)

Die von der Landesregierung zu Beginn der Wahlperiode eingesetzte Hartmann-Kommission hat sich fundiert mit der Frage befasst, wo Nordrhein-Westfalen 2010 stehen würde, wenn der bis einschließlich 2005 verfolgte finanzpolitische Kurs fortgesetzt worden wäre. Selbst unter der keinesfalls pessimistischen Annahme eines jährlichen Wirtschaftswachstums von 2 % wäre das jährliche Defizit bis 2010 nach den Berechnungen der Experten auf rund 10 Milliarden € angestiegen.

Das nüchterne Fazit der Kommission zum finanzpolitischen Kurs vergangener Wahlperioden lautet – ich zitiere –: „Das Land NRW ist an die Grenzen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit gekommen.“ Klar formuliert heißt dies: In einer historischen Wirtschaftskrise, wie wir sie aktuell antreffen, hätte die Politik von damals jede Grenze der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes Nordrhein-Westfalen gesprengt.

(Beifall von der CDU)

Ich bin daher froh, einer Regierung anzugehören, die Maß und Mitte hält. Wir haben verinnerlicht, dass eine Landesregierung immer nur Treuhänderin des ihr von den Bürgerinnen und Bürgern überantworteten Geldes ist.

(Zuruf von Ewald Groth [GRÜNE])

Deshalb gilt es, Maß zu halten und sorgsam mit den Finanzen des Landes umzugehen. Danach handeln wir auch.

(Sören Link [SPD]: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Unzweifelhaft kann sich ein Land wie Nordrhein-Westfalen den Folgen der Krise nicht entziehen. Gegen dramatisch einbrechende Steuereinnahmen und zwei Konjunkturpakete des Bundes mit einem Gesamtvolumen von 80 Milliarden € kann man in einer solchen Situation nicht ansparen. Es wäre auch ökonomisch falsch. Die Folge ist allerdings ein sprunghafter Anstieg der Nettoneuverschuldung des Landes in diesem und im kommenden Jahr gegenüber 2008.

Würde ein Land wie Nordrhein-Westfalen auf einen Schlag 5,5 Milliarden € im Haushalt streichen, um den 2008 mühsam erreichten Stand zu halten, ginge dies in ganz erheblichem Umfang auch zulasten von Kindergärten, Schulen und Hochschulen. Eine Erosion dieser besonders zukunftsrelevanten Strukturen des Staates kann niemand ernsthaft wollen. Der Staat würde die Krise damit weiter verschärfen. Gerade in konjunkturell instabilen Zeiten muss daher von den öffentlichen Haushalten Planungssicherheit für die für unser Land zukünftig besonders wichtigen Bereiche ausgehen. Der Haushalt 2010 setzt die richtigen Zeichen, damit das Land gestärkt aus der Krise hervorgeht.

Wir erhöhen deshalb den Ansatz für das Kinderbildungsgesetz um weitere 81,5 Millionen € 2007 haben wir 819 Millionen € für die Kitas ausgegeben. 2010 werden es fast 1,3 Milliarden € sein.

(Beifall von CDU und FDP)

So etwas, meine Damen und Herren, diffamiert die Opposition als Spargesetz.

Wir verbessern mit unserer Politik die Möglichkeiten für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Zahl der Betreuungsplätze für unter Dreijährige bauen wir in 2010 um 14.500 auf 100.500 Plätze aus. Damit steigern wir die Betreuungsquote in nur einer Legislaturperiode von 3 % – Ihr damaliger Stand – auf 22 %.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir schaffen mit dem Haushalt 2010 insgesamt 920 zusätzliche Lehrerstellen und weitere 39 Stellenäquivalente bei den Ersatzschulen. Bis zum Schuljahr 2010/2011 stellen wir damit in nur einer Legislaturperiode 7.874 zusätzliche Lehrerstellen für individuelle Förderungen, gegen Unterrichtsausfall sowie für den Ausbau von Ganztagschulen bereit.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir etatisieren für 2010 zusätzliche 95 Millionen € für den Ausbau des Ganztagschulbetriebs. Damit wird jeder Kreis und jede kreisfreie Stadt auch Realschulen und Gymnasien zu gebundenen Ganztagschulen umwandeln können.

Meine Damen und Herren, wir fördern die Innovationskraft unseres Landes. Im Haushalt 2010 liegt das Gesamtvolumen des Innovationsfonds bei 119,5 Millionen €. Davon sind 40 Millionen € für die Stärkung der Exzellenz in Wissenschaft, Forschung und Technologie bestimmt.

Wir gründen drei neue Fachhochschulen mit insgesamt 7.500 Studienplätzen, und zwar jeweils 2.500 in Hamm-Lippstadt und bei den Fachhochschulen Rhein-Waal in Kleve und Kamp-Lintfort sowie Westliches Ruhrgebiet in Mülheim und Bottrop.

Wir schaffen weitere 2.500 neue Studienplätze an acht bereits bestehenden Standorten.

Außerdem gründen wir in Bochum die bundesweit erste Fachhochschule für Gesundheitsberufe, den Gesundheitscampus Nordrhein-Westfalen mit 1.000 neuen Studienplätzen.

Wir werden in den Jahren 2011 bis 2015 den Hochschulpakt II umsetzen und dafür insgesamt 1,8 Milliarden € an Bundes- und Landesmitteln bereitstellen.

Wir haben bis 2015 ein Programmvolumen von insgesamt 5 Milliarden € vorgesehen, um den von Rot-Grün verursachten Sanierungstau an unseren Hochschulen beschleunigt abzubauen.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese konsequente Fortsetzung der Investitionen in politische Schwerpunkte ist das denkbar beste Konjunkturprogramm, das die Landesregierung auf den Weg bringen konnte. Damit sichern wir die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Wir gewährleisten Stabilität und stärken die Wachstums- und Innovationskraft unseres Landes. Sicherlich ist Stabilität nicht alles, aber ohne Stabilität ist alles nichts.

Konjunkturstabilisierend wirkt sich aktuell auch die von uns bereits 2006 vorgenommene Umstellung des Referenzzeitraumes für das Gemeindefinanzierungsgesetz aus. Während die Steuereinnahmen 2009 deutlich zurückgehen, sind die an die Kommunen zu verteilenden Gelder in diesem Jahr sogar noch gestiegen. Erst 2010, also mit einer deutlichen zeitlichen Verzögerung, wirkt sich der Rückgang der Steuereinnahmen auch bei den Kommunen zu einem Teil aus. Er fällt gegenüber dem Rekordjahr 2009 mit minus 250 Millionen € bzw. minus 3,1 % jedoch sehr moderat aus. Mit insgesamt 7,72 Milliarden € überweist das Land den Kommunen inmitten einer historischen Rezession immerhin den zweithöchsten Finanzausgleichsbetrag in der Geschichte Nordrhein-Westfalens.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir leiten zudem bundesweit vorbildliche 84 % der Mittel aus dem Konjunkturpaket II an die Kommunen in Nordrhein-Westfalen weiter, um kommunale Investitionen in Bildung und Infrastruktur zu fördern. Das sind 2,38 Milliarden €. Gleichzeitig beteiligt sich das Land am Eigenanteil der Kommunen mit 50 %. Die Kommunen haben nur einen Kofinanzierungsanteil von 12,5 %.

Auf ein bürokratisches Antragsverfahren haben wir bewusst verzichtet, damit die Mittel schnell konjunkturwirksam werden. Vor Ort weiß man schließlich am besten, wo Bedarf besteht. Deswegen entscheidet in Nordrhein-Westfalen jede Kommune über die Verwendung der Mittel im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben selbst.

Und, meine Damen und Herren, der Erfolg gibt uns Recht: Per heute sind rund 3.515 Maßnahmen in der Planung bzw. bereits in der Durchführung mit

einem Gesamtvolumen von rund 1,29 Milliarden €. Das schafft Planungssicherheit und hilft, Arbeitsplätze vor allem im Handwerk und im Mittelstand zu sichern.

Aktuell sind damit rund 45 % der für Nordrhein-Westfalen vorgesehenen Mittel verplant. Vier Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes ist dies ein ausgezeichnetes Ergebnis. Es beweist: Der nordrhein-westfälische Weg ist richtig und hat sicherlich Vorbildfunktion in der Bundesrepublik. Wir handeln, damit unser Land schnellstmöglich wieder auf Wachstumskurs kommt. Um mit Karl Schiller zu sprechen: Wenn man die Pferde richtig an die Tränke führt, dann saufen sie auch.

(Beifall von CDU und FDP)

Angesichts der historischen Rezession müssen wir einen kurz- und mittelfristig deutlichen Anstieg der Neuverschuldung akzeptieren. Dies heißt aber nicht, dass wir uns den Verlust jedes finanzpolitisch vertretbaren Maßes leisten können. Im Gegenteil: Wir müssen das Maß halten. Das ist auch der Unterschied zwischen der schwarz-gelben Landesregierung und Rot-Grün. Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, fordern alles Mögliche; nur ist das nicht bezahlbar ohne einen neuen, noch größeren Schuldenberg. Gerade jetzt muss die Politik aber darauf bedacht sein, dass die Neuverschuldung nur im unvermeidbaren Ausmaß steigt.

Im Vergleich zum Bund steht Nordrhein-Westfalen aktuell vergleichsweise gut da. Der Bundesfinanzminister Peer Steinbrück wird für das Jahr 2010 die Rekordneuverschuldung von 86 Milliarden € vorlegen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Regieren Sie da nicht mit?)

Gegenüber dem Ergebnis aus dem Jahr 2008 von 11,5 Milliarden € ist dies eine Verachtfachung der Neuverschuldung des Bundes.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Warum greifen Sie denn da dann nicht ein?)

Obwohl Nordrhein-Westfalen von der Wirtschaftskrise gleichermaßen betroffen ist, steigt hier die Verschuldung – ich setze es bewusst in Anführungsstriche – „nur“ um den Faktor 6.

Genauso zwingend, meine Damen und Herren, ist es nach der Krise, die Neuverschuldung wieder konsequent zurückzuführen. Bereits heute drücken uns Zinslasten von 4,6 Milliarden € jährlich. Sie sind das Ergebnis längst vergangener Freuden maßloser roter und rot-grüner Haushaltswirtschaft.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD: Oh!)

Das ist ein gewaltiger Sprengsatz, den Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, zukünftigen Generationen unter den Sitz gelegt haben. Bis 2013 werden die Zinslasten, ohne dass die Landesregie-

rung hierauf einen Einfluss hätte, auf voraussichtlich 5,9 Milliarden € anwachsen.

Wir sollten deshalb nicht den Fehler begehen, die zukünftig anfallenden Kosten steigender Staatsverschuldung zu gering zu achten und den Nutzen höherer Staatsausgaben zu hoch zu bewerten. Die Richterin am Bundesverfassungsgericht Professor Osterloh hat diesen Sachverhalt mit folgendem Bild trefflich beschrieben – ich darf sie zitieren –: Jeder einzelne Haushaltsanschlag ist in Wirklichkeit mit einem anteiligen Zinsaufschlag belastet. Man muss den Haushaltsplan also gleichsam wie eine Preisliste eines Händlers lesen, bei der die Mehrwertsteuer in den Einzelposten noch nicht berücksichtigt ist.

Aktuell, meine Damen und Herren, ist daher jeder Haushaltsansatz gedanklich mit einem Zinsaufschlag von knapp 9 % zu versehen. Das ist der Zinsausgabenanteil am gesamten Ausgabenvolumen unseres Landes.

So gesehen überweist das Land beispielsweise für jede 100 €, die es einem seiner Beschäftigten zahlt, zugleich 9 € Zinsen an eine Bank. Diese Zinslasten werden weiter steigen.

Hinzu kommt: Die Beschäftigten haben von diesem Anstieg bei den Zinsausgaben nichts. Diesen Aufwuchs frisst alleine der Kreditmarkt. Schon deswegen muss der ausgeglichene Haushalt unser strategisches Primärziel bleiben, damit irgendwann jeder Euro, der für das Personal ausgegeben wird, auch tatsächlich in den Portemonnaies der Beschäftigten landet.

Als wir 2005 angetreten sind, haben wir den Bürgerinnen und Bürgern eine realistische Perspektive für die Konsolidierung des damals mit 112,2 Milliarden € hochverschuldeten Landeshaushalts versprochen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie haben allen alles versprochen!)

Wir sind diesen Weg gegangen. Nach den drei verheerenden Haushaltsjahren von 2003 bis 2005 mit einer Neuverschuldung von jeweils rund 6,7 Milliarden € haben wir mit unserem ersten eigenen Haushalt 2006 ein dreistufiges Sanierungskonzept vorgelegt. Bereits im Haushaltsvollzug 2006 konnten wir einen positiven Primärsaldo erzielen. Das heißt, wir haben 2006 bereits weniger neue Schulden gemacht, als das Land alleine an Zinsen zu zahlen hatte. Mit einer Neuverschuldung von 3,24 Milliarden € hatten wir damit zugleich die Neuverschuldung binnen eines Jahres mehr als halbiert.

2007 haben wir dann mit einer Neuverschuldung von 2,34 Milliarden € bereits den ersten verfassungskonformen Haushalt seit 2001 eingebracht. Im Vollzug schloss dieser Haushalt sogar nur mit einer Verschuldung von 1,86 Milliarden € ab.

Bereits im darauffolgenden Haushaltsjahr 2008 erzielten wir mit einer Neuverschuldung in Höhe von

1,13 Milliarden € den besten Jahresabschluss seit 1973.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Bei 8 Milliarden € Mehreinnahmen!)

Dies ist gleichbedeutend mit einer Rückführung der Neuverschuldung um 83 % in nur drei Haushaltsjahren.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Das hat mit Haushaltswirtschaft überhaupt nichts zu tun!)

Im gleichen Jahr musste die Landesregierung für begründete Risiken aufgrund der Finanzmarktkrise und zur Abfederung zukünftiger Versorgungslasten Vorsorge treffen. Dafür haben wir insgesamt 1,5 Milliarden € zurückgelegt. Ohne diese notwendige Vorsorge hätte Nordrhein-Westfalen nach fast 40 Jahren zum ersten Mal sogar überhaupt keine neuen Schulden mehr machen müssen.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Sören Link [SPD])

Insgesamt konnte die Landesregierung die Neuverschuldung somit in drei aufeinanderfolgenden Jahren konstant absenken. Dies ist einer nordrhein-westfälischen Regierung zuletzt in der Zeit von 1987 bis 1989 gelungen.

Wir haben bewiesen, dass es mit Konsequenz, Mut und Augenmaß möglich ist, die Staatsfinanzen zu sanieren.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Ha!)

Das war mit Einschnitten verbunden – keine Frage. Die haben auch alle zu spüren bekommen.

(Zuruf von Sören Link [SPD])

Aber damit haben wir auch Freiräume geschaffen und Handlungsspielräume zurückgewonnen. Sicherlich hat die bis einschließlich 2008 positive Entwicklung bei den Steuereinnahmen das ihre dazu beigetragen. Das war das Quäntchen Glück, dass die Tüchtigen haben – und das war bei uns.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Aber – das ist das Verdienst der gesamten Landesregierung – wir haben der Versuchung widerstanden, diese Mehreinnahmen für kurzfristigen Konsum und damit zulasten zukünftiger Generationen auszugeben.

(Beifall von CDU und FDP)

Schauen Sie sich einmal Ihre Bilanz allein in den guten Jahren 1995 bis 2000 an: Im Jahr 2000 haben Sie trotz steigender Steuermehreinnahmen mehr neue Schulden gemacht als 1995.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Aber das tun Sie doch auch!)

– Nein, wir tun es nicht. Sie haben bewiesen, dass Sie es nicht können, Herr Groth. Das ist klar.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Ewald Groth [GRÜNE])

Der Bundesfinanzminister, meine sehr verehrten Damen und Herren, rühmte sich in der Debatte zur Einbringung des Bundeshaushalts 2009 vom 16. September des vergangenen Jahres noch, dass die Bundesregierung etwas mehr als die Hälfte der Mehreinnahmen zur Rückführung der Finanzierungslücke im Bundeshaushalt verwendet habe.

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat in dem vergleichbaren Zeitraum vom 2005 bis einschließlich 2008 fast 92 % der disponiblen Steuermehreinnahmen zur Rückführung der Nettoneuverschuldung eingesetzt. Das ist Rekord in Deutschland, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Allen kommenden Auseinandersetzungen sehe ich daher sehr gelassen entgegen. Dies gilt umso mehr, da die Landesregierung in der gleichen Zeit fast 2,8 Milliarden € zur Vermögensbildung und zur Risikovorsorge zurückgelegt hat. Wir sind – wie es sich für ehrbare Kaufleute gehört –

(Lachen von der SPD)

dem Grundsatz „Spare in der Zeit, so hast du in der Not“ jederzeit treu geblieben.

(Beifall von CDU und FDP)

Richtig scharf, meine Damen und Herren, wird das Bild aber erst, wenn man sich den Anstieg bei den Versorgungslasten vor Augen führt. Diese sind seit 2005 um 24,3 % gestiegen und damit geradezu explodiert. Die Versorgungsausgaben liegen 2010 um über 1 Milliarde € über denen des Jahres 2005.

Um es klar zu sagen: Diese Ausgabendynamik ist dem Fluch der guten Taten vergangener Wahlperioden geschuldet. Hier ist die Verbeamtungswelle in den 60er- und 70er-Jahren zu nennen. Eine nennenswerte Pensionsvorsorge wurde in dieser Zeit nicht geschaffen. Das ist das große Versäumnis, das man Ihnen ankreiden muss. Wir müssen aus dem jährlichen Haushalt all das bezahlen, was Sie vergessen haben, an Vorsorge zu treffen.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Der Stellenabbau in der Landesverwaltung war und ist daher unumgänglich. Die Landesregierung ist ihn auch gegen Widerstände beherzt angegangen. Ich weiß noch, wie Sie sich an der Debatte beteiligt haben, als wir PEM, das Personaleinsatzmanagement, gegründet haben. Das wurde damals als „Guantanamo am Rhein“ diffamiert. Es ist einer der größten Erfolgsschlager überhaupt in dieser Landesregierung geworden.

(Zurufe von Sören Link [SPD] und Rainer Schmeltzer [SPD])

Wir haben damit die kw-Stellen, die von Ihnen in Höhe 12.000 hinterlassen wurden, mehr als abgebaut. Ich komme noch dazu.

(Zuruf von Sören Link [SPD])

Meine Damen und Herren, über das von uns geschaffene zentrale Personaleinsatzmanagement und mithilfe einer 1,5%igen linearen Stellenabbauvorgabe in der engeren Landesverwaltung haben wir mit dem Haushalt 2010 den Abbau von 14.328 Stellen im Landeshaushalt umgesetzt.

(Beifall von Dieter Hilser [SPD])

Gleichzeitig haben wir diesen Stellenabbau über eine Fülle von Anreizmechanismen sozialverträglich gestaltet.

(Sören Link [SPD]: Den Stellenabbau merkt man aber bei Ihnen in der Verwaltung!)

Rechnet man die 11.633 in dieser Wahlperiode vor allem für Lehrer neu geschaffenen Stellen ein, beträgt der von uns veranlasste Abbau unterm Strich 2.695 Stellen.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Stellen!)

Ich darf daran erinnern, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, dass dagegen in der letzten Wahlperiode im Saldo eine Zunahme um 850 Stellen zu verzeichnen war, wie der Jahresbericht des Landesrechnungshofs aus dem Jahr 2006 sehr zutreffend ausweist.

Die Landesregierung hat die Haushalts- und Finanzpolitik auf eine neue verlässliche Basis gestellt. So haben wir das Haushaltsaufstellungsverfahren grundlegend umgestellt. Das seit 2006 praktizierte Top-Down-Verfahren hat sich inzwischen auch der Bund zu eigen gemacht. Danach sind nicht mehr die Wünsche der einzelnen Ressorts maßgeblich, sondern die vom Kabinett beschlossenen Plafonds.

Mit uns hat der Grundsatz der vorsichtigen Kalkulation in die nordrhein-westfälische Finanzpolitik Einzug gehalten. Damit haben wir einen Mechanismus geschaffen, der das Land vor bösen Überraschungen auf der Einnahmeseite schützt. Dies hat bis dato dazu geführt, dass die Jahresabschlüsse immer positive Überraschungen bereithielten. Das war sehr zum Leidwesen der Opposition.

Mehrausgaben in politischen Schwerpunktbereichen haben wir durch Minderausgaben in anderen Bereichen finanziert. Dies ist die Abkehr von der Politik der Beliebigkeit, jedem alles versprechen zu wollen. Ebenfalls ein Novum gegenüber früheren Wahlperioden!

(Ewald Groth [GRÜNE]: Das mussten Sie ja auch mal irgendwann machen!)

All das hat dazu beigetragen, dass wir Kurs auf den Haushaltsausgleich nehmen konnten. Ich bin übrigens sehr gespannt, ob die Opposition uns heute

mangelnde Haushaltskonsolidierung oder Kaputtsparen des Landes vorwirft. Beides haben wir in diesem Hause in den letzten Jahren mehr oder weniger abwechselnd gehört. Das legt den Schluss nahe: Beides stimmt nicht.

Die Landesregierung musste, der wirtschaftlichen Lage geschuldet, auf dem Weg der Haushaltskonsolidierung ein paar kräftige Schritte zurückgehen. Ich bin aber zuversichtlich, dass wir nach der Krise den verlorenen Boden schnell wiedergutmachen werden. Wir halten an unserer Grundüberzeugung fest – sie wird auch unsere Arbeit nach Ende der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise bestimmen –: Erst gilt es zu arbeiten und zu sparen, um dann zu einem späteren Zeitpunkt die Früchte des Verzichts ernten zu können.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich freue mich sehr darüber, dass als Ergebnis der Föderalismuskommission II die verfassungsrechtliche Festlegung dieses ehernen Grundsatzes steht. Mit der Neuregelung auf der Bundesebene sind die wesentlichen Forderungen umgesetzt worden, für die sich die nordrhein-westfälischen Kommissionsmitglieder im Rahmen der Beratungen eingesetzt haben.

Der Grundsatz „strukturell ausgeglichener Haushalt“ rückt Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit in den Mittelpunkt der öffentlichen Haushaltspolitik. Ausnahmen von diesem Grundsatz sind zukünftig nur zur symmetrischen Berücksichtigung konjunktureller Entwicklungen und zur Bewältigung außergewöhnlicher Notsituationen möglich. Ein Atmen mit der Konjunktur bleibt den Haushalten also erlaubt.

Zur Umsetzung der grundgesetzlichen Vorgaben auf Landesebene wird die Landesregierung zeitnah einen Vorschlag unterbreiten. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, unser gemeinsames Ziel sollte es dabei sein, durch eine Änderung der nordrhein-westfälischen Verfassung die Bundesregelung 1:1 für unser Land zu übernehmen, und zwar noch in dieser Wahlperiode.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich hoffe, dass wir hier auf Landesebene einen ähnlich breiten parlamentarischen Konsens finden werden, wie er auf Bundesebene gefunden worden ist.

Meine Damen und Herren aus den Reihen der SPD, Sie werden das Struck'sche Erbe, an dem auch Bundesfinanzminister Steinbrück einen wesentlichen Anteil hatte, doch sicherlich auch hier in Nordrhein-Westfalen durch Taten würdigen wollen. Wir alle sollten schließlich wissen: Ein Verzicht auf weitere strukturelle Verschuldung, wie Bund und Länder ihn vereinbart haben, ist dringend geboten. Zwar kann auch ein verfassungsrechtlich verankertes und ausgefeiltes Regelungssystem gute Finanzpolitik nicht ersetzen; es trägt aber dazu bei,

das Bewusstsein für die erforderliche Haushaltskonsolidierung zu schärfen.

Meine Damen und Herren, wir stehen vor einer Richtungsentscheidung: Sollen unsere Kinder und Enkel weiterhin alleine sehen, wie sie mit unseren Schulden fertig werden? Wann endlich wollen wir denn die Rechnungen für den Genuss von gestern und vorgestern tatsächlich begleichen?

Am 17. Juni dieses Jahres verstarb einer der bedeutendsten Gesellschaftswissenschaftler unserer Zeit: Lord Ralf Dahrendorf. In seiner Augustausgabe hat das Magazin „Cicero“ dessen Beitrag mit dem Titel „Vom Sparkapitalismus zum Pumpkapitalismus“ veröffentlicht. Bei der Lektüre dieses Beitrags hat sich mir eine kleine Grafik besonders ins Gedächtnis gebrannt, die ich kurz schildern möchte:

Die Zeichnung stellt einen Redner dar – ganz offensichtlich einen Politiker –, der von seinem Pult aus seinen Zuhörern in der einen Situation verkündet: Wir stecken mitten in der Krise; wir haben über unsere Verhältnisse gelebt. – Ein weiteres Bild, die gleiche Szene, doch schon ist er der festen Überzeugung: Wir müssen mehr über unsere Verhältnisse leben, um aus der Krise rauszukommen.

Die aktuelle Krise ist sicherlich ein Jahrhundertereignis, weil ein weltweiter Zusammenbruch der Nachfrage mit einer Finanzmarkt- und Vertrauenskrise einhergeht. Losgelöst von dieser hoffentlich einmaligen Krise müssen wir uns aber die Frage stellen, ob wir in Zukunft jeden neuen Aufschwung auf Pump finanzieren wollen. Das Fazit von Lord Dahrendorf in dem eben erwähnten Beitrag lautet jedenfalls – ich zitiere –: Was nottut, ist Konsolidierung.

Dem kann ich mich anschließen. Wir müssen auf Dauer den Wohlstand erst erwirtschaften, bevor wir ihn konsumieren. Nur wenn es uns gelingt, den Teufelskreis aus Schulden, Zins und Zinseszins zu durchbrechen, werden wir den Menschen ihre Freiheit zurückgeben können. Haushaltskonsolidierung ist die Abkehr von der Zwangsverstaatlichung des Menschen. Er wird wieder in den Mittelpunkt gestellt. Das Geld, das nach einem strukturellen Haushaltsausgleich nicht mehr in Zinszahlungen versickert, kann den Bürgerinnen und Bürgern wieder unmittelbar zurückgegeben werden.

Wir sollten die Konsolidierungsdividende also erst auf der Habenseite verbucht haben, bevor wir über ihre Verteilung entscheiden.

Über Rückflüsse, zum Beispiel durch steuerliche Entlastungen der Bürger und Unternehmen oder durch höhere Ausgaben für Infrastruktur und Innovation, ist relativ schnell entschieden. Wie sie auch ausfallen werden: Sie werden dann, wenn wir den Grundsatz beherzigen, jedenfalls nicht mehr auf Pump geschehen.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung gewährleistet aktuell die Stabilität, die unser Land braucht, damit es gestärkt aus der Krise hervorgehen wird. Wir halten Kurs bei der Erneuerung unseres Landes und investieren in die wichtigste Ressource, die wir haben: unsere Kinder und Enkel. Diese zukunftsweisende Politik für kommende Generationen werden wir nach der Krise beherzt vorantreiben und den Konsolidierungskurs der Jahre 2006 bis 2008 fortsetzen.

Um unser Ziel, den strukturellen Ausgleich des Landeshaushalts, zu erreichen, werden wir die notwendigen Schritte gehen. Dies wird mit vielen Beschwerden und großen Herausforderungen verbunden sein. Uns allen sollte es aber den Schweiß der Edlen wert sein.

Angesichts der von Bundestag und Bundesrat beschlossenen Schuldenbremse werden Sie, meine Damen und Herren von SPD und Grünen, sich nicht mehr in die Büsche schlagen können. Der Debatte über das notwendige Maß staatlicher Aufgabewahrnehmung sind Sie über Jahrzehnte und damit schon viel zu lange ausgewichen.

Wir werden diese Debatte mit der gebotenen Sachlichkeit, aber auch der notwendigen Durchsetzungskraft führen. Letztlich wird die Einsicht siegen, dass nur ein Staat, der nicht überall seine Finger drin hat, im Ernstfall Krisen bewältigen und den Schwachen wirklich helfen kann. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Finanzminister. – Zur Einbringung des Entwurfs für das Gemeindefinanzierungsgesetz 2010 erteile ich Herrn Innenminister Dr. Wolf das Wort. Bitte schön.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Gemeindefinanzierungsgesetz 2010 steht, wie es bei den Gemeindefinanzierungsgesetzen immer der Fall ist, im Kontext der gesamtstaatlichen Wirtschaftsentwicklung, die der Finanzminister gerade intensiv geschildert hat.

Im Jahr 2008 hatten wir eine sehr gute Finanzlage der Kommunen, die historisch höchsten Steuereinnahmen und einen positiven Finanzierungssaldo zu verzeichnen. All das waren gute Nachrichten, wenngleich damals schon – das muss man konzedieren – mit der Entwicklung der Kassenkredite auch etwas Besorgniserregendes festzustellen war. Im Gegenzug allerdings gingen auch die fundierten Schulden um 2 Milliarden € zurück, sodass sich insgesamt eine als positiv zu bezeichnende Entwicklung gezeigt hat.

Im Zusammenhang mit den Verbindlichkeiten, über die die Opposition immer gerne mit Schuldzuwei-

sungen diskutiert, möchte ich an dieser Stelle – auch den Damen und Herren auf der Tribüne – noch einmal in Erinnerung rufen, dass wir natürlich in den letzten Jahren Probleme der Vergangenheit zu bewältigen hatten. Allein in den Kommunen belief sich, wenn man die Eigenbetriebe, die Kernhaushalte, eben alles zusammenfasst, der Aufwuchs an Verbindlichkeiten in den Jahren 2000 bis 2005 auf 10 Milliarden € und davon allein in den letzten zwei Jahren – 2003 bis 2005 – auf 5 Milliarden €.

Dagegen ist der Anstieg im Verlauf der letzten drei Haushaltsjahre deutlich niedriger ausgefallen. Wenn uns also heute jemand von der Opposition Vorwürfe macht, heißt das: Die Vorwürfe weisen im Grunde genommen sofort auf Sie zurück. Es geht nämlich darum, dass die Ursachen für die kommunalen Schwierigkeiten in den 40 Jahren gelegt worden sind, in denen die Sozialdemokraten hier regiert haben, vor allen Dingen in den letzten 10 Jahren unter der Beteiligung der Grünen.

Im Jahr 2009 hat sich die Wirtschaftsleistung verschlechtert. Insbesondere für das erste halbe Jahr ist ein Rückgang beim Gewerbesteueraufkommen in Höhe von 17,5 % zu attestieren. Jetzt zeigt sich wieder, dass die Gewerbesteuer keine verlässliche, dauerhafte Einkommensart der Kommunen ist, sondern eine ganz besonders konjunkturanfällige „Achterbahnsteuer“, und dass ein sinkendes Aufkommen sofort Löcher in kommunale Haushalte reißt.

Insofern bleibt zu konzedieren, dass wir allein mit der Frage nach der jährlichen Finanzierung der Kommunen zu kurz greifen. Wir brauchen endlich eine durchgreifende Reform der Gemeindefinanzierung unter Sicherstellung einer dauerhaften, planbaren Einkommensquelle. Das ist jedenfalls das Ziel, das angestrebt werden muss.

Im Jahr 2009 ergibt sich ein zusätzliches Problem aufgrund der gestiegenen Ausgaben. Sie alle haben die Diskussionen erlebt: über Tarifvertragserhöhungen für die in den Kindergärten Beschäftigten, über Personal und soziale Leistungen, über Aufstockungen bei Harz IV und die steigende Arbeitslosigkeit: All das hat die Kommunen natürlich zusätzlich belastet.

Dennoch ist festzustellen, dass die Anzahl der Haushaltssicherungskommunen mit 60 im Jahr 2009 deutlich niedriger liegt als in den Jahren unter den Vorgängerregierungen. 2004 hatten wir noch 180 und 2005 noch 198 Haushaltssicherungskommunen. Zugegebenermaßen ist das eine oder andere auch auf das neue kommunale Finanzmanagement zurückzuführen. Dennoch ist die deutliche Verringerung der Anzahl der Haushaltssicherungskommunen Fakt.

Wenn es um das Gemeindefinanzierungsgesetz 2010 geht, ist, wie Sie wissen, auf Artikel 79 der Landesverfassung abzustellen. Hier ist zwischen

der Leistungsfähigkeit des Landes und den Notwendigkeiten abzuwägen, die sich bei der Gemeindefinanzierung ergeben.

Der Finanzminister hat, wie ich glaube, die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf den Landeshaushalt sehr eindringlich geschildert. Das heißt, wir reden hier nicht davon, dass das Land in Saus und Braus lebte, während die Kommunen auf der anderen Seite verelendeten, sondern wir haben gemeinsam das Paket zurückgehender Einnahmen zu tragen.

In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, dass wir den Verbundsatz nach wie vor bei 23 % und es damit bei einem der höchsten im Bundesgebiet belassen haben. Das halte ich im Sinne der Kommunen für richtig und fair.

Wir sind noch in Diskussionen – das wissen Sie alle hier im Plenum – über die Neugestaltung des Finanzausgleichs. Mit den kommunalen Spitzenverbänden beraten wir noch über das Thema „Kosten der deutschen Einheit“. Dass wir an dieser Stelle zielführende Kommissionen eingesetzt haben, ist bekannt. Und wir werden versuchen, im Konsens einen Abschluss zu erreichen. Dabei müssen viele Dinge berücksichtigt werden. Ihnen ist bekannt, dass auch im GFG 2010 Etliches Beachtung gefunden hat, zum Beispiel der Steuertausch bezüglich der Kfz-Steuer oder die Förderung von Kindern unter drei Jahren. All diese Dinge beeinflussen natürlich den Steuerverbund technisch.

Für uns ist wichtig – das möchte ich gerne wiederholen –, dass wir auch im Jahre 2010 mit 7,72 Milliarden € einen sehr hohen, nämlich den zweithöchsten Zuweisungsstand seit Bestehen des Steuerverbundes, haben. Für die Kommunen bedeutet das die gute Nachricht, dass sie für das Jahr 2010 sehr gut ausgestattet werden, aber natürlich verbunden mit der Feststellung, dass sie damit nicht aus den Problemen heraus sind. Genauso wie der Landeshaushalt ständig der Konsolidierung bedarf, muss das auch in kommunalen Haushalten passieren. Denn wir leben nun einmal in einer Zeit, in der die Steuerquellen nicht mehr sprudeln. Darauf muss sich jeder Haushaltsgesetzgeber einstellen.

Dass alles unter dem Vorbehalt der im November erscheinenden endgültigen Zahlen über die Steuereinnahmen steht, ist klar. Aber mir ist wichtig, noch einmal festzuhalten, dass wir mit unserer Referenzperiode den Kommunen Planungssicherheit gewähren und von daher die Möglichkeit eröffnen, ihre Haushalte aufzustellen. Das ist ein großer Vorteil. Auch hier haben wir über die Jahre Verlässlichkeit gezeigt.

Im GFG 2010 gibt es zum ersten Mal eine Besonderheit bezüglich der Einbindung der Städteregion. Sie erinnern sich sicherlich an das von diesem Parlament beschlossene Aachen-Gesetz. Finanzneutral haben wir das neue Gebilde im GFG abgebildet.

Bei den Mitteln des Steuerverbundes gibt es für die Kommunen wiederum ein extrem hohes frei verfügbares Volumen, nämlich von 86 %. Auch das ist, glaube ich, bundesweit ein vorbildliches Ergebnis. Wir wollen mit Hilfe der Schlüsselzuweisungen den Kommunen die Möglichkeit einräumen, frei über das Geld zu verfügen und sie nicht über Zweckzuweisungen binden. 86 % ist eine hervorragende Quote.

Darüber hinaus – darauf sind wir ein Stück weit stolz – erhalten die Kommunen immer noch die uns wichtigen entsprechenden Sonderpauschalen. Die Schulpauschale/Bildungspauschale beträgt nach wie vor 600 Millionen € und die Sportpauschale 50 Millionen €. Wir wissen um die Wichtigkeit von Bildung und Sport gerade im kommunalen Leben. Dort soll ein Schwerpunkt gesetzt werden.

Heute wird die erste Modellrechnung für die Kommunen zur Verfügung gestellt, sodass ein exaktes Herunterbrechen auf die einzelne Kommune möglich ist. Das alles können Sie über das Internet, aber auch über eine händische Version nachverfolgen.

Mit dem Gesetzentwurf zum GFG 2010 wird die Landesregierung ihrer Verantwortung gegenüber allen Kommunen gerecht. Wir haben gezeigt, dass wir über die Jahre ein verlässlicher Partner sind. Zur Konsolidierung aufzufordern sind alle, die mit Haushalt zu tun haben. Ich finde es richtig und wichtig, dieses zu betonen.

Aber wir sollten auch die positiven Botschaften nicht vergessen. Gerade mit den 2009 und 2010 zur Verfügung stehenden Mitteln des Konjunkturpaketes verbinden sich für die Kommunen eine Menge Chancen, in die Bereiche zu investieren, die wir in der Zukunft besonders brauchen. Bildung ist da ein ganz starkes Stichwort. Ich bin sicher, dass es, wenn wir unsere Investitionen an dieser Stelle nach wie vor verstärkt einsetzen, Chancen gibt, aus der wirtschaftlichen Misere wieder herauszukommen und, was den Steuerverbund und die Zuweisungen der Kommunen betrifft, insgesamt zu besseren Ergebnissen zu kommen.

In diesem Sinne herzlichen Dank und alles Gute für unsere Kommunen auch im Jahre 2010!

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Innenminister. – Meine Damen und Herren, die Fraktionen haben im Ältestenrat vereinbart, unmittelbar nach den Einbringungsreden die Aussprache zu eröffnen.

Ich erteile für die SPD-Fraktion der Vorsitzenden Frau Hannelore Kraft das Wort. Bitte schön.

Hannelore Kraft (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war schon ein merkwürdiger Duktus, der diesen beiden Reden, die wir gerade gehört haben,

anhafte: Der Finanzminister zieht Bilanz und hält seine Abschiedsrede, und der Innenminister hält eine Abwicklungsrede. Feurige Haushaltsreden in diesem Hause haben schon einmal anders ausgesehen, meine Herren!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ja, wir sind in Wahlkampfzeiten. Da geht es um politische Auseinandersetzungen. In Wahlkampfzeiten, wenn die Menschen sensibler sind, sollten wir die Chance nutzen, deutlicher zu machen, für was wir stehen.

Die CDU versucht hingegen, sich wegzuducken. Da ist statt politischer Debatte Personenkult angesagt und nicht klare Kante. Wir haben heute hier in der Haushaltsdebatte die Gelegenheit, miteinander darüber zu reden, was unsere politischen Inhalte und die Themen sind.

Ich bin sehr gespannt, was der Ministerpräsident gleich noch beibringt, beklagten doch gerade Sie, Herr Ministerpräsident, die fehlenden Inhalte. Sie haben heute die Chance, Ihre Inhalte darzustellen.

Ich kenne aus den letzten Monaten von Ihnen eigentlich nur zwei wesentliche Positionen, die Sie bezogen haben.

Eine Position war Ihr Einsatz für die Mindestrente. Allerdings: So, wie Sie sie propagieren, hat die Kanzlerin sie aus ihrem Wahlprogramm herausgestrichen, Herr Ministerpräsident.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das hat sie schon öfters gemacht!)

Daraus ist nichts geworden. Das müssen wir heute einmal festhalten. Sie haben sich nicht durchsetzen können. Das ist Fakt!

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: Er hat sich wieder nicht durchsetzen können!)

Ihr zweites Thema ist das Schonvermögen. Hierzu haben wir beide etwas in unseren Wahlprogrammen stehen. Wir wollten das noch vor der Wahl umsetzen. Olaf Scholz hat dazu gestern einen Gesetzentwurf vorgelegt.

(Helmut Stahl [CDU]: Gestern?)

Ihre Parteifreundinnen und -freunde haben dem nicht zugestimmt. Sie hätten es gestern machen können. Sie hätten es mit uns noch über die Bühne bringen können. Mit der FDP wird das nicht gelingen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Ja, Sie können sich nicht durchsetzen. Wir haben das ja schon bei den Jobcentern und anderen Themen erlebt.

Meine Damen und Herren, es sind nur wenige politische Inhalte zu erkennen, auch gerade in den

Reden. Da lohnt doch einmal der Blick auf Folgendes: Sie sagen immer, Schwarz-Gelb in Nordrhein-Westfalen solle Blaupause für Berlin sein.

Wenden wir doch einmal den Blick auf Nordrhein-Westfalen und sorgen einmal für ein bisschen mehr Klarheit. Was stand im Mittelpunkt zu Beginn der schwarz-gelben Regierungszeit? – Drastischer Sozialabbau, Kürzen bei den Kurzen, Kahlschlag im sozialen Netz, bei den Arbeitslosenzentren, den Frauenhäusern. Hiermit machen Sie in diesem Haushalt weiter. Als Beispiel nenne ich die Kürzung der Schülerfahrtkosten von 130 Millionen € auf 98,5 Millionen €. Wissen Sie, was Sie damit im ländlichen Raum anrichten? Wissen Sie das?

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Dann sollten Sie sich einmal schlau machen, wenn Sie das nicht wissen.

Schwarz-Gelb in NRW: „Privat vor Staat“ ohne Rücksicht auf Verluste. Was haben wir dort alles miterlebt? – Die Stadtwerke, die Mieter – gegen all diese wurde vorgegangen, von § 107 GO, über die LEG bis zum Bofrost-Wald. Bei der Sparkasse haben wir gemeinsam mit den Kommunen noch Schlimmstes verhindern können.

Jetzt kommt der Angriff auf das Landeswohnungsbauvermögen. Ich sage Ihnen eines: Wenn diese Blaupause des Sozialabbaus in Deutschland käme, dann würde Deutschland etwas blühen. Das werden wir verhindern, meine Damen und Herren!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die Richtung wollen Sie ja beibehalten – zumindest die FDP sagt klipp und klar, was Sie wollen; das muss ich ihr zugute halten: Privatisierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Ich sage heute noch einmal: Sie haben doch den Knall nicht gehört! Schauen Sie einmal in die USA, was passiert, wenn man das alles auf private Basis stellt. Das können Sie doch den Menschen in Deutschland nicht zumuten!

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Christian Lindner [FDP]: Quatsch!)

Aber auch hier duckt sich die CDU schön weg. Ich habe gelesen, Herr Ministerpräsident, dass Sie neuerdings nicht mehr für die Kopfpauschale sind. Das kommt im Wahlkampf nicht so gut an, kam schon 2005 nicht so gut. Aber was kommt denn stattdessen? – Da habe ich von Ihnen noch gar nichts gehört. Was ist denn Ihre Position, wie es da weitergehen soll? Oder sind Sie jetzt mit uns der Meinung, dass es eine Bürgerversicherung geben sollte?

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Für uns ist klar – klare Kante SPD –: Wir sind für eine solidarische Gesellschaft, in der die Starken die Schwachen mittragen. Das ist das Modell unserer Gesellschaftsordnung in Deutschland.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Blaupause Nordrhein-Westfalen: Was würde das denn für nordrhein-westfälische und bundesdeutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bedeuten? Was haben wir denn hier erlebt? – Aufhebung Tarifreuegesetz, Rasieren der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst, und was ist auf Bundesebene geplant? – Auch dort bezieht die FDP klar Stellung, bei der CDU muss man im Guttenberg-Papier nachlesen, das inhaltlich ganz eng mit dem im Zusammenhang steht, was Sie damals in Leipzig auf dem Parteitag beschlossen haben und was so in Ihrem Grundsatzprogramm steht. So weit weg ist das also nicht. Sie sollten es nicht so zuschütten, denn Sie wollen es ja wieder rausholen, wenn Sie mit der FDP regieren.

Darin steht die ganze Giftliste: keine Mindestlöhne – selbst die, die wir mit Ihnen schon mühsam erkämpft haben, wollen Sie wieder abschaffen –, massive Ausweitung des Niedriglohnssektors, mehr Leih- und Zeitarbeit, mehr prekäre Beschäftigung und Abbau beim Kündigungsschutz. Schwarz-Gelb im Bund heißt: Beschneiden der Arbeitnehmerrechte.

Wir sagen klar: Das ist mit uns nicht zu machen. Wir wollen mehr Sicherheit und gute Arbeit!

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Christian Lindner [FDP]: Sie haben die falsche Rede!)

– Nee, nee, warten Sie einmal ab. Ich habe keine falsche Rede. Sie können das nur nicht ertragen. Das ist Ihr Problem.

(Ralf Jäger [SPD]: Das Ihnen das nicht gefällt, ist doch klar!)

Ich mache mir Sorgen um dieses Land. Das haben Sie nicht drauf. Reden Sie doch einmal mit den jungen Menschen. Wissen Sie, dass nur noch 66 % in Nordrhein-Westfalen in einem – wenn Sie so wollen – „normalen“ Arbeitsverhältnis – nicht prekär – stehen? Wissen Sie das? Und wissen Sie, dass die Ausweitung der Leih- und Zeitarbeit nach der Krise weitergehen wird? Die IG Metall schätzt dies auf insgesamt 2 Millionen. Wissen Sie, dass 185.000 Haushalte in NRW Aufstockerhaushalte sind, in denen man sich wegen der niedrigen Löhne noch zusätzlich Geld vom Amt holen muss?

Wissen Sie das? – Nein, Sie wissen das nicht. Das ist nicht Ihre Lebenswirklichkeit, und das ist Ihr Problem, mein Lieber. Das ist Ihr Problem.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Mir macht das Sorgen. Mir macht der Niedriglohnsektor Sorgen. Reden wir jetzt einmal über die Jobs unter 5 € pro Stunde. Nach einer Studie des IAQ sind 17,7 % im Gesundheitswesen, 16,8 % im Einzelhandel und 10,7 % in der Leiharbeit im Niedriglohnsektor tätig.

(Christian Lindner [FDP]: Minijobs sind das!)

Ja, meine Damen und Herren, das sind die Menschen, die Frauen, die in diesem Land diese Gesellschaft als Leistungsträger tragen, und die haben einen besseren Lohn verdient. Dabei bleibt es!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Blaupause Innenpolitik: Das ist auch hochinteressant. Hier ist Schwarz-Gelb jetzt offensichtlich völlig handlungsunfähig geworden. Innere Sicherheit, Bürokratieabbau: Das waren einmal zentrale Themen von Ihnen, Herr Ministerpräsident. Wo stehen wir denn da? Das war doch einmal Ihr Markenkern. So haben Sie das bezeichnet. Diese zentralen Themen versanden und enden im Koalitionsstreit.

Die Blockade im Polizeigesetz: Herr Stahl sagt – WDR, 17. August –: Das, was vorgelegt wird, ist nicht zustimmungsfähig. Herr Biesenbach sagt – WDR, 8. September –: Wolf will Polizei zahnlos lassen. Herr Papke sagt – 3. September, „Kölner Stadt-Anzeiger“ –: Bisher ist es gute Sitte, miteinander zu sprechen statt Depeschenwechsel für die Galerie.

Meine Damen und Herren, Sie kommen dort nicht weiter. Ganz im Gegenteil: Sie kürzen auch noch die Stellen bei der Polizei.

(Zurufe von der CDU: Was? – Helmut Stahl [CDU]: Quatsch!)

Auch das ist in diesem Haushalt wieder einmal angelegt mit minus 350 Stellen. Schauen Sie hinein, Herr Stahl – das lohnt sich –: minus 350 Stellen, minus 290 Stellen in der Justiz. Ihre Regierung steht blank da.

Wir sagen: Klare Kante. Unser Entwurf für das Polizeigesetz liegt vor. Er ist rechtsstaatlich einwandfrei. Ihre Regierung kann es nicht. Das haben wir auch in diesem Feld gesehen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Zoff erleben wir auch – das ist eine schwarz-gelbe Blaupause – beim Landesplanungsrecht, Frau Ministerin Thoben. Die Landesregierung will die gute Erfahrung aus OWL offensichtlich nicht auf das Land übertragen. Ja, da ist Stillstand, da ist Streit, da geht nichts voran.

Bei uns: Klare Kante. Wir wollen keine Rolle rückwärts. Wir haben das Modellprojekt Ostwestfalen-Lippe auf den Weg gebracht, und wir wollen, dass es im ganzen Land umgesetzt wird. Dort haben wir eine klare Position.

(Beifall von der SPD)

Aber ganz schlimm wird Ihr Modell Schwarz-Gelb in Bezug auf Kreise, Städte und Gemeinden. Herr Innenminister – ich weiß nicht, wo er geblieben ist –, es ist schon eine Verhöhnung, wenn Sie hier in Ihrer Rede sagen: Die Städte und Gemeinden müssen mit Planungssicherheit klarkommen. – Wenn Planungssicherheit heißt, dass das Geld hinten und

vorne nicht reicht, dann nützt denen auch Planungssicherheit nichts. Das ist Fakt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Nein, das werden wir Ihnen auch nicht durchgehen lassen. Dafür haben Sie die Quittung bei der Kommunalwahl schon bekommen. Sie haben die Städte und Gemeinden seitens der Landesregierung systematisch mit jährlich rund 500 Millionen € durch Einnahmeverluste und Mehrbelastungen ausgeplündert.

Ich kann Ihnen die Stichworte noch einmal nennen: Wegfall der Grunderwerbsteuer, Kürzung bei der frühkindlichen Bildung, Kürzung bei den Betriebskosten der Kindergärten, Unterdeckung im Landesjugendplan, Kürzung bei der Erstattung der Schülerbeförderung und – nicht zu vergessen – die Verdopplung des kommunalen Anteils an den Krankenhausinvestitionen. Das ist Ihre Liste.

Und auf die 500 Millionen € jährlich kommt noch etwas oben drauf. Das ist der Solidarpakt Ost. Jetzt liegt das Färber-Gutachten vor, und es beweist: Seit 2006 haben Sie den Kommunen, Herr Finanzminister, 1,8 Milliarden € zu viel abverlangt. Sie haben davon 650 Millionen € als Abschlag zurückgezahlt. Das macht 1,15 Milliarden €, die noch ausstehen. Und damit stehen Sie als Land bei den Kommunen in der Kreide!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Und wenn man das aufsummiert, meine Damen und Herren, dann ist man bei 3,3 Milliarden €, die den Städten und Gemeinden in diesem Land fehlen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

3,3 Milliarden €, seit Sie hier regieren!

Ich liste Ihnen einmal auf, was das umgerechnet nach dem GFG-Schlüssel für einige Kommunen in unserem Land bedeutet, denn es ist durchaus interessant, sich ein paar Zahlen zu vergegenwärtigen:

Das bedeutet für Köln 254 Millionen €, für Dortmund 153 Millionen € und für Essen 148 Millionen €. Sie sollten sich über Haushaltslöcher nicht wundern, meine Damen und Herren von der Regierung! Das sind Ihre Löcher, die da produziert werden!

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: Löcher sind immer schwarz!)

Und dieses Geld fehlt bitterlich. Dieses Geld fehlt für Investitionen, fehlt, um Anreize für die örtliche Wirtschaft zu geben. Dieses Geld fehlt aber insbesondere – und das ist sehr bitter – für Bildung und Betreuung vor Ort.

Fazit für mich: Die Blaupause Schwarz-Gelb heißt finanzieller Ruin der Kommunen.

Wir sagen ganz klar: Wir wollen einen „Stärkungspakt Stadtfinanzen“. Man darf die Kommune nicht im Regen stehen lassen; sie müssen wieder atmen

können. Das ist die Politik der SPD, die wir dagegen setzen.

(Beifall von der SPD)

Mit CDU und FDP im Bund wird das alles nur noch schlimmer. Auch das müssen wir den Menschen sagen. Die FDP, Herr Prof. Pinkwart, möchte die Gewerbesteuer abschaffen. Das führt die Kommunen in den Bankrott.

(Zurufe von der FDP: Ersetzen! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Am besten wäre es, wenn die FDP ersetzt würde!)

– Ach ja: Natürlich, Sie sagen „ersetzen“. Dann rechnen Sie doch einmal aus, wie viel weniger das für die Kommunen bedeutet, die ich genannt habe! Sagen Sie das doch denjenigen, die dort leben.

Hinzu kommen noch Ihre wahnwitzigen Steuersenkungspläne im Umfang von 20 Milliarden € bei der CDU und von 80 Milliarden € bei der FDP!

(Christian Lindner [FDP]: Wer rechnet das denn aus?)

Meine Damen und Herren, der Finanzminister will die Schuldenbremse in die Verfassung setzen.

Ich kann Ihnen nur sagen: Wenn Sie die Schuldenbremse in die Landesverfassung setzen und wir gleichzeitig alle wissen, dass das Land keine eigenen Steuereinnahmen in erklecklichem Umfang hat und diese auch nicht nach oben schrauben kann und Sie die Steuern und die Einnahmen senken wollen, dann erklären Sie den Menschen einmal, wie wir in der Bildung mit Siebenmeilenstiefeln vorangehen sollen. Das passt doch nicht zusammen, und das wissen die Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Mehr Geld für die Bildung wäre dringend erforderlich. Für uns ist das klar; wir haben das in jedem Haushalt gezeigt und werden es auch in diesem Haushalt zeigen, dass das geht, wenn man wirklich Schwerpunkte setzen will. Was haben Sie denn erzielt? – Blaupause für Berlin? Herr Ministerpräsident, NRW ist auf den vorletzten Platz im Länderranking zurückgefallen. Das hat Ihnen die Initiative „Neue soziale Marktwirtschaft“ bescheinigt, und die ist nicht SPD-nah. Das ist Ihre Bilanz im Bildungsbereich.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Hatten Sie 2005 nicht von „Aufbruch“ gesprochen? Aufbruch: mehr Kindergartenplätze, mehr Betreuungsplätze – ja.

Aber reden wir doch auch – Herr Minister Laschet ist auch nicht da – über Qualität von Betreuung. Für uns ist und bleibt klar: Bei KiBiz steht Bildung drauf, aber Bildung ist nicht drin. KiBiz ist und bleibt Mumpitz. Und das merken die Menschen auch in den Kindertageseinrichtungen!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Was weh tut, sind doch die steigenden Gebühren in diesem Feld. Sie sind je nach Stadt unterschiedlich, je nach Finanzlage der Stadt. Darunter leiden dann diejenigen, die dort jeweils ihre Kinder großziehen.

Meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, schauen Sie doch einmal nach Rheinland-Pfalz. Dort können Sie sich ansehen, wie eine solide Schwerpunktsetzung in diesem Bereich aussieht. Dort hat nämlich das Land die Kindergartengebühren abgeschafft. Und das ist gut so, und das ist der richtige Weg.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Blaupause im Bereich Schule?

(Karl Schultheis [SPD]: Das hat seinen Schwerpunkt in Transsilvanien!)

Schwerpunkt im Bereich Schule! Was haben Sie uns da nicht alles versprochen: Unterrichtsgarantie, Unterrichtsausfallsicherungsgesetz. Das ist Ihre Lehrerlüge, Herr Ministerpräsident. Und die lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ihre Zahlen, Frau Ministerin Sommer, aus Ihrem Ministerium belegen, was wir schon lange wussten: An 3.200 Schulen fehlen rund 5.000 Lehrer. Das sind rund 5 Millionen Stunden an Unterrichtsausfall. Und darin ist der Ausfall durch Krankheit und andere Dinge noch gar nicht enthalten. 5 Millionen Stunden Unterrichtsausfall, Herr Ministerpräsident – kommt Ihnen die Zahl nicht irgendwie bekannt vor?

(Sören Link [SPD]: Dass Sie die Zahl nicht verstehen, ist klar!)

Sie schaffen neue Lehrerstellen. Der Finanzminister hat gerade wieder eine neue Zahl genannt: 7.874. Ja, Sie schaffen Stellen, Herr Finanzminister. Aber mein Problem als Mutter und das Problem der Mütter und Väter draußen im Lande ist: Stellen geben keinen Unterricht. Darauf sitzen keine Menschen. Das ist das Problem!

(Beifall von der SPD)

Stichwort Hochschule, Herr Minister Pinkwart!

Studiengebühren haben Sie eingeführt.

(Helmut Stahl [CDU]: Qualitätspakt!)

Und es passiert das, was wir vorhergesagt haben: Das Geld kommt in den Hochschulen häufig nicht da an, wo es hin soll. Die jungen Menschen werden abgeschreckt, und zwar nicht nur die aus sozial schwierigen Familien. Bis weit in die Mittelschicht hinein überlegt man sich, wie man eigentlich noch zwei, drei Kinder durchs Studium bringen soll.

Was setzen Sie dagegen? Sie sehen ja die Lücke, und Sie sehen, dass Sie damit politisch nicht durch-

kommen. Und dann kommen Sie auf die tolle Idee, ein Stipendienprogramm zu machen. Klingt ja super! 1.500 Stipendien haben Sie im Haushalt, 2,7 Millionen € für 2010.

(Zuruf von der SPD: Wahnsinn!)

Kennen Sie eigentlich Ihre eigenen Zahlen? Sie haben 460.000 Studierende; 1.500 sind nur 0,3 %. Angeblich wollen Sie 10 % erreichen. Aber wenn Sie in die mittelfristige Finanzplanung schauen, dann sehen Sie, dass Ihr Haushalt in diesem Bereich nach unten geht und nicht nach oben. Das ist das Placebo, das ist die Mogelpackung, die Sie aufgemacht haben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Nein, das Fazit Blaupause im Bildungsbereich ist eindeutig: Ihr Modell steht für Stillstand, für Rückschritt und für soziale Auslese. Bei uns ist klar: Bildung wird nicht mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängen, und wir wollen Gebührenfreiheit vom Kindergarten bis zur Hochschule. Das ist und bleibt unsere zentrale Position.

(Beifall von der SPD)

Reden wir doch einmal über die Blaupause im Bereich der politischen Kultur und Demokratie. Selbst die politische Kultur und die Demokratie haben unter Ihrer Regierung Schaden genommen.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Erstes Beispiel ist der Umgang mit den Medien. Herr Ministerpräsident, keine Aufregung, ich meine jetzt nicht diese interessanten Netzwerke, die sie da konstruieren und die deutlich werden durch den Briefwechsel des Regierungssprechers mit dem „Focus“. Nein, ich meine den Entwurf zum neuen WDR-Gesetz. Da lese ich mit Erstaunen, dass die Landesregierung jetzt ganz offen in den Programmausschuss möchte. Reichen die Telefonate aus der Staatskanzlei nicht mehr aus? Wollen Sie jetzt direkt Einfluss auf das Programm nehmen? Das kann doch wohl nicht Ihr Ernst sein!

(Lebhafter Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das steht da drin! Schauen Sie einmal hinein! – Nein, die Staatsferne des öffentlichen Rundfunks ist ein hohes Gut mit Verfassungsrang.

Oder nehmen wir das Feld Demokratie. Ich brauche nur Stichworte zu nennen. Bitte keine Blaupause, die Trickerei bei den Wahlterminen heißt, damit die Wahlbeteiligung sinkt und Sie hinterher am Wahlabend noch Krokodilstränen weinen. Das war doch wirklich eine Verhöhnung, was die Bürgerinnen und Bürger in den letzten Monaten erlebt haben. Das ist doch wohl eindeutig.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Oder nehmen wir die Abschaffung der Stichwahl. Schauen Sie einmal, mit welcher demokratischen

Legitimation der Bürgermeister in Wülfrath jetzt aktiv ist.

(Dr. Jens Petersen [CDU]: Und in Dortmund?)

Oder schauen wir auf die Sperrklausel. Die Räte zersplittern immer weiter. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, Sie wollen das genauso wenig wie wir. Sie hängen da am Gängelband der FDP. Lassen Sie uns gemeinsam eine moderate Sperrklausel machen, damit auch die NPD nicht mehr in die Räte einzieht.

(Zurufe von der CDU)

Das muss das Ziel des Ganzen sein!

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Kraft, der Kollege Hegemann würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen. Lassen Sie die zu?

Hannelore Kraft (SPD): Das kann er hinterher machen; ich habe nicht mehr viel Redezeit.

(Zuruf von Lothar Hegemann [CDU] – Gegenrufe von der SPD)

– Das geht jetzt aber nicht von meiner Redezeit ab, oder?

Ganz aktuell stellt sich allerdings die Frage, ob Ihre Äußerungen im Kommunalwahlkampf, Herr Ministerpräsident, eine Blaupause für eine verantwortliche Europa-, Außen- und Integrationspolitik sind. Herr Papke, Herr Minister Pinkwart, von Ihnen hätte ich unmissverständlichere Worte erwartet. Immerhin will ja Ihr Bundesvorsitzender lieber heute als morgen Außenminister werden. Oder ist Ihnen da das Koalitionshemd näher als der liberale Rock? Seien Sie ehrlich!

(Beifall von der SPD)

Herr Ministerpräsident, es wäre richtig gewesen, die Manager von Nokia zu kritisieren. Es ist immer richtig, den Fleiß und die Produktivität der nordrhein-westfälischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu loben.

(Beifall von SPD und Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Aber das haben Sie nicht getan. Sie sind auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Rumänien auf Stimmenfang gegangen. Das ist schäbig.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Schlimm ist, Herr Ministerpräsident, dass das kein Ausrutscher war, kein einmaliger Vorgang, sondern jetzt schon mindestens ein vierfacher, und kein Missverständnis. Ich sage Ihnen eines ganz deutlich: Solche Art billiger Polemik ist der Nährboden für Fremdenfeindlichkeit in diesem Land.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: Wiederholungstäter!)

Ich sage Ihnen noch eines: Ich hätte von Ihnen persönlich, nach der Geschichte mit „Kinder statt Inder“ damals, mehr Sensibilität erwartet. Da waren Sie Oppositionschef. Heute sprechen Sie als Ministerpräsident im Namen des Landes Nordrhein-Westfalen. Deshalb ist es besonders schlimm. Denn das Problem ist, dass Sie damit dem Land, aber auch der gesamten Bundesrepublik Deutschland und der Wirtschaft unseres Landes einen massiven Schaden zugefügt haben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ein Letztes kann ich Ihnen nicht ersparen: Stellen Sie sich bitte nie wieder in eine Reihe mit Johannes Rau!

(Anhaltender lebhafter Beifall von der SPD – Beifall von den GRÜNEN – Thomas Stotko [SPD] und Annegret Krauskopf [SPD] erheben sich von Ihren Plätzen.)

Johannes Rau, meine Damen und Herren, stand für Versöhnen statt Spalten. Sie stehen für Verhöhnen und Spalten. Das ist der markante Unterschied.

(Lebhafter Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herrn Wüst und Herrn Laschet würde ich an dieser Stelle gerne sagen: Den Vorwurf an uns, wir hätten das Datenmaterial frisiert, verändert oder manipuliert, nehmen Sie bitte umgehend zurück. Verwechseln Sie nicht Ursache und Wirkung! Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, am schlimmsten an dieser ganzen Nummer war nicht die Reaktion von Herrn Wüst, die schon schlimm genug war. Oder das, was Herr Wichter dazu gesagt hat! Am schlimmsten war das, was Sie schriftlich geäußert haben und Entschuldigung nennen. Sie sprechen von einem Missverständnis. Ducken Sie sich hier und heute nicht weg! Erklären Sie sich hier und heute! Eine Entschuldigung, die diesen Namen verdient, ist das, was wir erwarten, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, was ist in Nordrhein-Westfalen zu tun? Wir sind alle viel unterwegs im Land. Wir spüren die Verunsicherung der Menschen. Wir alle spüren die großen Erwartungen an die Politik. Die Themen, die uns dabei begegnen, werden die gleichen sein: Arbeit, Bildung, Familie. – Den Menschen geht es um Sicherheit, um klare Perspektiven für sich und ihre Angehörigen. Sie erwarten, dass wir uns aktiv dafür einsetzen.

Ihre Politik und auch Ihr Haushalt erfüllen diese Erwartungen nicht: Sie geben keine Antworten auf den wachsenden Druck in den Familien. Sie haben kein Rezept für beste Bildung. Sie haben das Ziel

Vollbeschäftigung aufgegeben, und Sie kämpfen mit dieser FDP schon gar nicht für gute Arbeit. Herr Ministerpräsident, Sie stehen nur noch für verwalten statt gestalten. Das ist in den Haushaltsreden heute auch deutlich geworden.

(Beifall von der SPD und GRÜNEN)

Wir wollen und müssen mehr für Familien tun. Der Druck muss gerade bei den jungen Familien heraus; die brauchen die Sicherheit und Perspektive. Es geht nicht darum, dass Unternehmen immer nur mehr Flexibilität einfordern können. Nein, mit Praktika, mit Zeitverträgen, Zeitarbeit und Minijobs kommen wir in diesem Land nicht voran, weil es häufig junge Menschen und junge Frauen betrifft. Von denen brauchen wir dringend mehr Kinder. An der Stelle läuft Politik auseinander. Wir müssen alles dafür tun, dass es dort wieder zusammengeht. Sicherheit für die jungen Menschen in diesem Land ist das wichtigste Thema!

(Beifall von SPD und Sylvia Löhrmann
[GRÜNE])

Wir müssen endlich vorankommen. Dazu gibt es viele Glaubensbekenntnisse aus den unterschiedlichsten Parteien, wenn auch mit unterschiedlicher Ausrichtung. Wir müssen endlich gegen die Benachteiligung von Frauen weiter vorankommen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – wir werden das zu einem einklagbaren Recht machen. Das muss endlich Realität werden. Dass Frauen 23 % weniger verdienen als Männer bei gleicher Arbeit, ist ein Skandal, mit dem in Deutschland Schluss sein muss. Das ist ein wesentlicher Punkt.

(Beifall von der SPD)

Wir werden auch das Steuersystem anpacken, allerdings anders als Sie von der FDP: Wir werden die Steuerklasse 5 anpacken. Wissen Sie, dass in dieser Steuerklasse 90 % Frauen sind?

(Ministerin Christa Thoben: Das liegt an den Männern!)

– Das liegt an den Männern, klar! – Diese Frauen bekommen weniger Netto vom Brutto.

(Lebhafte Zurufe von Christian Lindner [FDP])

Der Druck, zu Hause zu bleiben, steigt. Und das ist die Wurzel der Altersarmut. Herr Sozialminister, was tun Sie an dieser Stelle? Wir gehen an die harten Themen heran. Sie machen in diesem Feld gar nichts, absolut gar nichts.

(Beifall von der SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie haben ganz offensichtlich nicht mehr die Kraft, das Land voranzubringen. Ihr Rest-Regierungsprogramm, das Sie bei Ihrer Pressekonferenz nach der Sommerpause veröffentlicht haben, spricht Bände. Wir brauchten 3 % mehr Wachstum, haben Sie gesagt, um den Wohlstand zu halten, öffentliche Finanzen stabil zu halten. –

Aber wie? Neue Vorschläge, neue Ideen, konkrete Maßnahmen sind Fehlanzeige. Stattdessen gibt es eine Krisenbewältigung durch eine Politik des „Weiter so“.

Nein, wir als SPD haben in der Krise die Konjunkturpakete aufgelegt, die Abwrackprämie gegen Widerstand durchgesetzt, das Kurzarbeitergeld eingeführt. Wir haben einen Deutschlandplan vorgelegt sowie einen NRW-Pakt 2009. Wir sagen, wie es mit den städtischen Finanzen in einem Zukunftspakt Stadtfinanzen vorangeht. Von Ihnen? Absolute Fehlanzeige!

Die Wirtschaft soll es richten, sagen Sie. Eine Erneuerung, die Sie propagiert haben, ist in Wahrheit nur noch Stillstand. Sie setzen offensichtlich wieder auf die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft und des Marktes. Das passt in das Gesamtbild hinein. An die Boni der Manager wollen Sie nur in den Überschriften ran.

(Rainer Schmelzter [SPD]: Genau!)

Was ist denn mit der steuerlichen Absetzbarkeit von Gehältern, Boni und Abfindungen? – Wir wollen sie durchsetzen; Sie machen da nicht mit. Das ist die Politik der CDU: Überschriften, bei denen nichts hinterherkommt.

(Beifall von SPD und Sylvia Löhrmann
[GRÜNE])

Herr Ministerpräsident, was ist eigentlich mit den Boni-Zahlungen bei der WestLB?

(Gisela Walsken [SPD]: Das ist spannend!)

Gibt es da schon etwas Neues? Haben wir schon eine Regelung? Bei uns ist noch nichts angekommen. Ja, das dauert immer ein bisschen länger, Herr Kollege Stahl.

Meine Damen und Herren, der Haushalt 2010 ist Beweis Ihrer Untätigkeit in der Wirtschaftspolitik. Der Etat von Frau Thoben sinkt Jahr für Jahr, auch diesmal. Die Kohlesubventionen sind seit 2006 um rund 83 Millionen € zurückgegangen. Das Geld ist nicht, wie versprochen, in die Wirtschaft gegangen, sondern in die Taschen des Finanzministers.

(Minister Dr. Helmut Linssen: In den Kindergarten!)

Mehr noch: Von 2006 bis 2010 wurden die Landesmittel für Wirtschaftsförderung um 44 % auf 66 Millionen € gekürzt. Der Eigenanteil des Landes in der Wirtschaftsförderung betrug 2006 noch 45 %, heute lediglich 25 %. Das heißt: Drei Viertel dessen, was unter der Überschrift „Wirtschaftspolitik des Landes“ läuft, wird von Europa und dem Bund finanziert.

Das passt zu dem, was wir als Gesamtbild sehen: Abschied vom Ziel der Vollbeschäftigung, Abschied von der Gestaltungsfähigkeit. – Wie haben Sie so schön gesagt, Herr Ministerpräsident: „Politik schafft

keine Arbeitsplätze!“? – Richtig, aber Politik muss Rahmenbedingungen setzen und Anreize schaffen. 2005 klang das bei Ihnen übrigens noch völlig anders. Alleine schon die Psychologie, die dadurch ausgelöst werden sollte, dass Sie gemeinsam regieren, sollte die Probleme des Landes lösen.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Das war auch so!)

– Das war auch so? Das haben wir gesehen.

Sie beschworen die Macht der Psychologie. Am 5. März haben Sie auf dem CDU-Landesparteitag in Bochum erklärt – ich zitiere –:

Bei den Flughäfen, bei den Hochschulen, im Gesundheitssektor, bei den Privathaushalten und im Minijobbereich liegt ein enormes Beschäftigungspotenzial von mehr als einer Millionen Arbeitsplätzen in den nächsten zehn Jahren. Ich traue mir das zu!

Heute wollen Sie davon nichts mehr wissen. Heute trauen Sie sich offensichtlich gar nichts mehr zu. Das passt zu dem Duktus der Reden, die wir gehört haben.

(Beifall von der SPD)

Damals wollten Sie noch regieren, heute sind Sie offensichtlich regierungsmüde. Aber als Ministerpräsident tragen Sie die Verantwortung für dieses Land. „Verwalten statt gestalten“ reicht nicht für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

Mit Sorge sehen wir die Entwicklung bei Opel; lassen Sie mich das einflechten. Offensichtlich wird in den USA intensiv über andere Lösungen als den Verkauf an Magna nachgedacht. Herr Ministerpräsident, wir haben Sie in dieser Frage von Anfang an unterstützt und werden das auch weiterhin tun. Es geht jetzt um drei Punkte, die erreicht werden müssen: Der Standort Bochum muss gesichert werden, es müssen so viele Arbeitsplätze wie möglich gehalten werden, und – ganz wichtig – es darf keine betriebsbedingten Kündigungen geben. Das ist die Schlacht, die jetzt zu schlagen ist.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, kommen wir zum Haushalt: Der Finanzminister – ich dachte, ich verhöre mich – spricht in seiner Bilanz von konsequenter Konsolidierung und einer deutlichen Verbesserung der Lage. Zugleich schraubt er die Verschuldung des Landes auf den neuen absoluten Rekordwert von 129,1 Milliarden € hoch. Das ist die Wahrheit, die der Finanzminister heute verschwiegen hat, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Die Nettoneuverschuldung bleibt doch nur durch einen Trick minimal unter dem bisherigen Höchstwert. Zur Haushaltswahrheit, Herr Minister, gehört auch: Sie müssen die 1,15 Milliarden €, die Sie den

Kommunen beim Aufbau Ost zu viel abgeknöpft haben, so schnell wie möglich zurückzahlen. Ehrlich wäre es gewesen, wenn Sie das in diesem Haushalt getan hätten.

(Beifall von der SPD)

Das wollten Sie aber nicht, damit Sie nicht mit einer höheren Neuverschuldung als wir in den Wahlkampf gehen müssen. Das ist Trickserei in Ihrem Haushalt, Herr Finanzminister.

(Beifall von der SPD)

1,15 Milliarden € gehen auf Ihr Konto, und deshalb beträgt die Neuverschuldung im nächsten Jahr tatsächlich 7,75 Milliarden €

(Lachen von Helmut Stahl [CDU])

Bei uns waren es – ich erinnere an Ihre Aussage – 6,724 Milliarden €. Das ist der neue absolute Spitzenwert. In Wahrheit sind Sie der Schuldenmacher Nummer eins.

(Helmut Stahl [CDU]: Unglaublich!)

Eines gehört heute auch auf den Tisch: die Lage bei der WestLB. Dort hat das Land 5 Milliarden € im Risiko und durch den Nachtrag noch einmal 4 Milliarden €. Das sind 9 Milliarden € – 17 % – im Risiko bei einem Gesamthaushalt von 53,1 Milliarden €. Dann habe ich gelesen, dass der Chef der WestLB jetzt auch noch das Eigenkapital aufstocken will. Das ist die Wahrheit über Ihre Finanzpolitik in Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

In der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise sind die Steuereinnahmen drastisch zurückgegangen. Jede Regierung müsste jetzt Schulden machen. Entscheidend ist aber, was mit dem Geld geschieht. Versickert es im Haushalt, oder gestaltet man damit Politik für die Menschen in diesem Land? Geht es in die Bildung, in die Innovation? Was wird für Arbeitsplätze getan? Dann kann man neue Schulden vertreten, auch und gerade gegenüber den jungen Menschen, den kommenden Generationen.

Diese Landesregierung macht aber Schulden, ohne neue Impulse für die Zukunft zu geben. Das ist und bleibt unverantwortlich.

(Beifall von der SPD)

NRW muss das soziale Gewissen Deutschlands sein. Dazu gehört die Bildungsfrage. Sie stehen für soziale Kälte. Herr Ministerpräsident, Sie haben als selbst ernannter Arbeiterführer und auch als Johannes-Rau-Kopie längst ausgedient. „Den Arbeiterführer können wir jetzt vom Spielplan absetzen“, sagt selbst ein maßgeblicher Stratege der NRW-CDU.

Meine Damen und Herren, wir wollen endlich sehen, mit welchen Programmen, mit welchen Inhalten Sie dieses Land voranbringen wollen. Wir freuen uns auf die inhaltliche Auseinandersetzung.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Für uns ist völlig klar: NRW muss stärker aus der Krise herauskommen. Sie stehen für Mutlosigkeit und Untätigkeit in der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. Sie würden gern gemeinsam ein Modell für Deutschland sein, aber Sie sind nur ein abschreckendes Beispiel. Deshalb muss und wird Schwarz-Gelb Berlin erspart bleiben, meine Damen und Herren. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Kraft. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, das setzt wahrscheinlich Maßstäbe für gleich. Jetzt hat der Vorsitzende der Fraktion der CDU, der Kollege Abgeordneter Stahl, das Wort. Bitte schön, Herr Stahl.

(Britta Altenkamp [SPD]: Was war das denn für eine Einleitung? Herr Stahl hat noch nie Maßstäbe gesetzt! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Um es klar zu sagen: Meine Bemerkung bezog sich auf die Dauer des Applauses. Die Fraktion der SPD und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen haben sehr lange applaudiert. Darauf bezog sich die Bemerkung.

(Beifall von der SPD)

Herr Kollege Stahl.

Helmut Stahl (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Ralf Jäger [SPD]: Das war eine unterirdische Rede!)

– Nein, Herr Kollege Jäger. Ich wollte eigentlich mit einer Stellungnahme zum Haushalt anfangen und auf die Einlassungen von Frau Kollegin Kraft dazu eingehen. Das ist jedoch überflüssig, weil sie eine Rede gehalten hat, die auf jedem Wahlkampfmarktplatz denkbar und angebracht gewesen wäre, aber nicht in diesem Landtag.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist ein Zeichen dafür, dass Sie mal wieder nicht zugehört haben bei den Fakten von NRW!)

Sie hat sämtliche Stereotypen bemüht, die gegenwärtig im Bundestagswahlkampf benutzt werden.

(Zurufe von der SPD)

Unbewiesen, laut, ohne Belege – das ist Ihr Stil, Frau Kraft.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Laut war sie gar nicht! – Unruhe und weitere Zurufe von der SPD)

Wenn ich mir das nur auszugsweise anschau – ich könnte jetzt alles durchkonjugieren, was Sie zum Land gesagt haben –,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Nein, Sie haben ja nicht zugehört!)

dann ist das ein Zerrbild der Realität.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich nenne Ihnen Punkt für Punkt:

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Fakten, Herr Kollege!)

Sie beklagen das Schicksal der Kommunen. Bekommen die Kommunen heute deutlich mehr Geld als 2005 oder nicht?

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Sie bekommen 1,3 Milliarden € mehr in 2010, als sie in 2005 bekamen. Das sind Zahlen.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Dann können Sie doch die 1,15 Milliarden € überweisen!)

Wenn Sie die Mittel aus dem Solidarpakt anmahnen, dann unterschlagen Sie schlicht, dass das Gutachten, auf das Sie sich beziehen, mittlerweile das dritte Gutachten in einem Gutachterstreit ist und mitnichten die tatsächlichen Ansprüche der Kommunen oder aber des Landes abbildet.

(Beifall von CDU und FDP – Widerspruch von der SPD)

Ich erinnere daran, dass Herr Prof. Lenk im Gegenteil gesagt hat, das Land habe Rückerstattungsansprüche an die Kommunen. Es ist klug und richtig, dass sich der Finanzminister und der Innenminister jetzt mit den Kommunen darüber unterhalten, wie sie eine gemeinsame Basis finden können. Einfach so zu argumentieren, wie Sie argumentieren, ist schlicht unseriös.

(Beifall von CDU und FDP)

Außerdem haben Sie Kritik in Bezug auf die Schülerfahrtkosten geäußert. Sie haben nicht hingeguckt.

(Dieter Hilser [SPD]: Blödsinn!)

Pro Schüler ändert sich nichts. Wenn es weniger Schüler gibt, kann auch der Schülerfahrtkostenansatz sinken. Pro Kopf der Schüler ändert sich überhaupt nichts. Sie haben nicht hingeguckt. Sie haben keine Leute, die Ihnen das aufschreiben.

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist doch unterirdisch. – Jetzt habe ich dieses Wort gebraucht, Herr Jäger. Endlich habe ich Ihr Reizwort auch benutzt.

(Beifall von CDU und FDP)

In Bezug auf die Sperrklausel haben Sie zu Recht darauf hingewiesen, dass auch wir ein Interesse

daran hätten – im Übrigen wahrscheinlich gemeinsam mit der FDP, wie ich weiß –, niederschwellige Barrieren einzuziehen, tatsächlich aber ein Stück weit Sorge zu tragen, dass die Räte handlungsfähig bleiben.

(Sören Link [SPD]: Bei diesem Thema haben Sie in der Vergangenheit ja richtig Gas gegeben!)

Allerdings haben in ganz Deutschland – jeder, der sich auch nur ansatzweise mit dieser Materie beschäftigt, weiß das – die oberen und höchsten Gerichte dies für verfassungswidrig erklärt. Meine Damen und Herren, Sie fordern zum Verfassungsbruch auf, wenn Sie hier weiter in dieser Form Theater machen.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist falsch! Sie sagen wider besseres Wissen die Unwahrheit!)

Wird mit dem KiBiz mehr für Kinderbildung ausgegeben oder weniger? Gibt es mehr Studienabgängerinnen und -abgänger oder weniger? Sie zeichnen hier ein Bild, das mit der Realität null Komma null null zu tun hat.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie sind schlecht informiert, Frau Kollegin Kraft – bis hin zur Peinlichkeit.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD: Oh!)

Was mich wirklich aufregt – das spüren Sie auch –, ist, dass Sie das, was in Ihrer Regierungszeit geschehen ist und in Ihrer politischen Verantwortung liegt, wegdrücken und nichts mehr damit zu tun haben wollen.

Als wir die Regierungsverantwortung übernommen haben, gab es in Nordrhein-Westfalen für 2,8 % der Kinder unter drei Jahren eine Betreuungsmöglichkeit, also jedes 35. Kind. Wenn im nächsten Jahr die Landtagswahlen stattfinden, wird es mehr als jedes fünfte Kind sein. Das ist eine Versiebenfachung.

(Beifall von CDU und FDP)

Und Sie machen hier Theater. Wo sind wir denn?

(Ralf Jäger [SPD]: Was haben Sie denn dafür getan? Gar nichts! Das sind Bundesmittel!)

Des Weiteren monieren Sie eine Lehrerlücke. Lehrer brauchen normalerweise sieben bis acht Jahre, bis sie voll in den Beruf einsteigen können.

(Sören Link [SPD]: Sie vergraulen die Lehrer! Die wandern ab, Herr Stahl!)

Schauen Sie einmal zurück. Wann hätten die Lehrer, die jetzt eingestellt werden könnten, denn ihr Studium aufgenommen haben müssen? Exakt zu der Zeit, als Sie Verantwortung trugen und Interes-

senten vom Lehrerberuf abgeschreckt haben. Das ist die Wahrheit.

(Beifall von CDU und FDP)

Nun komme ich zum Thema Schulden. Dass Sie dem Finanzminister jetzt 129 Milliarden € Schulden anlasten, ist skrupellos; denn Sie verschweigen, dass Sie uns 112 Milliarden € Schulden hinterlassen haben.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: 17 Milliarden € in vier Jahren ist ja toll!)

Ferner lassen Sie außer Acht, dass wir uns gegenwärtig in einer historisch noch nie gekannten Situation befinden,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie hatten in den letzten Jahren doch Steuereinnahmen ohne Ende!)

die uns wie alle öffentlichen Haushalte vom Bund bis zu den Kommunen zwingt, Sorge dafür zu tragen, dass die Krise sich nicht verschärft, sondern möglichst geglättet wird. Das ist unsere Verantwortung, die wir auch wahrnehmen.

(Beifall von CDU und FDP)

Frau Kollegin Kraft, Sie verdrängen Ihre Verantwortung für die Wahlergebnisse Ihrer Partei, deren Vorsitzende Sie ja sind, sowohl bei der Europawahl als auch bei den Kommunalwahlen. Ich persönlich bin der Auffassung: Eine der zentralen Ursachen Ihrer Verluste ist Ihre Substanzlosigkeit.

(Beifall von der CDU – Ralf Jäger [SPD]: Essen! Köln!)

Ich will das belegen. Eine sehr große Zeitung in Nordrhein-Westfalen hat Ihnen drei Tage vor der Kommunalwahl die Möglichkeit gegeben, Ihre Konzepte darzulegen, wie Sie die Zukunft gestalten wollen. Ihre Antwort lautete, Frau Kollegin Kraft: „Bildung, Familie, sozialer Zusammenhalt.“ „Whow!“ kann ich zu dieser Aussage nur sagen. „Friede, Freude, Eierkuchen“ ist mit Sicherheit aussagekräftiger als die drei Begriffe, die Frau Kraft hier genannt hat.

(Beifall von der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das sind schon drei Themen mehr als bei Frau Merkel!)

Und was nehmen die Leute davon an? Das ist doch hohl. Das ist doch inhaltsleer. Das sind doch Worthülsen.

(Sören Link [SPD]: Das ist ein Feuerwerk der Worte!)

Wenn man das ernst nimmt – es gibt auch Leute, die so etwas ernst nehmen; es gibt auch Leute, die ein Gedächtnis haben –, muss man das Thema Bildung einmal an den Kindern und Jugendlichen spiegeln, an denen Sie sich versündigt haben,

(Lachen von der SPD)

weil Sie die Hauptschule in den 90er-Jahren kaputtmachen wollten.

(Beifall von CDU und FDP)

Von 1993 bis 2005 hat es keine einzige Hauptschule in Nordrhein-Westfalen geschafft, einen Ganztagsbetrieb zu bekommen. Sie haben die Lehrerinnen und Lehrer sowie die Kinder sträflich allein gelassen. Bildung ist der Schlüssel zum Leben. Sie haben diesen Kindern diesen Schlüssel verweigert. Das ist skandalös.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich habe neulich eine Hauptschule besucht.

(Sören Link [SPD]: Ach nein!)

– Erneut besucht. Ich besuche öfter Hauptschulen. Das kann ich Ihnen beweisen. Fragen Sie einmal herum. Ich weiß, was dort läuft.

Beim Besuch dieser Hauptschule wurde deutlich, welche Klimaveränderung sich dort vollzogen hat. Die spüren auf einmal Rückenwind. Die haben neue Konzepte. Die können den Kindern und Jugendlichen helfen. Da gucken einen strahlende Augen an. Da sind Lehrerinnen und Lehrer, die hoch engagiert arbeiten.

Genau das brauchen wir; denn das hilft den Kindern – und nicht Ihnen bei Ihrer ideologischen Auseinandersetzung, die Sie mit uns führen wollen.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Sören Link [SPD])

Sie haben das Thema Familie angesprochen. Das haben Sie im Sommer im Übrigen auch getan. Beim Thema Familie haben Sie versucht, sich als Politikerin aus der dritten Reihe an einer Politikerin aus der ersten Reihe zu reiben, nämlich an Ursula von der Leyen.

(Zurufe von der SPD: Oho!)

Sie haben die These vertreten, der man anhängen kann: Dem Staat muss jedes Kind gleich viel wert sein. Zugegeben: Das klingt gut, das klingt gerecht. Nur, wenn man einmal darüber nachdenkt, ob das richtig ist, ist man sehr schnell bei einem gegenteiligen Ergebnis. Das kann ich an zwei Beispielen sehr deutlich machen. Wenn beispielsweise eine Kommune in einer Familie intervenieren muss, weil es um das Wohl des Kindes geht, dann muss selbstverständlich dieses Kind in diesem Augenblick uns allen viel mehr wert sein als ein anderes, normales Kind.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Was für eine Erkenntnis!)

Wenn Kinder sogenannter bildungsferner Schichten genauso wie Kinder, die hochbegabt sind, zu ihrer persönlichen Entfaltung mehr Hilfe brauchen, dann

muss es selbstverständlich so sein, dass der Staat, dass die Gemeinschaft ihnen diese zusätzliche Hilfe angeidehen lässt.

(Beifall von der CDU)

Das ist also ein Unsinnssatz, wenn man ihn wirklich sachlich-fachlich durchkonjugiert. Sollte es so sein – was ich vermute –, dass Sie damit das Spannungsfeld von Kinderfreibetrag und Kindergeld beschreiben wollen, nämlich zugunsten des Kindergeldes, Frau Kollegin Kraft, dann zeigt das, dass 30 Jahre lang die Debatte komplett an Ihnen vorbeigelaufen ist.

(Hannelore Kraft [SPD]: Das steht in unserem Regierungsprogramm!)

Sie hätten alle Chancen gehabt, mit Ihrem Finanzminister, mit unserem Finanzminister Peer Steinbrück darüber zu reden. Er hätte Ihnen Folgendes gesagt: Liebe Kollegin Kraft, tut mir leid. Dies ist uns nicht möglich, weil uns das Bundesverfassungsgericht die Möglichkeit nicht eröffnet.

(Ralf Jäger [SPD]: Er hätte „Liebe Hannelore“ gesagt!)

– Liebe Hannelore, hätte er zum Zweiten gesagt, es gibt auch gute Gründe, dass wir nicht so verfahren, wie Sie vorgeschlagen haben, weil dann nämlich kinderreiche Familien mehr Steuern zahlen müssten als kinderarme. Das kann doch nicht gerecht sein.

(Beifall von der CDU)

Wenn ich das einmal alles zusammenfasse, Frau Kollegin Kraft, dann kann ich nur sagen: Platt, ungetrüb von Sachkenntnis plappern Sie herum. Am Niederrhein würde man sagen – das habe ich von dort mitgenommen –: Viel Gequieke, wenig Wolle.

(Beifall von der CDU – Marc Jan Eumann [SPD]: Eine rhetorische Stilblüte!)

Sie haben sich vorhin darüber echauffiert, dass Jürgen Rüttgers, der Parteivorsitzende und Ministerpräsident, sich am Wahlabend verhalten hat, wie er sich verhalten hat. Das haben Sie kritisiert. Das können Sie machen. Was ich allerdings kritisiere und was ich überhaupt nicht okay finde: Sie feierten an diesem Abend eine „Ü-20-Party“ – über 20 %. Früher waren es einmal „Ü-40“, und Ihre Vorgänger wären ins Mauselloch gekrochen, wenn sie das hätten feiern müssen, aber das ist Ihr Job.

(Beifall von der CDU)

Wenn ich die Photos und die Filmsequenzen sehe, die davon übermittelt wurden, dann frage ich mich: Was ist da los? Wie kann man objektive Verluste nur einfach wejubeln wollen? Das kann nicht mit rechten Dingen zugehen. Ich vermute, Sie haben da unter einer gewaltigen Fehlausschüttung von Glückshormonen gelitten, was völlig neben der Realität war.

(Zuruf von Sören Link [SPD])

Risiken wie diese, vermute ich, haben auch den Kanzlerkandidaten der SPD – Sie haben den Bundestagswahlkampf ja hier bemüht –, bewogen, Sie nicht in sein Team zu berufen. Ich vermute das und viele mit mir. Wahrscheinlich hat er angesichts dessen, was ich auch gerade hier vorgetragen habe, gesagt: Sie bringt mir sowieso nichts. – Oder Sie haben gesagt: Das traue ich mir nicht zu. – Auch das ist in Ordnung.

(Ralf Jäger [SPD]: Sie hat gesagt, sie bleibt in NRW!)

Wir beklagen das nicht.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Dann gibt es noch eine dritte Variante, die da heißt: Sie sind davon ausgegangen, dass Herr Steinmeier keine Chance hat, Bundeskanzler zu werden. In dem Augenblick wären Sie Teil eines Verliererteams gewesen, und das wollten Sie sich nicht antun. Das war, würde ich sagen, sträflich als Vorsitzende des größten SPD-Bezirks in Deutschland. Da haben Sie Herrn Steinmeier ganz schön ein Ei ins Nest gelegt. Das ist etwas, was Ihrer Verantwortung – so meine ich – als Parteivorsitzende in Nordrhein-Westfalen widerspricht.

Egal, wie man die Motive bewertet: Jeder, der ansatzweise Profi ist im politischen Geschäft, hätte diese Chance genutzt, um sich bundesweit zu profilieren, durch all die Talkshows zu flanieren, die sich da geboten hätten. Da hätten endlich Menschen in Höxter, in Steinfurt, in Aachen oder in Bonn Kenntnis davon erhalten, dass es Sie gibt.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Wir haben die Kraft!)

Das hat gezeigt: Sie hatten nicht den Mut, Sie hatten nicht die Kraft, Sie hatten nicht das Gewicht, sich in dieses Team einzubringen.

(Zuruf von Marc Jan Eumann [SPD])

Sie haben klar und präzise Ihren Zenit überschritten.

(Sören Link [SPD]: Jetzt müssen Sie klatschen!)

– Danke. Vielleicht kann man die Regie ein Stück koordinieren. Das wäre schon in Ordnung.

(Zuruf von Marc Jan Eumann [SPD])

Frau Kollegin Kraft, Sie haben wie Steinmeier angekündigt, ein eigenes Team für die Wahlauseinandersetzung der kommenden Monate zu präsentieren. Darauf freuen wir uns. Wir freuen uns auf die allseits überschätzte Kollegin Schäfer, unsere „Madame kw 16.000“.

(Beifall von der CDU)

Für Nichtkenner: künftig wegfallend, 16.000 Stellen an unseren Schulen. Das hat sie im Jahr 2004, nachzulesen im dpa-Kulturdienst 12/2004, so unwi-

dersprochen verkündet. Wenn Sie jetzt der Landesregierung und den Mehrheitsfraktionen fälschlicherweise anlasten, dass wir an der Bildung gespart hätten, so ist das schlicht gelogen – das ist in Zahlen nachweisbar – und gemessen an dem, was Sie zu tun vorhatten, skandalös.

(Beifall von der CDU – Sören Link [SPD]: Sind die Stellen besetzt, oder sind die Stellen nicht besetzt?)

Was die Lehrerinnen und Lehrer angeht: Das, was da vom Ministerium zugrunde gelegt wird – das wissen Sie auch, das weiß Frau Schäfer, das wissen alle –, ist die gleiche Rechenmethode, die Sie angewandt haben. Die wird jetzt umgedreht. Das ist methodisch falsch, wie Sie im Übrigen wissen. In jeder Vorbemerkung zu den Anfragen ist vorgeschaltet, dass sie methodisch falsch ist. Sie nehmen das aber nicht zur Kenntnis, weil Ihnen das passt. Schauen Sie in den Haushalt!

(Hannelore Kraft [SPD]: Nehmen Sie denn die Schulleiter zur Kenntnis?)

Dann werden Sie feststellen, dass wir fast 8.000 Stellen für Lehrerinnen und Lehrer mehr haben.

(Zuruf von Sören Link [SPD])

Wenn Sie sagen, kranke Lehrer halten keinen Unterricht, dann sage ich Ihnen: Ohne Stellen keine Lehrer. Die wollten Sie wegnehmen. Es gibt ohne Stellen keine Lehrer.

(Zuruf von Sören Link [SPD])

Wir haben in unserem Haushalt 8.000 Stellen mehr für Lehrerinnen und Lehrer.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Sören Link [SPD])

Wir freuen uns auf den bedauernswerten Kollegen Römer in Ihrem Kompetenzteam. Er muss immer neu den immer schwieriger werdenden Spagat zwischen IG BCE und BUND machen. Gleichwohl weiß er, dass die gewerbliche Arbeitnehmerschaft längst ihren Anker bei uns gefunden hat.

Wir freuen uns auf die krawallige Frau Kollegin Altenkamp, die uns angreift, weil wir eine verbindliche Sprachstandsfeststellung für alle Kinder im Alter von vier Jahren wollen.

(Beifall von CDU und FDP)

An ihr ist völlig vorbeigerauscht, dass das Wahlprogramm der SPD genau diese Forderung enthält.

Wir freuen uns auf Ihre finanzpolitische Sprecherin und deren Kompetenz in Ihrem Kompetenzteam, auf Frau Walsken. Von ihr weiß jeder, dass sie nicht versteht, wovon sie spricht.

Ich vermute aber, Sie werden eher auf den Kollegen Börschel zurückgreifen. Er steht dem Verwaltungsrat eines großen öffentlich-rechtlichen Institutes vor, welches in Problemen steckt. Ich rate Ihnen, ihn nur

dann mitzunehmen, wenn es gelingt, vorher den Golfplatz mit angeschlossenem Feinschmeckerrestaurant zu verkaufen, der im Besitz dieses Institutes ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Herr Kollege Jäger, wir freuen uns auf Sie als kehlkopfstarken Mafia-Jäger. Jetzt muss ich „Mafiajäger Jäger“ sagen, sondern ist das möglicherweise missverständlich. Ich ziehe vor Ihnen meinen Schlapphut.

Ich sage Ihnen zu: Wir werden draußen niemandem Angst vor diesem Team machen. Die bekommen die Leute von alleine.

(Beifall von CDU und FDP)

Was ist von der einst glorreichen SPD in NRW geblieben? Blässe statt Profil; Schulden statt Wachstum; Einheitsschule statt Chance auf Entfaltung unserer Kinder in Vielfalt.

(Sören Link [SPD]: Sie arbeiten sich aber seit einer halben Stunde daran ab! Das ist doch merkwürdig, oder?)

Das alles wollen die Menschen nicht. Das erklärt die Schwäche Ihrer Ergebnisse bei Wahlen und in Umfragen. Diese haben wiederum eine zentrale Ursache darin, dass Sie inhaltslos sind. Frau Kollegin Kraft, ohne Inhalte zu definieren, werden Sie aus Ihrem Tief nicht herauskommen.

(Karl Schultheis [SPD]: Sagen Sie doch einmal etwas zum Haushalt!)

– Das kommt noch.

Dann machen Sie als SPD etwas, was Sie oft tun, wenn Sie in der Sache schwach sind: Wenn Sie schlecht dastehen, nutzen Sie jeden kleinsten Ausrutscher. Jedes kleinste Sandkorn wird skandalisiert. Jede Kleinigkeit wird genutzt, um eine Lawine Verbal Müll loszutreten. Genau das ist das, was Sie jetzt Jürgen Rüttgers anlasten: Verbal Müll!

(Sören Link [SPD]: Sie haben nichts verstanden, Herr Stahl! Nichts haben Sie verstanden!)

Jürgen Rüttgers hat sich vor die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Ruhrgebiet und darüber hinaus gestellt. Jürgen Rüttgers hat Kritik an großen Unternehmen formuliert, die ihre Unternehmensstrategien gewissenlos verfolgen.

(Beifall von der CDU)

Das machen Sie aber alles nicht zum Thema. Sie interessiert ausschließlich der kleine Ausrutscher, für den er sich entschuldigt und für den der rumänische Gesandte die Entschuldigung angenommen hat. Das ist Fakt. So ist es richtig.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

Ihre Mobilisierung der Empörungsindustrie hat doch nur den einen Zweck,

(Sören Link [SPD]: Das ist eine Schande für unser Land!)

von Ihrer eigenen Schwäche und insbesondere von dem realen Skandal abzulenken, den wir in Dortmund erleben mussten.

(Beifall von CDU und FDP)

Das wird Ihnen nicht gelingen. Im Übrigen weiß jeder, dass unsere Bürgerinnen und Bürger diese Qualität von Auseinandersetzungen nicht wünschen. Unsere Bürgerinnen und Bürger wollen Antworten auf ihre wirklichen Sorgen. Sie wollen Antworten darauf, wie es nach der Bundestagswahl weitergeht. Sie wollen wissen, wem sie das Schicksal Deutschlands und ihr Schicksal in die Hände legen, wem sie vertrauen und wem sie es zutrauen, uns gut durch die Krise in eine gute Zukunft zu führen.

(Sören Link [SPD]: Jetzt interessiert mich aber die Antwort!)

– Die kommt, mein Lieber.

Sie wollen wissen, wem es gelingt, Arbeitslosigkeit zu vermeiden, die Krise zu bewältigen und soziale Sicherheit zu verbürgen. Um soziale Sicherheit zu verbürgen, brauchen Sie eine gut laufende und wachsende Wirtschaft; sonst können Sie die soziale Sicherheit nicht dauerhaft verbürgen.

(Zuruf von Sören Link [SPD])

Sie wollen wissen, wer in der Lage und gewillt ist, die öffentlichen Haushalte wieder ins Lot zu bringen.

Es wird oft beklagt, das Gegenteil sei der Fall, aber in diesem Fall haben die Bürgerinnen und Bürger glasklare Alternativen: Auf der einen Seite steht eine Linke unter Führung der SPD. Sie will aus dem Versagen des Finanzmarktkapitalismus unmittelbar und direkt ins Staatsversagen überleiten. Das ist zwangsläufig; das kann ich auch begründen.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

– Staatsversagen. Ich weiß schon, was ich sage, Frau Kollegin Kraft.

Schauen Sie sich bitte den Status unserer öffentlichen Finanzen an. Wir, die Gesellschaft in Deutschland, haben gemeinsam Schulden in Höhe von 1,6 Billionen € zu tragen. Wir haben ein Risiko von 0,5 Billionen € zu tragen, welches zwangsläufig durch Finanzmarktgarantien entstehen musste. Während Steuern und Abgaben ausfallen, wachsen gleichzeitig die Anforderungen beispielsweise an die Sozialversicherung. Es wird zwangsläufig so sein, dass dort – genauso wie in unserem Haushalt in Nordrhein-Westfalen – Kredite aufgenommen werden müssen, um die Krise zu glätten und die berechtigten Ansprüche der Menschen zu bedienen.

Obwohl das alles kaum noch stemmbar ist, kommen Sie da obendrauf mit Ihren staatlichen Ausgabeprogrammen, die mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit allenfalls Strohfeuer entfachen können, langfristig und nachhaltig aber zum Gegenteil führen.

(Beifall von CDU und FDP)

Im Übrigen hat der Staat nicht das Know-how im unmittelbaren operativen Bereich. Das haben Sie während Ihrer Zeit in Nordrhein-Westfalen – von HDO über GfW bis zur WestLB – trefflich bewiesen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Sie sollten die WestLB besser nicht als Beispiel anführen! Sie besser nicht!)

Und dem Staat, wie gerade beschrieben, fehlen auch die Ressourcen. Sie gehen dann an das Geld der Bürgerinnen und Bürger heran. Sie müssen dann Steuern erhöhen. Sie müssen nicht nur Steuern erhalten, sie müssen sie schlicht erhöhen.

Dann sind Sie in einer Situation, die ich neulich einmal spannend aufnahm in Form einer Zahl. Vor etwa 50 Jahren begann der Spitzensteuersatz etwa beim 17-Fachen eines durchschnittlichen Gehaltes eines Arbeitnehmers. Heute liegt er nur noch etwa beim Eineinhalbfachen.

Das heißt: Alles, was Sie obendrauf packen, alles, was Sie nicht entlasten, das packen Sie den normalen Menschen, den normal verdienenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern obendrauf. Das ist eine massive Wachstumsbremse. Das ist eine massive Überforderung der Bürgerinnen und Bürger. Das führt, wie ich vorhin beschrieb, zwangsläufig zum Staatsversagen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir haben unsere Alternativen klargemacht. Ich will sie auch skizzieren, weil Sie freundlicherweise danach fragten, werter Kollege.

(Zuruf von der SPD: Jetzt bin ich aber gespannt!)

Wir müssen – anderes wird uns allen gar nicht übrig bleiben – Schneisen schlagen für das Wachstum unserer Wirtschaft. Wir müssen auch wieder ermöglichen und das auch offensiv und bewusst tun, dass Unternehmen Gewinne machen – nicht damit sich Unternehmer ihre Taschen stopfen,

(Beifall von der FDP)

sondern damit gute Löhne gezahlt werden, damit arbeitsplatzschaffende Investitionen möglich werden und entstehen. Nur das schafft Beschäftigung. Nur das vermindert Arbeitslosigkeit.

(Beifall von der FDP)

Das ist die Schicksalsfrage, auf die es ankommt.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Aber das ist doch eine Binse, Herr Kollege! – Sören Link [SPD]: Das waren jetzt Ihre beiden Antworten?)

Wer glaubt, mit kreditfinanzierten Programmen Menschen beglücken zu können, ihnen geradezu zu helfen, der flieht in eine Märchenwelt und wird in der Hölle einer erneuten Wachstumskrise landen.

(Karl Schultheis [SPD]: Wie finanzieren Sie die Programme im Land?)

Der hat die Lektion nicht gelernt aus der Krise, wie wir sie gegenwärtig durchstehen müssen. Der legt den Keim für weitere Krisen. Wer auf die Wirtschaftskompetenz der von der SPD geführten Linken vertraut, der hat seinen Arbeitsplatz schon verloren.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Wir haben wie Sie das Ziel, dass Nordrhein-Westfalen, dass Deutschland gestärkt aus dieser Krise hervorgeht. Wir wollen das mit einer soliden Politik erreichen,

(Karl Schultheis [SPD]: Sagen Sie doch einmal etwas zum Haushalt!)

unter anderem mit dem Entwurf des Haushalts 2010. Herr Finanzminister Linssen hat deutlich gemacht in der Substanz, was Plan der Landesregierung ist, was wir mittragen. Wo es notwendig ist, etwas zu verändern, werden wir die notwendigen Mehrheiten herstellen.

Die Leitlinien sind: Wir wollen stabilisieren. Wir wollen investieren. Wir wollen konsolidieren.

Stabilisieren wollen wir dadurch, dass wir gezwungen sind, eine Nettokreditaufnahme von 6,5 Milliarden € hinzunehmen in einer Situation, die nur als historisch bezeichnet werden kann aus Zwängen heraus, denen keiner entkommt, wenn er nicht Beschäftigung gefährden und Wachstumschancen vergeben will. Das tut weh, aber es ist unvermeidlich. Ich bin kein Anhänger von Keynes. Dagegen-Sparen würde ich dennoch für kontraproduktiv erachten.

Aber wir müssen uns das Ziel setzen, und wir setzen es uns, schnellstmöglich wieder von der Nettokreditaufnahme herunterzukommen, so wie wir in den vergangenen vier Jahren bewiesen haben, dass wir es können. Wir haben bewiesen: Wir können es.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie haben bewiesen: Sie können es nicht.

Wir investieren vor allem in Bildung, in Wissenschaft und Forschung, vom Kindergarten bis zu Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

(Karl Schultheis [SPD]: Mit viel Bundesgeld! – Hannelore Kraft [SPD]: Mit Studiengebühren!)

Die OECD hat gestern durchaus zu Recht kritisiert, dass wir da insgesamt in Deutschland ein Stück Nachholbedarf haben. Aber ich mache darauf aufmerksam – der Finanzminister hat die Zahl heute Morgen genannt –: Wir investieren mittlerweile etwa 3 Milliarden € mehr in den Bereich Bildung, Wissenschaft und Forschung, als Sie in 2005 investierten, als wir den Haushalt von Ihnen übernahmen.

(Karl Schultheis [SPD]: Durch den Bund!)

Das ganze Spektrum von Kindergarten, von Unter-Drei-Betreuung, von Ganztage in Kindergärten und Schulen, von mehr Lehrerinnen und Lehrern, von den Hochschulen, die wie die Forschungseinrichtungen mehr Geld erhalten –

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das ganze Spektrum bis zu den Studiengebühren!)

das ist nachhaltig, das ist Investition in die Zukunft.

In dem Zusammenhang will ich insbesondere auch die Kommunen loben, denen es gelungen ist, die Mittel, die Bund und Länder für das Konjunkturpaket II verfügbar gemacht haben, bereits zu etwa 45 % zu binden. Das heißt, die Gelder kommen da an, wo sie hingehören: in den Köpfen, in den Herzen unserer Kinder und unserer Jugendlichen, in den Schulen, in den Hochschulen, um sie attraktiver zu machen, sie zu echten Lernorten zu machen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Kein Applaus! – Karl Schultheis [SPD]: Was hat das Land denn mobilisiert?)

Konsolidieren, Frau Kollegin Kraft, ist inzwischen Verfassungsauftrag. Über den haben Sie sich hier vorhin in, wie ich finde, nicht vertretbarer Weise hinweggesetzt. Sie haben das ins Allgemeine geschoben nach dem Motto: Und wenn der Bund, und wenn wir keine eigenen Einnahmen haben, dann ... – Das heißt doch im Umkehrschluss: Ihre Absicht ist es nicht, konsequent dafür Sorge zu tragen, dass unsere Kinder und Kindeskinde nicht mit einer unzumutbaren Schuldenlast belastet werden,

(Beifall von der CDU)

sondern Ihre Absicht ist, jetzt auch wieder immer neue Ausgabenwünsche zu bedienen mit der Folge, dass das zulasten unserer Zukunft geht.

Ich fordere Sie ausdrücklich auf: Wir brauchen zur Verfassungsänderung, die der Finanzminister hier als notwendig angesprochen hat, eine Zweidrittelmehrheit. Wir werden Sie nicht daraus entlassen, sich dieser Frage zu stellen.

Ich sage auch: Das, was wir in Nordrhein-Westfalen getan haben und tun werden, ist nicht möglich mit Gegenwind aus dem Bund, sondern ist sinnvollerweise zu verknüpfen mit Rückenwind aus dem

Bund, von der Bundesregierung. Ich sage auch frank und frei und offen: Diesen Rückenwind hatten wir in den vergangenen Jahren erfreulicherweise. Wir hatten ihn durch eine mutige Politik in der größten Krise, die die Bundesrepublik Deutschland, was die Wirtschaft angeht, in den vergangenen 50, 60 Jahren hat erleben müssen.

Ich habe auch gar keine Hemmungen, keine Skrupel und keine Verklemmungen zu sagen: Da hat die Große Koalition im Bund, da haben Union und SPD uns auch in Nordrhein-Westfalen geholfen, mit der Krise fertig zu werden und unsere Aufgaben besser wahrzunehmen, als es ohne eine starke Politik, eine mutige Politik in Berlin möglich gewesen wäre.

Ich habe auch überhaupt keine Probleme, dafür der Bundesregierung insgesamt, an ihrer Spitze Bundeskanzlerin Angela Merkel, aber auch Finanzminister Steinbrück, Dank und Anerkennung auszusprechen. Die Bundesregierung und auch die beiden gerade namentlich Genannten haben einen guten Job im Management dieser gewaltigen Krise gemacht, vom Finanzmarktstabilisierungsgesetz, von Konjunkturpaketen bis hin zum Kurzarbeitergeld, das uns in Nordrhein-Westfalen in besonderer Weise hilft.

(Karl Schultheis [SPD]: Deshalb geht es mit Schwarz-Gelb weiter!)

Ohne all das wäre gar nicht erklärbar, dass wir im August etwa 2.000 Arbeitslose weniger hatten als im Juli. Ohne diese Maßnahmen hätten wir wahrscheinlich Hunderttausende von Arbeitslosen mehr. Das spricht dafür, dass hier verantwortlich, klug und insbesondere mutig gehandelt wurde.

Auch die Föderalismusreform, von der wir als Land unseren Vorteil haben, ist – wie ich finde – nur denkbar gewesen unter den Vorzeichen einer Großen Koalition, aber mit den anderen Fraktionen im Deutschen Bundestag wie hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Alles das hat uns gut getan.

Jetzt stelle ich fest – das weiß jeder; deshalb führen wir Wahlkampf –, die Große Koalition geht zu Ende, der Vorrat an Gemeinsamkeiten ist aufgebraucht. Deshalb ist es unser Ziel, gemeinsam mit unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel für eine Politik der sozialen Marktwirtschaft zu werben, dieser Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, die uns erfolgreich durch alle Krisen der Nachkriegszeit von Korea über den Zusammenbruch von Bretton Woods und die Ölpreiskrise geführt und den Herausforderungen der deutschen Einheit standgehalten hat, die uns allen viel abverlangt hat.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Das ist der Weg, den wir auch in Zukunft gehen wollen. Wir setzen darauf, dass wir dafür die notwendigen Mehrheiten bekommen.

Ich tue etwas, das zu selten getan wird. Ich sage all denen, die sich im Augenblick gewaltig anstrengen,

um die Risiken der Krise zu begrenzen, ein herzliches Wort des Dankes und der Anerkennung,

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE] – Karl Schultheis [SPD]: Abschiedsrede!)

allen voran die Betriebsrätinnen und Betriebsräte, die sich in unglaublicher Weise gegenwärtig um ihre Kolleginnen und Kollegen kümmern. Ich selbst habe erlebt, wie sie zu uns kommen, wie sie Hilfe wollen, wenn es um Kredite und Aufträge geht. Das ist – wie ich finde – bewundernswert.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Kennen Sie die persönlich, oder was?)

Ich sage Dank den Unternehmerinnen und Unternehmern, insbesondere in Familienunternehmen, die gegenwärtig, bis es nicht mehr geht, alles daransetzen, ihre Belegschaften zu halten, die ein hohes Maß an sozialer Verantwortung täglich neu beweisen.

Ich sage Dank den Sozialpartnern, den Tarifvertragsparteien, die gestern wieder im „Branchendialog“ beim Ministerpräsidenten waren, die tatsächlich ihrer Verantwortung in jeder Phase gerecht werden. Ich finde, die haben einen lauten Beifall des ganzen Hauses verdient.

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist ein Pfund, worum uns das Ausland beneidet. Das ist gelebte soziale Marktwirtschaft, das ist rheinischer Kapitalismus, wie wir ihn wollen,

(Zuruf von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

nicht nur für uns, für Nordrhein-Westfalen und Deutschland, sondern auch für Europa und hoffentlich auch irgendwann einmal für die Weltwirtschaft.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Für Ihren Ministerpräsidenten!)

– Da Sie, Herr Sagel, gerade so schreien, nehme ich mich nun liebevoll Ihrer an.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Danke schön!)

Das alles geht nicht mit „Links“, mit Altkommunisten, Sozialisten und Investitionslenkern aus Amtsstuben.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie wollen als Linke zurück in die Steinzeit der Industriegesellschaft. Sie wollen Klassenkampf. Ihnen kann sozialer Friede nicht nutzen, Sie brauchen Konflikt, Sie brauchen Spaltung, Sie brauchen Verlierer,

(Zuruf von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

damit Sie diese für Ihre totalitären Zwecke mobilisieren können. Das ist Ihr Ziel.

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist Gift für die soziale Partnerschaft, ist Gift für die Tarifautonomie, ist Gift für jede Chance zur Gesundung unserer Wirtschaft,

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Reden Sie von Herrn Rüttgers?)

ist Gift für die soziale Sicherheit.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Sie reden doch von Herrn Rüttgers!)

Ich mache mir Sorgen, dass SPD wie offenbar auch Grüne bereit sind, das um der Macht willen in Kauf zu nehmen. Sie sind längst auf der Schleimspur der Linken angekommen, wie man auch vor der Kommunalwahl nachlesen konnte.

(Beifall von CDU und FDP)

Jetzt wird im Bundestagswahlkampf tough behauptet, überall, aber nicht im Bund werde mit den Linken paktiert. Gleichzeitig führt man Gespräche in Thüringen und an der Saar, um die Linken an der Regierung zu beteiligen. Halten Sie die Menschen in Deutschland, in Nordrhein-Westfalen für so dumm, dass sie nicht wüssten, dass Sie dann genau das tun werden, was Sie jetzt verneinen?

(Beifall von der CDU)

Wir erwarten von Ihnen, Frau Kraft, dass Sie sich nicht länger winden wie ein Aal, sondern klarmachen, ob und unter welchen Bedingungen Sie mit der Linken ins „Koalitionsbett“ wollen. Darauf haben die Menschen in Nordrhein-Westfalen einen Anspruch. Ja oder nein – das wollen die Menschen wissen.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich will bei dieser Gelegenheit durchaus die großen historischen Verdienste der Sozialdemokratie für die Entwicklung unseres Vaterlandes wie auch für die Demokratie in Deutschland rühmen und ihr Anerkennung zollen.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Aber wir alle wissen, es gibt auch hässliche Seiten. Da gibt es die hässliche Seite der kalten Arroganz, da gibt es rotes Bonzentum,

(Beifall von der CDU)

unter dem über viele Jahre und Jahrzehnte gerade die Menschen im Ruhrgebiet gelitten haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Und das ist längst noch nicht ausgerottet.

(Karl Schultheis [SPD]: Ausgerottet?)

Das kann man an dem studieren, was in Dortmund jetzt passiert ist, wo die Menschen mit einem Wahlbetrug ohnegleichen überzogen wurden. Das ist unanständig, das ist skandalös.

(Beifall von der CDU)

Dann ist aus den inneren Kreisen der SPD in Dortmund zu hören: „Ist doch egal, Hauptsache, wir stellen den OB, Hauptsache, wir haben einen Sitz mehr“, und es wird kolportiert: „Wir sind schmerzempfindlich“. Was müssen die Menschen in Dortmund, im östlichen Ruhrgebiet davon eigentlich denken? Was meinen Sie, was diejenigen glauben, die hinters Licht geführt worden sind? Die zweifeln an der Demokratie. Die werden verheizt, und das darf nicht sein.

(Beifall von CDU und FDP)

So tickt die Herzkammer der SPD. So tickt offenbar auch die SPD in Nordrhein-Westfalen. Frau Kraft, wenn Sie das als Landesvorsitzende tolerieren und beschweigen, sollten Sie sich bei den Menschen im Revier dafür entschuldigen, dass Sie das tun, dass Sie den Dingen dort nicht nachgehen und nicht dafür sorgen, dass die Leute, die Sie dahin gebracht haben, auch wieder wegkommen. Das ist Ihre Aufgabe. Das verlangen wir heute von Ihnen in dieser Diskussion.

(Beifall von CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, den Menschen in Nordrhein-Westfalen geht es – das ist unumstritten – heute besser als in 2005, als wir als Koalition der Erneuerung in diesem Land Regierungsverantwortung übernahmen. Wir wollen, dass es allen in Nordrhein-Westfalen, allen in Deutschland auch künftig besser geht. Wir wollen den Beitrag dazu leisten, den Politik dazu leisten kann.

Deshalb streiten wir für die Aufhebung der Selbstblockaden in der Bundespolitik. Wir wollen nach der Wahl eine Weichenstellung zu Wachstum, zu sozialer Sicherheit in Deutschland – mit unserer Bundeskanzlerin, mit Angela Merkel.

(Beifall von der CDU)

Und wir wollen die Fortsetzung und Festigung einer Politik der Erneuerung in Nordrhein-Westfalen ab Mai 2010, damit Nordrhein-Westfalen stärker, sozialer und bürgerfreundlicher wird – mit unserem Ministerpräsidenten, mit Jürgen Rüttgers.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich bin sicher: Die Menschen wissen, wem sie im Zweifel ihre Zukunft anvertrauen. Da passt ein herrliches arabisches Sprichwort: Vertrau auf Allah, aber binde dein Kamel an!

(Karl Schultheis [SPD]: Wer hat Sie denn losgelassen?)

Ich bin ziemlich sicher, die Menschen wissen: Es gibt keine besseren, keine stabileren Pfähle als Angela Merkel und Jürgen Rüttgers. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Lang anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Stahl. – Für die FDP-Fraktion spricht der Fraktionsvorsitzende der FDP im Landtag Nordrhein-Westfalen, Herr Dr. Papke.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Die erste Lesung des Landeshaushalts ist traditionell die Gelegenheit zur politischen Generaldebatte – unmittelbar nach zwei wichtigen Wahlen, der Europawahl und der Kommunalwahl. Wenige Wochen vor einer erkennbar historischen Richtungsentscheidung für die Zukunft unseres Landes bei der Bundestagswahl kann eine solche Generaldebatte kaum aktueller sein.

Es ist auch nicht überraschend, dass die SPD in dieser Generaldebatte auch die Aussagen des Ministerpräsidenten aufgreift, die am vergangenen Wochenende für Diskussionen gesorgt haben. Was wir der Opposition aber nicht durchgehen lassen werden, ist die völlig unangemessene Empörungsinzenierung, die SPD und Grüne über diese Aussagen losgetreten haben.

(Beifall von FDP und CDU)

Ich will das hier in aller Klarheit sagen: Dass Frau Künast, die bei den Grünen irgendetwas Wichtiges ist – Parteivorsitzende, Spitzenkandidatin oder sonst etwas, das ist bei den Grünen ja ein bisschen unübersichtlich –, unserem Ministerpräsidenten „Rassismus pur“ vorwirft, ist bodenlos und ehrabschneidend.

(Beifall von FDP und CDU)

Ich will, Frau Kollegin Löhrmann, sehr hoffen, dass Sie gleich Ihren Debattenbeitrag dazu nutzen werden, um sich von diesen ungehörigen Vorwürfen ausdrücklich zu distanzieren.

(Beifall von FDP und CDU – Lachen von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Ansonsten hätten Sie sich nach meiner Überzeugung als ernstzunehmender Gesprächspartner gerade über Fragen der politischen Kultur disqualifiziert.

(Beifall von der FDP)

Wir erwarten, dass Sie sich dazu klar äußern, Frau Kollegin Löhrmann, und sagen, was Sie von diesem ungeheuerlichen Vorwurf halten.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE] – Johannes Remmel [GRÜNE]: Pass auf, dass du vom hohen Pferd nicht herunterfällst!)

Ich will eines hinzufügen: Ich halte es für ein zwingendes Gebot der demokratischen, politischen Kultur, dass sich Demokraten nicht gegenseitig mit Schmutz bewerfen. Wir wissen doch alle, dass deutsche Politiker angesichts unserer Geschichte immer besondere Verantwortung im Umgang mit

anderen Völkern tragen werden. Das wissen wir doch alle.

(Zuruf von den GRÜNEN: Ausgerechnet!)

Wer wollte denn unserem Ministerpräsidenten dieses Bewusstsein ernsthaft absprechen? Er hat einen Fehler gemacht. Er hat sich dafür entschuldigt. Der konsularische Vertreter Rumäniens hat diese Entschuldigung angenommen. Und dabei sollte man es jetzt auch bewenden lassen.

(Beifall von FDP und CDU – Marc Jan Eumann [SPD]: Was sagt der Staatspräsident, Herr Kollege!)

Ich kann SPD und Grünen nur sehr empfehlen, in einer solchen Debatte etwas vorsichtiger zu sein. Ich will Ihnen auch darlegen, warum.

(Zuruf von der SPD: Sie sprechen aus Erfahrung!)

Wir haben im Frühjahr dieses Jahres eine Debatte – sie läuft zu Recht noch weiter – über Steueroasen in Europa gehabt. Steueroasen sind aus unserer Sicht nicht akzeptabel. Und es ist richtig, wenn der Bundesfinanzminister, die Bundesregierung das in geeigneter Form deutlich machen.

(Zuruf von der SPD)

Aber es war ungeheuerlich, wie der SPD-Bundesfinanzminister und der SPD-Bundesvorsitzende, beide führende Sozialdemokraten aus Nordrhein-Westfalen, in dieser Debatte mit militanten Drohgebärden gegenüber kleinen Nachbarstaaten aufgetreten sind.

(Beifall von der FDP – Zuruf von der SPD: Sie verwechseln Ursache und Wirkung!)

Das, Frau Kollegin Kraft, müssen Sie sich dann auch einmal anhören.

(Zurufe von der SPD)

Ich darf Ihnen noch einmal Folgendes in Erinnerung rufen. Franz Müntefering: „Früher hätte man dort Soldaten hingeschickt“.

(Zuruf von der FDP: Soldaten?)

Soldaten hingeschickt! „Aber das geht heute nicht mehr.“ So der Bundesvorsitzende der SPD!

(Beifall von der FDP – Zurufe von der SPD)

Peer Steinbrück: „Die Indianer müssen nur wissen, dass es die Kavallerie gibt.“ – So äußert sich der Bundesfinanzminister gegenüber befreundeten europäischen Staaten!

(Beifall von der FDP – Zurufe von der SPD)

– Ja, das verdrängen Sie.

Einer der großen Europäer unserer Zeit, Jean-Claude Juncker, eine großartige Persönlichkeit, der zuzuhören sich immer lohnt, der Regierungschef

des Kleinstaates Luxemburg, hat sich einen solchen Umgang unter europäischen Kulturstaaten zu Recht mit Empörung verboten. Wissen Sie, was er noch gesagt hat, Frau Kollegin Kraft? Er hat gesagt: „Wir waren schon mal besetzt, wir haben unter deutscher Besetzung gelitten.“

Und Steinbrück hat sich nicht entblödet, auch noch Burkina Faso, eines der ärmsten Länder der Welt, in den Sumpf seiner abfälligen Polemik über andere Völker zu ziehen, Frau Kollegin Kraft. Das fand ich schlimm und bodenlos!

(Beifall von FDP und CDU – Zuruf von der SPD: Es geht um Finanzströme, nicht um Menschen!)

Ich hätte mir gewünscht, dass Ihr Außenminister dazu einmal Stellung bezogen und sich dazu geäußert hätte, welcher außenpolitische Schaden für unser Land hier angerichtet worden ist. Er aber hat das getan, was Sie jetzt auch tun, Frau Kollegin Kraft: Er ist einfach weggelaufen.

(Beifall von der FDP – Zurufe von der SPD)

Der Bundesaußenminister hatte in dieser Debatte die Löffel angelegt und lag in der Ackerfurche. Auch das müssen Sie sich anhören, wenn wir eine solche Debatte über politische Kultur führen.

(Beifall von der FDP – Zurufe von der SPD)

Frau Kollegin Löhrmann, da Sie sich mutmaßlich gleich noch zu der Debatte äußern werden – ich habe auch gesagt, was wir von Ihnen erwarten –: Die Grünen haben im Kommunalwahlkampf hier in Nordrhein-Westfalen ein Plakat geklebt – was Sie da plakatiert haben, ist viel zu wenigen wirklich ins Bewusstsein gedrungen –, das eine nackte dunkelhäutige Frau, eine Mitbürgerin, zeigt, deren Hintern von zwei weißen Händen begrapscht wird. Ich habe eine Ahnung, was hier los gewesen wäre, wenn CDU oder FDP mit einem solchen Plakat unterwegs gewesen wären, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP – Minister Armin Laschet: Das ist Rassismus pur!)

Da wäre aber was gebacken gewesen! Was Sie uns dann vorgeworfen hätten!

Also: Ich empfehle etwas mehr Demut angesichts dessen, was Vertreter der eigenen Parteien beige-tragen haben.

(Zuruf von der FDP: Pharisäer sind das alle! – Marc Jan Eumann [SPD]: Ich wäre ganz ruhig!)

Frau Kollegin Löhrmann, Sie haben doch sicherlich noch ein paar Belegexemplare in Ihrem Keller. Vielleicht schicken Sie Frau Künast eines dieser Exemplare. Dann wird sie beim nächsten Mal vielleicht etwas zurückhaltender sein.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Im Übrigen, meine Damen und Herren, haben wir heute einen weiteren durchschaubaren Versuch der SPD erlebt, in der Debatte über die politische Situation von der eigenen Lage abzulenken, vor allem davon, dass sich die SPD in den letzten Wochen hier in Nordrhein-Westfalen zwei krachende, zwei historische Wahlniederlagen eingefangen hat.

(Zuruf von der Regierungsbank: So ist es!)

Darauf sollte man doch einmal hinweisen dürfen. Am 7. Juni hat die SPD bei der Europawahl das schlechteste Wahlergebnis bei allen Europawahlen eingefahren, und am 30. August hat die nordrhein-westfälische SPD ihr schlechtestes Wahlergebnis bei Kommunalwahlen in der über 60-jährigen Geschichte unseres Landes eingefahren.

(Beifall von der FDP)

Ich glaube, meine Damen und Herren, die Sozialdemokraten täten gut daran, sich mit den Gründen für diesen beispiellosen historischen Niedergang endlich einmal auseinanderzusetzen.

(Zurufe von CDU und FDP)

Stattdessen hüpfte Frau Kollegin Kraft am Wahlabend jubelnd vor den Kameras und Mikrofonen herum, dass man hätte meinen können, die SPD habe gerade die absolute Mehrheit gewonnen. Das war an Realitätsverweigerung nicht mehr zu übertreffen.

(Zuruf von der SPD: Die FDP hat nur gewonnen! War das so?)

Frau Kollegin Kraft, nehmen Sie es mir nicht übel: Das hat mich spontan ein bisschen an Mohammed Said al-Sahhaf erinnert. Ich weiß nicht, ob der Name Ihnen noch etwas sagt. Das ist eine bemerkenswerte Figur der Zeitgeschichte, besser bekannt unter dem Namen „Comical Ali“. Das war der letzte Informationsminister von Saddam Hussein.

(Gisela Walsken [SPD]: Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben? – Weitere Zurufe von der SPD)

Der ist dadurch bekannt geworden, dass er immer abends in den Nachrichtensendungen vor laufenden Fernsehkameras

(Zuruf von der SPD: Möllemann ist auch immer da?)

die Sicht der irakischen Regierung dargelegt und erzählt hat: „Die glorreichen irakischen Truppen haben heute den letzten Ungläubigen aus dem Land gejagt“, während im Kamerahintergrund die amerikanischen Panzer vorbeirrten.

(Heiterkeit von der FDP)

Das ist das Musterbeispiel einer Form der Realitätsverweigerung, Frau Kollegin Kraft. Dem sollten Sie nicht nacheifern. Das ist meine herzliche Empfehlung.

(Beifall von der FDP – Zuruf von der SPD)

In Dortmund haben Sie in der Tat erkennbar mit Methoden gewonnen, die im gesamten Land für helle Empörung sorgen, Frau Kollegin Kraft. Ich muss sagen: Ich habe heute von Ihnen in dieser Debatte ein klärendes Wort zu dieser Situation und zu dem, was in Dortmund abgelaufen ist, erwartet. Denn Sie haben sich doch auch persönlich eingemischt. Herr Sierau war doch Ihr Kandidat. Sie haben die Entwicklung in Dortmund doch zu Ihrer Führungsaufgabe gemacht.

Das, was wir dort erlebt haben, kann schlimmer nicht sein: dass die Verwaltung auf eine Anfrage der FDP-Ratsfraktion wenige Tage vor der Wahl erklärt, man habe kein Haushaltsproblem, und in der Nacht nach der Wahl – die Stimmen sind gerade gezählt – eine Haushaltssperre verhängt wird und der Oberbürgermeister am nächsten Morgen verkündet, es fehlten 100 Millionen €. Ein paar Tage später waren es schon über 200 Millionen €.

(Gisela Walsken [SPD]: Sie müssen die Rede aktualisieren! – Zurufe von der FDP)

– Genau! Das Problem ist weg, Frau Kollegin, Sie haben ja recht. Denn Gerd Langemeyer hat gestern verkündet – ich zitiere –: „Das Loch ist gefüllt.“ – So schnell geht das in Dortmund.

(Gisela Walsken [SPD]: Ja, das passt Ihnen nicht!)

Das ist doch wirklich nicht zu übertreffen. Das ist der erkennbare Versuch, die Wähler systematisch zu belügen und zu betrügen, Frau Kollegin Kraft. Dazu hätten Sie unter der Überschrift „Politische Kultur in Nordrhein-Westfalen“ hier endlich einmal ein klärendes Wort finden müssen.

(Beifall von FDP und CDU)

Ich sage Ihnen: Es kann auf die Vorgänge dort nur eine Antwort geben, es kann da nur eine saubere Lösung geben: Herr Sierau muss zurücktreten. Diese Wahl muss wiederholt werden, meine Damen und Herren, jetzt, da die Bürger in Dortmund wissen, was dort passiert ist.

(Beifall von der FDP – Gisela Walsken [SPD]: Das hätten Sie gerne!)

Die Realitätsverdrehung der SPD, Frau Kollegin Kraft – das haben Sie heute hier mehrfach dargelegt –, geht unvermindert weiter. Sie haben sich nicht enthalten können, direkt nach der Wahl den Hinweis zu geben, die bedauerlich niedrige Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl gehe auf die Kappe des Ministerpräsidenten, denn der habe die Kommunalwahl gezielt von der Bundestagswahl abgekoppelt. So sind Sie zitiert worden. Der trage die Schuld an der niedrigen Wahlbeteiligung durch die Abkopplung der Wahl. Haben Sie nicht zur Kenntnis genommen, was Ihnen der Verfassungsgerichtshof ins Stammbuch geschrieben hat?

(Thomas Eiskirch [SPD]: Er schreibt Ihnen dauernd etwas! – Hannelore Kraft [SPD]: Sie verlieren doch dauernd!)

Das, was Sie gefordert haben, die Zusammenlegung von Kommunalwahl und Bundestagswahl, wäre verfassungswidrig gewesen.

(Beifall von FDP und CDU)

Ihre Forderung war verfassungswidrig. Lesen Sie einmal die Urteilsbegründung nach.

(Martin Börschel [SPD]: Sie sagen die Unwahrheit!)

Das hat der Präsident des Verfassungsgerichtshofs wortwortwörtlich so gesagt. Er sagte, das wäre verfassungswidrig gewesen. Wir haben uns durch Ihr Drängen und Ihre Drohkulissen nicht beirren lassen. Es war die richtige Entscheidung.

(Hannelore Kraft [SPD]: Sie verwechseln da etwas!)

Es ist abenteuerlich, dass Sie jetzt noch nachkarten und sagen, das hätte man doch anders machen müssen.

Das gilt auch für eine weitere Forderung, die Sie heute wieder aufgetischt haben, nämlich die Forderung nach Einführung einer Sperrklausel. Das kann doch nicht Ihr Ernst sein. Bundesweit gibt es kein einziges Land mehr mit einer solchen Sperrklausel. Das Bundesverfassungsgericht selbst hat die letzte Sperrklausel kassiert. Unser Verfassungsgerichtshof hat schon 1999 gesagt, dass eine solche Sperrklausel unter normalen Umständen unzulässig ist.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Wir haben doch sogar versucht, das, was verfassungsrechtlich möglich ist, auszuloten, nämlich mit der Mindestsitzklausel. Es hat doch bei uns unter Führung des Innenministers nicht an Überlegungen gefehlt, wie wir extreme Splittergruppen aus den Parlamenten möglichst fernhalten können. Selbst diese Mindestsitzklausel ist doch kassiert worden. Wie können Sie allen Ernstes weiter völlig unbeirrt von der Sachlage in der Öffentlichkeit sagen: „Wir wollen eine Sperrklausel“?

(Beifall von FDP und CDU)

Das ist – deshalb habe ich vorhin das Beispiel gebracht – Comical Ali, Frau Kollegin Kraft. Das ist – das will ich Ihnen einmal sagen – keine seriöse Politik.

Es ist Aufgabe der parlamentarischen Opposition, Alternativen zur Regierungspolitik aufzuzeigen. Bei dieser Aufgabe – ich nehme das mehr denn je stauend zur Kenntnis – haben Sie in den letzten vier Jahren komplett versagt. Sie haben hier auch heute neben solchen Verdrehungen keine einzige Alternative für eine andere Landespolitik dargelegt.

Das ist der eigentliche Grund dafür, Frau Kollegin Kraft, dass das Zutrauen in Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen selbst bei Ihren eigenen Anhängern so rapide im Sinkflug begriffen ist. Ich fand es sehr bemerkenswert und möchte im Zuge dieser Generaldebatte noch einmal daran erinnern, dass der WDR kurz vor der Sommerpause in einer repräsentativen Umfrage festgestellt hat, dass 66 % der Grünen-Wähler und 64 % der SPD-Wähler davon überzeugt sind, dass die Regierung aus CDU und FDP am 9. Mai des nächsten Jahres bestätigt wird.

(Beifall von der FDP – Zuruf von der SPD: Das heißt aber nicht, dass die sich das wünschen!)

Eine schlimmere Klatsche Ihrer eigenen Anhänger für das, was Sie hier abliefern, können Sie doch gar nicht bekommen. Zwei Drittel der Ihnen verbliebenen Anhänger!

(Zuruf von Johannes Rimmel [GRÜNE])

– Herr Kollege Rimmel, das gilt für Ihre Leute genauso. Zwei Drittel sind der festen Überzeugung: Die können es nicht packen, die anderen sind besser, die werden eine Mehrheit holen. – Das würde mich zum Nachdenken anregen, ob die eigene Strategie bisher die richtige war.

Ihre Forderungen sind nicht seriös. Das haben Sie gerade wieder mit Ihrem Hinweis auf die Steuerpolitik unter Beweis gestellt. Sie sagen, nach der Bundestagswahl würde die SPD eine Steuerreform angehen. Erinnern Sie sich vielleicht, Frau Kollegin Kraft, dass die SPD seit elf Jahren den Bundesfinanzminister stellt – mit gewaltigen Ankündigungen von Peer Steinbrück zur Finanzmarktregulierung, zur Steuerpolitik, zur Steuerreform? Und da sagen Sie: Nach der Bundestagswahl packen wir das an.

Ich will Ihnen einmal etwas sagen: Diese Ankündigung ist genauso viel wert wie das, was Sie vor der letzten Bundestagswahl angekündigt haben. Ich habe das noch einmal herausgesucht. Vor vier Jahren, kurz vor der Bundestagswahl, hieß es: Keine Erhöhung der Mehrwertsteuer. – Der Antrag, unterschrieben von Hannelore Kraft, bestand aus einem Satz: „Der Landtag lehnt die von CDU/CSU geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer ab.“ – Begründung: Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer wäre Gift für die schwache Binnennachfrage. Sie wäre ungerecht, weil sie hauptsächlich die Familien und die Bezieher niedrigerer Einkommen belasten würde. – Hannelore Kraft!

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Richtig!)

Das war Ihre Wahllüge vor vier Jahren, Frau Kollegin Kraft.

(Beifall von FDP und CDU)

Da haben Sie hier gestanden und der Öffentlichkeit gesagt: Mit uns wird es niemals eine Mehrwertsteuererhöhung geben. – Die Union wollte eine Erhö-

hung um zwei Prozentpunkte. Das haben wir im Vorfeld kritisiert, aber die Union hat es gesagt. Sie wollten nichts. Dann haben Sie Koalitionsverhandlungen geführt und heraus kamen drei Prozentpunkte. Das ist die Glaubwürdigkeit sozialdemokratischer Steuerpolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Das müssen Sie sich, Frau Kollegin Kraft, noch einmal anhören. Das zeigt, wie viel von Ihren Bemerkungen, was jetzt in der Steuerpolitik passieren müsse, zu halten ist.

Dass Sie sich überhaupt noch getraut haben, das Thema Studienbeiträge aufzurufen, das hat mich sehr gewundert. Dass Sie sich vor dem Hintergrund des Plakats mit Ihrer Juso-Vorsitzenden aus Duisburg, dieser aparten jungen Dame, die mit betroffenem Gesicht auf den Plakaten verkündet, wie schlimm die Studienbeiträge seien, an das Thema überhaupt noch herantrauen, das hatte schon was. Denn es ist ja inzwischen recherchiert worden – gut, dass es eine unabhängige Presse gibt –, dass die junge Dame sehr erfolgreich an einer privaten Hochschule

(Hannelore Kraft [SPD]: Die würde gerne keine Studiengebühren zahlen!)

mit Studienbeiträgen von über 20.000 € studiert hat, Frau Kollegin Kraft. Das ist wirklich glaubwürdig.

(Heiterkeit und Beifall von FDP und CDU)

Das heißt, Sie finden offenbar sogar bei Ihren eigenen Jusos keinen glaubwürdigen Vertreter dieser Mauertaktik gegen die Studienbeiträge mehr. Um Gottes willen! Und dann kommen Sie noch einmal mit dieser Geschichte, das hatte wirklich was.

(Beifall von der FDP)

SPD und Grüne wissen ja um die Situation im Lande: dass die Zustimmung zur Politik beider Parteien gerade hier in Nordrhein-Westfalen im Sinkflug begriffen ist und dass sie de facto, wie die eigenen Anhänger das ja auch klar zum Ausdruck bringen, keine Chance haben, am 9. Mai des nächsten Jahres eine eigene Mehrheit gegen die jetzige Landesregierung zu gewinnen. Das wissen sie. Und weil sie das wissen, setzen beide klipp und klar auf eine Koalition mit den Linksextremisten. Es gibt allerdings einen Unterschied: Frau Kraft laviert herum, die Grünen sind da ausnahmsweise einmal klarer. Ich darf hier Bärbel Höhn zitieren – 12. Mai 2009 im Interview mit der „BILD“-Zeitung –:

Wenn wir unsere Ziele in einer rot-grün-roten Koalition am besten durchsetzen können, warum nicht? Die Grünen sollten eine Zusammenarbeit mit der Linken vor der Landtagswahl nicht ausschließen.

Dann weiter: Wenn eine Koalition von SPD, Grünen und Linkspartei möglich wäre, aber nicht zustande

komme, liege das nicht an den Grünen, sagte Frau Höhn.

(Lachen von der FDP)

Das ist mal eine klare Aussage, Frau Kollegin Löhrmann. Da kann sich die Linkspartei schon die Hände reiben.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Alles besser als Sie in der Regierung! – Zuruf von Sigrig Beer [GRÜNE] – Widerspruch von der Landesregierung)

– Damit haben Sie das noch einmal bekräftigt.

Wissen Sie, hier zeichnet sich in der Tat ab – wir sind sehr dafür, dass die Menschen schon frühzeitig wissen, worum es gehen wird –, dass es bei der Landtagswahl – wie auch jetzt bei der Bundestagswahl – um eine wirkliche Richtungsentscheidung gehen wird.

(Sören Link [SPD]: Da könnten Sie recht haben!)

Wir wollen nicht, Frau Kollegin Löhrmann, Frau Kollegin Kraft, dass Linksextremisten in Nordrhein-Westfalen oder in der Bundesrepublik Deutschland an die Macht kommen, die ihr Verhältnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung immer noch nicht geklärt haben und die Deutschland zurück in eine totalitäre Kommandowirtschaft bringen wollen. Das wollen wir nicht.

(Beifall von FDP und CDU)

Ich sage Ihnen eines: Die überwiegende Mehrheit unseres Volkes will das auch nicht. Deshalb werden Sie noch die Quittung dafür bekommen, wenn Sie weiterhin mit den Linksextremisten rumturteln.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Wenn Sie sich darauf freuen, die Wiedervereinigung mit Rüdiger Sagel vollziehen zu können, werden wir Sie daran nicht hindern können. Aber wir werden den Menschen sagen, worauf Sie hinauswollen.

Aus unserer Sicht gibt es auch überhaupt keine Notwendigkeit für eine Jamaikadebatte, weil sich die Grünen im Zweifel ohnehin der Linkspartei an den Hals werfen werden.

Die Grünen sind – Frau Kollegin Löhrmann, ich darf das einmal sagen – mehr und mehr zu einer politischen Kraft der Beliebigkeit geworden. Ich fand es sehr aufschlussreich, wie Sie sich eingelassen haben, als wir vor der Sommerpause in der Tat in intensiven Beratungen in der Koalition über die Rahmenbedingungen für eine Opelhilfe diskutiert haben. Das waren schwierige Gespräche. Es ging um eine große Verantwortung für Opel, aber auch für die Steuerzahler. Nachdem Herr Kollege Priggen zunächst ein paar kritische Bemerkungen in der Sache gemacht hatte, dass es richtig sei, diesen Bedenken Rechnung zu tragen, hat Frau Kollegin Löhrmann mit Blick auf diese Debatte öffentlich

erklärt: Wir sind Tag und Nacht zu allem bereit. – Das ist wahre Prinzipientreue, Frau Kollegin Löhrmann.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie sind ja noch nicht einmal der Einladung des Ministerpräsidenten gefolgt!)

Das passte dann auch zu Ihrem Europawahlslogan „WUMS!“. Wir sind Tag und Nacht zu allem bereit. – Ich werde Ihnen das schon einmal sagen dürfen.

(Zurufe von Johannes Remmel und Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Sie haben so einen unglaublichen moralischen Anspruch, Herr Kollege Remmel. Aber wenn man sich anschaut, was von den einstmaligen grünen Weltverbesserern nach dem langen Marsch durch die Institutionen noch übrig geblieben ist, dann sieht man: Das ist schon ziemlich kläglich, meine Damen und Herren.

(Beifall von FDP und CDU)

Noch einige Bemerkungen zur Bilanz und zu dem, was der Finanzminister hier vorgelegt hat. Herr Finanzminister, ich will Ihnen auch im Namen meiner Fraktion ausdrücklich für diesen Etatentwurf danken. Es war keine vergnügungssteuerpflichtige Aufgabe, in einer Zeit, in der wir den massivsten Einbruch beim Wirtschaftswachstum in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland verkraften müssen, einen solchen Landeshaushalt aufzustellen.

(Beifall von FDP und CDU)

Sie haben das mit Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in einer historischen Ausnahmesituation geschafft.

Wir wissen auch, dass die Nettokreditaufnahme, die in 2010 in dieser Höhe unabwendbar ist, nicht zufriedenstellend ist. Wir sind uns einig – Sie nicken, das ist unsere gemeinsame Haltung, das will ich noch einmal deutlich machen –, dass wir so schnell wie möglich wieder auf den Konsolidierungspfad zurückkehren wollen und zurückkehren werden, den wir in den zurückliegenden Jahren eingeschlagen hatten.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Meine Damen und Herren, den besten Beweis dafür, dass ein ausgeglichener Landeshaushalt möglich ist, haben wir doch im vergangenen Jahr abgeliefert.

(Gisela Walsken [SPD]: Ausgeglichen? Schauen Sie einmal da rein! – Sören Link [SPD]: Wo waren Sie denn?)

Der Finanzminister hat darauf hingewiesen: Ohne die nötige Vorsorge für die WestLB und für den Rettungsschirm des Finanzmarktförderungsgesetzes hätten wir in 2008 im Haushalt einen Über-

schuss von über 160 Millionen € erwirtschaftet, meine Damen und Herren.

(Beifall von FDP und CDU)

Wir haben unter Führung des Finanzministers gezeigt: Das geht. Das wird ein wichtiges Ziel für die nächste Wahlperiode sein.

(Hannelore Kraft und Gisela Walsken [SPD]: Die Erde ist eine Scheibe!)

Wir werden es dennoch schaffen, weiter die Schwerpunkte zu setzen, die wir trotz dieser oft schwierigen Haushaltssituation auch in den Vorjahren haben setzen können.

Das will ich Ihnen zum Schluss auch noch einmal sagen, Frau Kollegin Kraft: Dass Sie hier so tun, als gäbe es keine gute Bilanz dieser Landesregierung, das ist einfach unredlich. Die Fakten sprechen eine andere Sprache: Wir haben die Ausgaben für vorschulische Bildung seit 2005 um 30 % erhöht. Um 30 %! Bei den U3-Plätzen – das war doch ein Schandfleck Ihrer Politik – haben Sie uns mit 2,8 % die niedrigste Betreuungsquote aller 16 Bundesländer hinterlassen.

(Beifall von FDP und CDU)

Wir werden in wenigen Jahren eine Betreuungsquote von über 30 % haben. Das ist das, was wir hier erreicht haben. Seien Sie doch endlich einmal so fair, das auch wirklich einzuräumen.

(Norbert Römer [SPD]: Das ist vom Bund bezahlt worden! – Weitere Zurufe von der SPD)

Sie haben im Bereich der frühkindlichen Betreuung eine Katastrophe hinterlassen. Und wir sind dabei, Nordrhein-Westfalen an die Spitze der westdeutschen Länder zu setzen.

Mit dem Landeshaushalt 2010 werden im Schulbereich 7.874 Lehrerstellen mehr zur Verfügung stehen als 2005. Und da sind Sie, Frau Kollegin Kraft, gerade mit dem bemerkenswerten Satz gekommen: Lehrerstellen erteilen keinen Unterricht. – Das ist ja Klasse.

(Gisela Walsken [SPD]: Das ist auf den Punkt formuliert!)

Das erklärt vielleicht, weshalb Sie 16.000 Lehrerstellen streichen wollen, Frau Kollegin Kraft.

(Beifall von FDP und CDU)

Das mag das erklären. Es ist schon eine besondere Leistung, nicht anerkennen zu wollen, dass diese Landesregierung – wir haben ja, Herr Finanzminister, Frau Schulministerin, wirklich um jede einzelne Stelle gerungen und gefragt, was wir noch mobilisieren können, was haushaltspolitisch noch verantwortbar ist – es tatsächlich geschafft hat, mit fast 8.000 zusätzlichen Lehrern in die Landtagswahl zu gehen. Um ehrlich zu sein: Das ist mehr, als wir das selber zu Beginn der Wahlperiode vermutet haben.

(Hannelore Kraft [SPD]: Lehrerstellen nicht Lehrer! – Zuruf von Helmut Stahl [CDU] – Weitere Zurufe von der SPD)

Wir haben im Koalitionsvertrag festgehalten, dass wir summa summarum 6.400 zusätzliche Lehrerstellen inklusive der Ganztagsbetreuung schaffen wollen. Und wir werden nun 8.000 vorzuweisen haben. Sie wollten 16.000 Stellen streichen, wir haben 8.000 geschaffen! Wenn das kein nachvollziehbarer Unterschied ist, meine Damen und Herren, dann weiß ich es nicht.

(Beifall von FDP und CDU)

Das gilt natürlich gerade auch für den Bereich der Innovation. Zum ersten Mal seit 30 Jahren werden in Nordrhein-Westfalen neue Hochschulen gegründet. Mit der Neugründung von drei und der Erweiterung von acht bestehenden Fachhochschulen werden bald 11.000 neue, zusätzliche Studienplätze in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung stehen. Bis 2020 – das haben wir langfristig verabredet – nehmen wir dafür 1,3 Milliarden € in die Hand.

Unter wesentlicher Beteiligung Nordrhein-Westfalens ist der Hochschulpakt des Bundes überhaupt erst zustande gekommen.

Und wenn es nach Nordrhein-Westfalen gegangen wäre, dann hätten wir bereits auch ein bundesweites Stipendiensystem. Das ist an der SPD gescheitert, meine Damen und Herren. Aber ich kann Ihnen sagen: Nach der Bundestagswahl werden wir das reparieren.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Wir halten an unserer erfolgreichen Politik für Nordrhein-Westfalen fest: „Freiheit vor Gleichheit“ und „Privat vor Staat“. Diese Politik ist erfolgreich.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Martin Borschel [SPD])

Wir haben seit der Regierungsübernahme bis Ende 2008 in Nordrhein-Westfalen mehr als 370.000 zusätzliche vollwertige sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse.

(Beifall von der FDP)

Nordrhein-Westfalen ist erfreulicherweise inzwischen wieder stark genug, um mit den Herausforderungen der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise erheblich besser fertig zu werden. Das ist unsere Antwort auf die Krise: dass wir Rahmenbedingungen schaffen, um Wachstumskräfte freizusetzen, nicht, um Dinosaurierindustrien von vorgestern wie den Subventionsbergbau in Nordrhein-Westfalen künstlich zu verlängern. Es ist auch eine großartige Leistung dieser Landesregierung gewesen, dass sie es in schwierigen Verhandlungen mit der Bundesregierung geschafft hat – gegen Ihren Widerstand, Frau Kollegin Kraft –, den Subventionsbergbau zu beenden, damit in Zukunft in helle Köpfe investiert

werden kann und das Geld nicht länger in dunklen Schächten verpulvert wird.

Ich darf zum Schluss dem Finanzminister noch einmal dafür danken, dass wir es in den letzten Tagen geschafft haben, Herr Minister Linssen, uns darauf zu verständigen, dem Wasserentnahmeentgelt – der Wassersteuer – den Garaus zu machen.

(Beifall von der FDP)

Das waren in der derzeitigen Haushaltslage keine einfachen Gespräche für einen Finanzminister. Es ist ja völlig klar, dass er auch auf die fiskalische Gesamtsituation achten muss. Aber ich glaube, wir haben jetzt einen guten Kompromiss gefunden: Die Wassersteuer, dieses Instrument grün-ideologischer Steuerpolitik, wird abgeschafft. Die Verbraucher, die Betriebe werden entlastet.

(Beifall von der FDP)

Um 10 Prozentpunkte wird sie jedes Jahr verringert. Und Ende 2018 ist dann Schluss damit. Das ist eine hervorragende Lösung, die zeigt, dass wir uns in jedem Bereich, Frau Kollegin Löhrmann, an das halten, was wir vor der Wahl versprochen haben. – Ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Papke. – Meine Damen und Herren, als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Abgeordnete Löhrmann das Wort. Bitte schön.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Dr. Papke, im Grunde tun Sie mir nur noch leid,

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Lachen von der FDP)

wie Sie sich mit Ihrem Zettelkasten abmühen und dann meinen, hier vermeintliche Skandale hervorgebracht zu haben. Ich empfehle Ihnen wirklich, diesen Zettelkasten etwas zu ergänzen. Das ist dann auch das einzige, was ich zu Ihren Versuchen, wer weiß was loszutreten, sage. Sie sollten ihn etwas besser pflegen. Wir haben natürlich auch welche.

Ich möchte Ihnen dieses Plakat in Erinnerung rufen:

(Die Rednerin hält ein DIN-A4-Plakat in die Höhe. – Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das haben wir nicht plakatiert!)

Da heißt es: Wenn wir nicht schnell für neue Lehrer sorgen, suchen sich unsere Kinder selber welche. NRW braucht Tempo.

SPIEGEL ONLINE, 14. Januar 2000, vermeldet dazu:

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: „NRW braucht Tempo“ ist für Sie eine Verhexungsmethode!)

Empörung wegen Hitler-Plakat. Jürgen Möllemann zieht mit Adolf Hitler, Bhagwan und einer Horror-Fratze in den NRW Wahlkampf. Trotz heftiger Kritik hält der wohl bekannteste Fallschirmspringer der Republik an dem umstrittenen Plakat fest.

(Hannelore Kraft [SPD]: Davon wollen Sie nichts mehr hören!)

Der Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, hatte es als unverständlich bezeichnet, dass eine demokratische Partei „mit dem Bild des größten Verbrechers der Weltgeschichte Wahlkampf treiben kann“. Möllemann wehrte sich gegen den Vorwurf, er mache den Rechtsextremismus hoffähig. „Wir benennen das Problem, um es zu bekämpfen“, betonte er. – Zitat Ende.

So war das mit Herrn Möllemann,

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Und jetzt zu Frau Künast!)

und darauf komme ich auch noch zurück.

(Minister Dr. Helmut Linsen: Wir sind doch in der Gegenwart! – Weitere lebhafte Zurufe von FDP und GRÜNEN – Gisela Walsken [SPD]: Dumm gelaufen!)

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen hier im Hohen Hause eine Programmänderung ankündigen:

Die Johannes-Rau-Festspiele sind abgesagt. Der Kaufmann von Kleve ist abgesetzt. Die Masken sind kaputt, die Kostüme zerrissen, die Tünche verbraucht. Es wird nur noch ein Notspielplan restabgewickelt. Mehr geben Regisseur und Spielschar nicht mehr her.

Meine Damen und Herren – ich zitiere –: „Der Weg in die Staatskanzlei führt über die Rathäuser.“ – O-Ton Jürgen Rüttgers vor der Kommunalwahl – vor zehn Jahren! Dazu sage ich nur: Dank der Kommunalwahl kennt Ministerpräsident Rüttgers nicht nur den Hinweg, sondern auch den Rückweg – raus aus der Staatskanzlei.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Bielefeld verloren, Essen verloren, Köln verloren. Allein in diesen drei Städten werden 2 Millionen Menschen nicht mehr von der CDU regiert. Insgesamt haben Sie seit der letzten Wahl 400.000 Stimmen verloren.

Da trifft es sich gut, dass wir heute über die Bilanz Ihrer Regierung debattieren. Denn der Haushaltsentwurf 2010 ist nichts anderes als die mehr als ernüchternde Bilanz der schwarz-gelben Regierungszeit.

Ich will gar nicht so lange davon sprechen, wo Sie schlicht und einfach eine andere Politik machen, als wir Grüne es getan hätten. Sie haben nun einmal andere Ansätze und Vorstellungen. Sie vertreten halt die politische Ideologie von vorgestern.

(Lachen von der FDP – Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich will mich nicht lange damit aufhalten, dass Sie mutwillig die Umweltverwaltung zerstört haben. Damit haben Sie dem Schutz der Umwelt in Nordrhein-Westfalen schweren Schaden zugefügt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Aber für Sie ist Umweltschutz immer noch ein Störfaktor und nicht, wie es sich in modernen Zeiten gehört, ein Standortfaktor.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Und von Heimat zu sprechen und gleichzeitig den Staatswald zu verhökern, passt auch nicht zusammen.

Ich will auch nicht groß ausführen, meine Damen und Herren, dass Sie die Windenergie kaputt machen und lieber auf Kohle und Atom setzen. Sie machen eben lieber eine Energiepolitik, die Mensch und Natur aufs Spiel setzt und das Klima aufheizt. Dabei müssen wir mit dem Einsatz für Wind, für Sonne, Energieeffizienz und Gebäudesanierung Energiepolitik und Klimaschutz verbinden und können übrigens genau damit auch Hunderttausende neue Jobs schaffen, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich will auch nicht darauf herumreiten, dass Sie lieber neue Straßen bauen, statt für mehr Busse und Bahnen zu sorgen. Sie machen lieber eine Verkehrspolitik, die auf Flughäfen und neue Straßen setzt statt auf klimaschonende Mobilität und personalintensiven öffentlichen Nahverkehr.

(Dr. Robert Orth [FDP]: Alles Sprechblasen!)

Ich will auch nicht lange ausführen, dass Sie mit dem KiBiz die Qualität bei der Kinderbetreuung abbauen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie tun sich eben immer noch schwer, den Kindergarten als Bildungseinrichtung zu begreifen.

Nein, ich will mich auch nicht lange damit aufhalten, dass Sie die Schulen etwa mit Ihrem Turboabi noch undurchlässiger gemacht haben, als sie es ohnehin schon sind. Sie wollen partout an einem Schulsystem aus dem vorletzten Jahrhundert festhalten, das Kinder sortiert, aussortiert und auf Bildungsgänge festlegt, statt all ihre Talente zu fördern.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Minister Armin Laschet: Was ist denn das für ein Unsinn?)

Ich will auch nicht groß anmerken, dass Sie mit Ihren allgemeinen Studiengebühren die Bildungsungerechtigkeit mit Füßen treten, statt mehr für die Studierenden und für mehr Chancengleichheit zu sorgen. Sie wollen Universitäten für Besserverdienende statt für alle.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich will nur noch kurz erwähnen, wie massiv Sie in den Frauenhäusern beim Personal sparen. Ihre Frauenpolitik ist – siehe Herdprämie – im Wesentlichen eine für Ehefrauen von gutverdienenden Männern statt eine für alle Frauen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich will auch nicht ausführlich darauf eingehen, wie Sie die Kommunen unseres Landes systematisch um Milliarden betrogen haben, und zwar Jahr für Jahr.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie holen sich das notwendige Geld lieber bei den Städten und Gemeinden, statt den eigenen Haushalt strukturell zu sanieren.

Und es gehört zu Ihrer „Privat vor Staat“-Ideologie, die LEG an Heuschrecken zu verkaufen, statt wenigstens den vor Ort engagierten Unternehmen eine echte Chance zu geben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ihnen geht es um den kurzfristigen Verkaufserlös auf dem Rücken der Mieterinnen und Mieter. Es schert Sie auch nicht, dass letztlich doch wieder die Kommunen die Kosten für heruntergewirtschaftete Häuser und Wohnungen tragen müssen.

(Beifall von Horst Becker [GRÜNE])

Nein, meine Damen und Herren, all das will ich heute gar nicht länger ausführen; das haben wir schon vielfach getan. Das ist Ihr politisches Programm, das ist Ihr politischer Wille, Ihre politische Einstellung. Das haben wir und viele Menschen seit 2005 häufig zu spüren bekommen. Das haben Sie oft auch explizit gegen den Sachverstand, der hier in Anhörungen vorgetragen worden ist, gnadenlos durchgezogen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das, Herr Ministerpräsident, steht unserer Vorstellung von gutem Regieren, von zukunftsgerichteter Politik diametral entgegen.

Auch in der größten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit gilt für Sie immer noch – diese Einstellung haben Sie nicht korrigiert – „Privat vor Staat“. Obwohl Sie anders reden, sind Sie mit Rücksicht auf Ihren marktradikalen Koalitionspartner von diesem Regierungsgrundsatz noch immer nicht abgerückt. Ich bin Herrn Laumann dankbar, dass er das wenigstens ab und an in aller Deutlichkeit formuliert.

(Beifall von Gisela Walsken [SPD])

Sie sollten auf Heiner Geißler hören. Er rät ausdrücklich von der Wahl der FDP ab, weil sie aus der Krise nichts gelernt hat.

Meine Damen und Herren, der Wahlkampf treibt ja bizarre Blüten. Da warnt der Ministerpräsident im Verbund mit Horst Seehofer vor den Auswüchsen neoliberaler marktradikaler Politik. Am Freitag vor der Kommunalwahl sagten Sie, Herr Rüttgers, dem „Handelsblatt“: „Ein Streichkonzert bei den Sozialleistungen passt einfach nicht in diese Zeit.“ – Dazu sage ich nur: Ein Mann warnt vor sich selbst.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Erinnern Sie sich noch daran, dass Sie es waren, der die unabhängigen Beratungsstellen und Arbeitslosenzentren in NRW plattgemacht hat? Mit Ihrer marktradikalen Politik verspielen Sie die Zukunft, statt die Zukunftsthemen zu erkennen und anzupacken.

Zukunft ist jetzt. Ihre politischen Herzen schlagen anders als unsere. Das ist das eine.

Aber dann gibt es da noch ein paar Kernpunkte, bei denen Ihr Versagen nicht auf unterschiedliche politische Ansätze oder ein anderes politisches Programm zu schieben ist. Das sind die Punkte, bei denen Sie selbst, Herr Ministerpräsident, die Latte ganz hoch gelegt haben, nämlich Ihre drei zentralen Wahlversprechen von 2005. Sie haben versprochen: die Arbeitslosigkeit zu senken, eine Unterrichtsgarantie sowie kleinere Klassen und einen ausgeglichenen Haushalt.

Da wollen wir uns doch einmal Ihre politische Bilanz anschauen.

Noch ist die Arbeitslosigkeit zum Glück nicht auf dem Niveau von 2005. Aber weil Sie auf ein eigenes klimaschonendes und jobintensives Konjunkturprogramm verzichtet haben, wird die Zahl bis zur Landtagswahl wieder nah an 1 Million herankommen. Sie wollten Nordrhein-Westfalen an die Spitze bringen. Und wie sieht es aus? – Nordrhein-Westfalen im Jahr 2005: Platz neun aller Bundesländer bei der Arbeitslosigkeit. Und im August 2009: noch immer Platz neun für NRW, letzter unter den Flächenländern im Westen. Das, was sich verbessert hat, hat sich in allen anderen Bundesländern auch verbessert, und zum Teil sogar mehr als in Nordrhein-Westfalen. In wenigen Monaten wird noch deutlicher werden, dass Sie den Mund beim Thema Arbeitslosigkeit zu voll genommen haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das Gleiche gilt beim Thema Unterrichtsversorgung. Dazu bescherte uns der Sommer die obligatorische Provinzposse. Noch während der Ferientritten sich SPD und CDU über Lehrerstellen. Noch vor Kurzem hingen vor der Zufahrt zum Landtagsgebäude Plakate von CDU und SPD. Das eine behauptete das Gegenteil vom anderen. Ein heftiger Streit um Zahlen. Wie viele Lehrerstellen fehlen?

Wie viele sind nicht besetzt? Wie viele Stunden fallen aus? – Selbst den Kennerinnen und Kennern der Landespolitik wurde es schwindlig.

Herr Dr. Rüttgers, Ihre Zahlen sind letztlich Schall und Rauch. Diese Zahlenhuberei interessiert die Menschen auch nicht. Schauen wir doch in die Schulen hinein, denn das, was da Tag für Tag los ist,

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

interessiert die Kolleginnen, das interessiert die Schüler, und das interessiert die Eltern.

Wenn Kinder ohne Lehrerin oder Lehrer in der Klasse sitzen, was von dieser Landesregierung offiziell als Unterricht bezeichnet wird, sind dann Eltern, Schülerinnen und Schüler zufrieden mit der Situation an den Schulen? Ist das die Unterrichtsversorgung, die Sie meinten? Wenn das Abitur nur noch mit regelmäßiger Nachhilfe geschafft wird, ist das die individuelle Förderung, die Sie meinen? Wenn Eltern ihre Kinder zuhause nicht auf die gewünschte Gesamtschule schicken dürfen und wenn die nicht mehr gewählte Hauptschule nebenan mit Kantinen ausgestattet wird, aber die neue Gesamtschule blockiert wird – geschweige denn ein Ganztagsangebot bekommt –, wenn Kinder keine Zeit mehr für das Kindsein haben, sind Eltern sowie Schülerinnen und Schüler dann mit der Situation an unseren Schulen zufrieden? Ich frage Sie das in allem Ernst. Gleichen Sie doch Ihre Zahlen einmal mit der Wahrnehmung der Menschen vor Ort ab!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Lieber Herr Stahl, Ihre Erregung beim Thema „Schule“ kann ich verstehen. Sie merken letztlich wohl, dass Sie einen Kampf führen, den Sie längst verloren haben.

Die demografische Entwicklung ist die eine Seite. Das haben Ihre Bürgermeister vor Ort begriffen.

Überlegen Sie aber einmal Folgendes: Wenn der Sohn eines Kfz-Mechanikers heute den gleichen Lebensstandard wie sein Vater erreichen will, muss er für das Gleiche einen höherwertigen Abschluss machen. Weil das aus Sicht der Eltern ganz einfach nachvollziehbar ist, wollen sie die offenen Bildungsgänge. Darum wollen sie eine Perspektive auf die gymnasiale Oberstufe und gymnasiale Bildung.

Deswegen müssen Sie Ihre Blockade aufgeben, damit mehr Kinder und Jugendliche gute Schulabschlüsse machen können. So simpel ist das. Setzen Sie sich damit doch einfach einmal auseinander.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Glauben Sie mir: All diese Eltern, Schülerinnen und Schüler, die vielen Lehrerinnen und Lehrer sind nicht mit der Situation an den Schulen zufrieden. Und die können das am besten beurteilen.

Die vielen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sorgen sich zu Recht um die Attraktivität ihrer Gemeinden, wenn es vor Ort nur noch Hauptschulen gibt. Sie sorgen sich deshalb, weil diese Landesregierung jede flexible Lösung, bei zurückgehenden Schülerzahlen vor Ort ein vollständiges Bildungsangebot aufrechtzuerhalten, blockiert. Das ist ein Problem. Das muss anders werden.

Also, meine Damen und Herren, lautet mein Fazit für den Bereich Schule: Sie haben auch an der Stelle den Mund zu voll genommen. Es gibt in Nordrhein-Westfalen weder eine Unterrichtsgarantie noch gibt es kleinere Klassen; von innovativer Schulentwicklung ganz zu schweigen. Diese Schulpolitik ist und bleibt die Achillesferse des Ministerpräsidenten mit Blick auf den Wahlkampf im nächsten Jahr.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich komme zum dritten Punkt: Sie wollten einen ausgeglichenen Haushalt! Das haben Sie versprochen.

Was ist 2010? – Der Entwurf Ihres Haushalts weist schon jetzt die größte geplante Nettoneuverschuldung aller bisherigen Haushaltsentwürfe in der Geschichte dieses Landes aus. Wenn im November die neuen Zahlen vorliegen – nach der Bundestagswahl, nach dem Auslaufen der Kurzarbeit und dem Ende der Abwrack-Show –, ist die weitaus größte Nettoneuverschuldung aller Zeiten auch Fakt in diesem Haushalt – das prophezeie ich Ihnen –, und das, Herr Dr. Linssen, obwohl Sie 3 Milliarden € mehr als beim bisherigen Neuverschuldungsrekord zur Verfügung haben.

Finanzminister Linssen wird unter Ministerpräsident Rüttgers zum Schuldenrekordminister. Nichts haben Sie saniert. 131 Milliarden € Verschuldung im Jahr 2010 sind das Minimum. Das ist noch ein Negativrekord. Das sind über 20 Milliarden € mehr als bei Ihrem Regierungsantritt. Trotzdem tun Sie so, als hätten Sie saniert, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie schieben das auf die Krise. Das weiß ich, das wissen alle. Das würde ich an Ihrer Stelle wahrscheinlich auch probieren. Aber – Krise hin oder her –: Ehrliche Kaufleute schauen am Ende der Bilanz auf die Einnahmen und die Ausgaben. Das mache ich jetzt auch:

Die Einnahmen sind im Anfang Ihrer Regierungszeit noch mehr als Ihre Ausgaben explodiert. Das war Ihr Glück. Ihre sogenannte Haushaltskonsolidierung haben Sie vor allem der Mehrwertsteuererhöhung der Bundesregierung zu verdanken. Das muss man auch noch einmal sagen. Sie geißeln, dass das passiert ist, haben das Geld aber im Grunde genommen eingestrichen. Wie hätten Sie ausgesehen, wenn es diese Mehrwertsteuererhöhung nicht

gegeben hätte? So etwas ist doch verlogen, meine Damen und Herren!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie haben versprochen, das Haushaltsloch zu stoppen, haben aber einen Krater daraus gemacht.

Herr Ministerpräsident Rüttgers, das ist Ihre Bilanz. Sie selbst haben vor der Wahl die Latte so hoch gehängt. Das hat nichts mehr mit unterschiedlichen Politikansätzen oder -programmen zu tun. Diese Latte haben Sie ganz alleine selbst gerissen. Diese Regierung hat schon in guten Zeiten schlecht regiert, in Zeiten der Krise sind Sie mit Ihrem Latein völlig am Ende, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das ist der Grund dafür, warum Sie Muffensausen vor dem 9. Mai 2010 haben. Sie wissen nämlich spätestens seit der Kommunalwahl, dass Sie von Ihren eigenen Ansprüchen längst eingeholt worden sind: Haushalt mit Rekordschulden! Wachsende Unzufriedenheit in den Schulen! Wenn nun auch noch die Arbeitslosigkeit steigt, dann: Staatskanzlei adieu!

Die Kommunalwahl war schon einmal ein kleiner Vorgeschmack. Vollmundig hat Ihr General am Wahlabend verkündet: Wahlziel 40 % puls x erreicht! Alles gut! – Geworden sind es gerade einmal 38,6 %. 400.000 Menschen weniger als noch vor fünf Jahren vertrauen der CDU. – Das wird knapp.

Herr Ministerpräsident, wenn Sie angesichts dessen einen Absturz um 4,8 % als gutes Ergebnis darstellen, frage ich Sie: Glauben Sie eigentlich, die Menschen sind dumm, Herr Ministerpräsident? Sehen so Sieger aus, meine Damen und Herren?

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Es war am Wahlabend offenkundig, dass Sie bei diesem Ergebnis mit Ihrer geplanten Kommunikationslinie ins Schleudern geraten sind. Erst haben Sie die anderen Länder mit größeren CDU-Verlusten ins Feld geführt. Als das nicht gezogen hat, haben Sie noch Ihren eigenen Leuten vor Ort schlechten, inhaltsleeren Wahlkampf vorgeworfen. Herr Rüttgers, Sie können doch nicht allen Ernstes Ihren Leuten vor Ort vorwerfen, dass ihr Wahlkampf inhaltsleer ist, wo die doch genau nur das tun, was ihnen die Bundesvorsitzende vorgibt und vorexerziert:

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Nichts!)

Bloß keine Inhalte! Bloß keine Festlegungen! Wer Ziele hat, kann scheitern!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Es kommt noch etwas hinzu: Ich glaube, mit diesem Gestänker an Ihrer Basis wollten Sie davon ablenken, dass der Wahlkampf ganz wesentlich mit Ihnen und Ihrer Politik, den Planungen Ihrer Partei und Ihres Generalsekretärs zu tun hat. Der Wüst hat

doch – ich habe das alles nicht vergessen – ganze Handbücher bis hin zu Styling- und Schminktippis in Umlauf gebracht. Das hat aber offensichtlich alles nichts genutzt.

(Helmut Stahl [CDU]: Machen wir auch! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Hilft aber nicht!)

Und Sie? – Sind Sie nicht vor Ort aufgetreten, Herr Dr. Rüttgers, alleine viermal in Mönchengladbach – so habe ich es gelesen –, um dafür zu sorgen, dass ein Kollege gewählt wird? – Es hat aber nichts genutzt.

Die Blätter waren doch voll von Ihrer Tour: Radtouren und Auftritte überall!

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, merkt Generalsekretär Wüst eigentlich nicht, dass seine Kraftilanti-Albernheiten nicht ziehen? Statt sich endlich von dieser Halbstarke-Nummer im Nadelstreifen zu verabschieden, wird es immer geschmackloser, meine Damen und Herren.

(Gerd Stüttgen [SPD]: Ein Schwachkopf ist das!)

– Das ist Ihre Bewertung.

(Zuruf: Recht hat er!)

Sein neuestes Machwerk vor dem Landtag ist eine intellektuelle Beleidigung.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Dr. Rüttgers, dieser Generalsekretär ist nicht vom Himmel gefallen, sondern den haben Sie ausgesucht. Ich behaupte: Nichts von dem, was der tut, hat der nicht vorher mit Ihnen abgesprochen. Also sind das auch Ihre Plakate, die diese Beleidigungen zeigen.

Meine Damen und Herren, natürlich freue ich mich über unser eigenes gutes Wahlergebnis. Wir konnten mit Inhalten punkten, mit Klima, Bildung und Gerechtigkeit. Durch konsequente, beharrliche und sachorientierte Arbeit haben unsere Leute vor Ort die Menschen überzeugt.

Mein persönliches Fazit der Kommunalwahl: Das rechte Lager hat verloren. Das linke Lager hat verloren. Das grüne Lager hat gewonnen. Darauf ruht sich meine Fraktion aber nicht aus, sondern wir machen genauso weiter wie bisher, weil wir wissen, dass darin die Zukunft liegt, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN – Ralf Jäger [SPD]: Da klatschen wir jetzt mal nicht!)

– Das ist in Ordnung, Herr Jäger.

Meine Damen und Herren, dass das Rennen für die Bundestagswahl und erst recht für die Landtagswahl im Mai noch nicht gelaufen ist, merkt man nicht nur an der Diskussion über die Ergebnisse der

Kommunalwahl oder daran, dass sich der Ministerpräsident bei der Interpretation der Ergebnisse verheddert, sondern vor allen Dingen daran, wie er rechts außen auf Stimmenfang geht.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Rüttgers, Ihre gezielten würdelosen Entgleisungen bei Ihren Auftritten in Duisburg und anderswo sind ein eindeutiges Zeichen dafür, dass Sie um Ihren Machterhalt fürchten. Als mir meine Mitarbeiter letzte Woche von den entsprechenden Passagen erzählt haben, dachte ich: Das kann nicht sein, das glaube ich nicht. Als ich die Ausschnitte dann zum ersten Mal mit eigenen Augen gesehen habe, dachte ich: Das ist ein Fake. Aber nun wissen wir alle: Es war kein Fake.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Sagt Herr Laschet ja auch!)

Mit Ihren abwertenden Äußerungen über die Arbeitsmoral und Arbeitsqualität der rumänischen Arbeiter knüpfen Sie leider an frühere Entgleisungen an, Herr Ministerpräsident.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Und die armen Chinesen heute Abend!)

Angefangen bei der viel zitierten Kinder-statt-Inder-Kampagne, über den – darüber ist nicht so häufig berichtet worden – Wahlkampf 2005, als Sie einen EU-Beitritt der Türkei als das Ende der christlich-abendländischen Kultur bezeichneten und der damaligen Bundesregierung vorwarfen, das Land – ich zitiere – fahrlässig mit rumänischen und bulgarischen Arbeitskräften zu überschwemmen, über Aussagen bei Michel Friedmann, dass die katholische Religion und ihr Menschenbild anderen Religionen überlegen seien,

(Ewald Groth [GRÜNE]: Um Gottes willen!)

bis hin zu Ihrer ganz persönlichen Begründung für den Fortbestand der Hauptschulen, die lautete – ich zitiere –: „Wie wollen wir sonst sicherstellen, dass diejenigen, die überwiegend praktisch veranlagt sind oder eine Zuwanderungsgeschichte haben, eine auf sie zugeschnittene gute Ausbildung bekommen?“

(Zuruf von der SPD: Zynisch! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Wiederholungstäter!)

Ob Ihre aktuellen Äußerungen nun rassistisch oder „nur“ fremdenfeindlich oder rechtspopulistisch sind, ist müßig herauszufinden.

(Zuruf von Minister Andreas Krautscheid)

Beides verbietet sich für einen Spitzenpolitiker,

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

der sich im demokratischen Spektrum verortet; und als einen solchen betrachte ich Sie, das sage ich ausdrücklich dazu. Entscheidend ist, Herr Ministerpräsident, dass Sie, der Sie nie etwas unbewusst

tun, bewusst und gezielt am rechten Rand und an den Stammtischen auf Stimmenfang gehen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Und das wiederholt! – Wolfgang Jörg [SPD]: Auf Kosten der Betroffenen!)

Dass Sie das alles bewusst und wiederholt tun, macht es so gefährlich. Denn es ist gefährlich, wenn ein Politprofi wie Jürgen Rüttgers, der Ministerpräsident des bevölkerungsreichsten Bundeslandes, der Vizevorsitzende einer Partei, die so viel Wert auf das C in ihrem Namen legt, ganz bewusst und aus wahltaktischen Motiven fremdenfeindliche Ressentiments bedient. Damit, Herr Ministerpräsident, sind Sie bei Oskar Lafontaine und nicht bei Johannes Rau.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das alles nennt Herr Lindner von der FDP „gut gemeint, nur etwas rustikal“. – Das ist eine Verharmlosung sondergleichen.

(Gisela Walsken [SPD]: So ist Herr Lindner! Das passt!)

Verrannt hat sich der Ministerpräsident auch nicht. Das war gezielter Rechtspopulismus. Die von der FDP, die müssten das eigentlich am besten wissen, denn Herr Möllemann hat es vorgemacht, meine Damen und Herren von der FDP.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Ministerpräsident, die von Ihnen getroffenen Äußerungen vertragen sich nicht mit dem Amt des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Gisela Walsken [SPD]: Genau so ist es!)

In unserem wunderbaren Land leben 18 Millionen Menschen, von denen über 4 Millionen einen Migrationshintergrund haben. Das sind etwa 23 % der Bevölkerung. Auch wenn viele Menschen Sie vielleicht nicht gewählt haben – oft konnten sie gar nicht wählen, weil sie kein Wahlrecht hatten –, so müssen Sie, Herr Rüttgers, vom Anspruch her auch deren Ministerpräsident sein.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Nordrhein-Westfalen ist das Einwanderungsland der Bundesrepublik. Wir haben in diesem Land – darauf sind wir zu Recht stolz – eine Integrationsoffensive und als erstes Bundesland einen Integrationsminister. Wir zeigen an vielen Orten ziemlich gut, wie das Zusammenleben mit verschiedenen Nationalitäten gelingen kann, übrigens gerade im Ruhrgebiet. Mit diesem Vorgehen, Herr Dr. Rüttgers, machen Sie viel kaputt, was bei uns über Jahre gewachsen ist und worauf wir zu Recht stolz sein können, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Jetzt komme ich zu der Entschuldigung: Erst kam sie gar nicht und dann sehr spät und auch etwas verquast. Ob eine Entschuldigung – so ist es nun mal bei Entschuldigungen – hinreichend ist, entscheidet nicht der, der sie ausspricht, sondern der, der von der Beleidigung, die vorher vollzogen wurde, betroffen ist. Da führen Sie den Generalkonsul an, aber der Gewerkschafter sieht es anders und offensichtlich auch der rumänische Staatspräsident, meine Damen und Herren. Bei ihnen liegt die Entscheidung, ob die Entschuldigung hinreichend und glaubwürdig ist.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Laschet, dass Sie sich dafür hergeben, den Ministerpräsidenten wider besseres Wissen zu verteidigen! Wenn Sie den Kritikern von Rüttgers vorwerfen, das Integrationsklima zu beschädigen, dann verwechseln Sie leider Ursache und Wirkung. Damit beschädigen Sie wie Ihr Ministerpräsident auch sich und Ihre vierjährige Arbeit als Integrationsminister.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, im „Bonner General-Anzeiger“ vom 7. September 2009 steht ein sehr interessanter Kommentar. Ich zitiere:

Rüttgers hingegen wechselt die Masken so schnell, dass er inzwischen in die Gefahr gerät, das Publikum nur noch zu verwirren. Ist es noch der Arbeiterführer, den das Schicksal der Nokia-Werker rührt, oder hat man gerade den neoliberalen Zeitgeistprediger vor sich; spielt da einer gezielt mit den Ressentiments gegen Ausländer und Andersdenkende?

Jürgen Rüttgers läuft Gefahr, dass das Publikum zu dem Schluss kommt, er habe nur wenige Prinzipien, dafür aber einen unbändigen Machtwillen.

(Beifall von der SPD)

Das trifft es ziemlich genau, meine Damen und Herren. Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen ist ein Mann ohne Eigenschaften. Ihn interessiert nur seine eigene Macht.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Je mehr er um diese Macht fürchtet, desto größer ist die Gefahr, dass er das wiederholt, was letzte Woche leider passiert ist.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: So ein Unsinn!)

Meine Damen und Herren, Frau Kraft hat gesagt, er möge sich erklären. Das erwarten wir natürlich auch.

So etwas kann aus unserer Sicht aber nur mit einer einzigen Maßnahme bekämpft werden: durch Machtentzug. Jürgen Rüttgers braucht wie Roland Koch einen Denkkettel. Den kann ihm nur die nordrhein-westfälische Zivilgesellschaft verpassen – am besten schon am 27. September bei der Bundes-

tagswahl. Dann sollten die Bürgerinnen und Bürger aus Nordrhein-Westfalen ihm in den Wahlkabinen zurufen: Es reicht, Herr Dr. Rüttgers. Wir wollen das nicht. Wir wollen nicht, dass in unserem Land mit einer solchen Art und Weise Stimmen geholt werden. – Wir wollen, dass dieses Signal von diesen Wahlen ausgeht.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Nordrhein-Westfalen hat eine bessere Regierung, Nordrhein-Westfalen hat einen besseren Ministerpräsident verdient.

(Anhaltender Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnetenkollegin Löhrmann. – Bevor als nächster Redner für die Landesregierung der Ministerpräsident das Wort erhält, darf ich doch einmal daran erinnern, dass – bei allem Verständnis für das Engagement in der Debatte – Formulierungen wie zum Beispiel „bescheuert“ oder „Schwachkopf“ bitte zu unterbleiben haben; denn andernfalls müssten wir das rügen.

(Beifall von CDU und FDP)

Mit diesem Hinweis darf ich es an dieser Stelle auch bewenden lassen. – Das Wort hat der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Herr Dr. Rüttgers. Bitte schön.

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe nicht vor, über meine Äußerungen zu Nokia zu reden. Ich habe mich für meine Äußerungen entschuldigt. Damit habe ich gesagt, was ich dazu sagen konnte und wollte.

Ich habe auch nicht vor, über die Ereignisse in Dortmund im Zusammenhang mit der Kommunalwahl zu reden, sondern will hier über den Haushalt 2010 sowie über die Schwerpunkte und Projekte der Landesregierung für die Zukunft sprechen und auf die bisherige Debatte eingehen.

(Beifall von der CDU – Rainer Schmelzter [SPD]: Also sich wieder wegducken! – Reiner Priggen [GRÜNE]: Das kann doch nicht wahr sein!)

Wir reden über den Haushalt 2010 in Zeiten einer großen Wirtschaftskrise. Diese Krise ist noch nicht vorbei. Rund 6 % Wachstumseinbruch im Jahresvergleich – das werden wir nicht so leicht wegstecken, werte Kolleginnen und Kollegen.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Sie stecken alles weg!)

Die Lage hat sich aber leicht entspannt.

(Reiner Priggen [GRÜNE]: Zu dem, was Sie in Duisburg gemacht haben, können Sie hier doch nicht schweigen! Das kann doch nicht sein!)

Die Wirtschaftsleistung hat im zweiten Quartal um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal zugelegt. Das ist nicht viel, aber zumindest ein Lichtblick.

Die Geschäftserwartungen der Unternehmen haben sich im August aufgehellt. Es herrscht wieder mehr Zuversicht. Die Auftragseingänge haben sich gegenüber Juni leicht verbessert.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Darunter sind sicherlich auch Aufträge von Chinesen, Herr Dr. Rüttgers!)

Wir haben erfreuliche Zahlen bei den Gewerbeanmeldungen an Rhein und Ruhr zu verzeichnen, und zwar ein Plus von 0,8 % gegenüber dem ersten Halbjahr des Vorjahres.

Auch die Anzahl der Arbeitnehmer in Kurzarbeit geht wieder zurück. Ferner hat die Zahl der Zeitarbeiter zugelegt – in Nordrhein-Westfalen stärker als im Bundesdurchschnitt.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Und Sie verweigern auf Bundesebene weiterhin den Schutz der Zeitarbeiter! Das dürfen Sie auch nicht vergessen!)

Das sind Zeichen, die Hoffnung machen. Ich bin zuversichtlich, dass die Arbeitslosigkeit nicht so stark ansteigen wird, wie viele das befürchtet haben. Werte Kolleginnen und Kollegen, es ist aber zu früh für eine Entwarnung. Dennoch ist richtig: Trotz der Krise geht es den Menschen in Nordrhein-Westfalen besser als vor viereinhalb Jahren.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir haben heute rund 230.000 Arbeitslose weniger als im Mai 2005.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Guter Bundesarbeitsminister!)

Seit der Regierungsübernahme haben wir insgesamt rund 7.000 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das mit den Stellen haben Sie immer noch nicht verstanden! Stellen geben keinen Unterricht, Herr Ministerpräsident!)

Es gab noch nie so viele Ganztagschulplätze und Kitaplätze in Nordrhein-Westfalen wie heute.

(Beifall von CDU und FDP)

Der Unterrichtsausfall hat sich mehr als halbiert.

(Lebhafter Widerspruch von der SPD)

Wir haben die wenigsten Sitzbleiber in unseren Schulen, seit es überhaupt Zahlen gibt.

(Beifall von der CDU)

Die Zahl der Hochschulabsolventen bei uns in Nordrhein-Westfalen ist im Jahre 2008 gegenüber dem Vorjahr gestiegen,

(Hannelore Kraft [SPD]: Weil der Schülerberg an die Hochschulen kommt!)

und zwar Jahr für Jahr.

(Beifall von der CDU)

Wir haben 22 neue oder erweiterte große Forschungszentren seit Mai 2005. Die Kulturfördermittel wurden seit 2005 verdoppelt, den kommenden Haushalt eingeschlossen. 2009 wurde mehr für Naturschutz und Landschaftspflege investiert als je in der Geschichte Nordrhein-Westfalens.

(Beifall von CDU und FDP)

Und, meine Damen und Herren, wir werden diese Politik der Erneuerung auch mit dem Haushalt 2010 fortsetzen.

(Beifall von CDU und FDP)

Trotz der angespannten Haushaltslage investieren wir weiter in die genannten Schwerpunkte. Was uns besonders wichtig ist: Wir investieren für unsere Kinder, unsere Jugend, für Bildung und Weiterbildung.

(Beifall von CDU und FDP)

Das heißt, in diesem Haushaltsplanentwurf 2010 stehen 959 zusätzliche Lehrerstellen. Ich verweise auf den Ausbau der Ganztags Hauptschulen, Ganztagsförderschulen, Ganztagsrealschulen und Ganztagsgymnasien, den Ausbau der U3-Betreuungsplätze auf insgesamt 100.500 gegenüber 11.000 im Jahre 2005,

(Beifall von CDU und FDP)

einen höheren Ansatz bei KiBiz gegenüber 2009 um 81,5 Millionen, mehr Geld für die Familienzentren, was mir sehr wichtig ist, eine Aufstockung des Programms „Kein Kind ohne Mahlzeit“, den Ausbau der Fachhochschulen, den Ausbau der Landesförderung Spitzenforschung, die Erhöhung der Stipendienprogramme, die wir leider alleine stemmen mussten, nachdem wir sie gegenüber den Parteien der hiesigen Opposition in Berlin national nicht durchsetzen konnten,

(Beifall von CDU und FDP)

die Innovationsförderung und den Hochschulpakt.

Meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen, wir haben diese Erfolge erzielen können, weil wir eine Politik gemacht haben, die einerseits einen strikten Sparkurs verfolgt und gleichzeitig in Zukunft investiert hat. Wir haben die Nettoneuverschuldung 2006 fast halbiert, sie 2008 auf 1,12 Milliarden € heruntergefahren, den niedrigsten Stand seit über 30 Jahren. Es ist wahr: Sie ist wieder nach

oben gegangen – weil auch uns die größte Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg erwischt hat.

Die Konsequenz ist klar: Wir werden wieder von vorne beginnen müssen. Die Steuereinnahmen brechen weg. Alleine für 2010 müssen wir mit 8 Milliarden € weniger Steuereinnahmen gegenüber der letzten Schätzung rechnen. Für die nächsten drei Jahre bedeutet das rund 26,4 Milliarden € weniger Steuern gegenüber der letzten Steuerschätzung.

Meine Damen und Herren, das ist bitter. Aber es wäre konjunkturpolitisch völlig falsch, mit dem Haushalt 2010 jetzt gegen die Krise anzusparsen. Das schafft keine neue Sicherheit. Es würde die Lage nur noch schlimmer machen. Übrigens ist das derselbe Kurs, Frau Kraft, den die Bundesregierung verfolgt.

Dagegen steht, dass Rot-Grün seinerzeit ohne Krise mehr Schulden gemacht hat als wir heute. Wir liegen mit der Nettoneuverschuldung immer noch um 61 Millionen € unter der Nettoneuverschuldung 2005, dem letzten Haushalt von Rot-Grün.

(Beifall von CDU und FDP)

Nachdem wir es – das ist eine große Leistung – geschafft haben, die Lage zu stabilisieren, auch hier in Nordrhein-Westfalen zusammen mit der Bundesregierung das Notwendige zu tun, müssen wir jetzt über die nächsten Schritte nachdenken. Wir müssen darüber nachdenken, wie es gelingt, dass Nordrhein-Westfalen gestärkt aus der Krise kommt.

Neue Sicherheit schaffen wir nur mit mehr Wachstum. Wir werden mehr erarbeiten müssen, wenn wir mehr verteilen wollen. Unser Ziel ist Wohlstand für alle, wie Ludwig Erhard das gesagt hat, und nicht Reichtum für wenige. Das ist und bleibt so. Und dafür brauchen wir Wachstum. Deshalb brauchen wir nach meiner Auffassung ein Bündnis der Vernunft für mehr Wachstum zusammen mit den Arbeitgebern, den Gewerkschaften, den Handwerkern, dem Mittelstand und der Politik.

Das bedeutet konkret:

Erstens. Wir brauchen neue Spielregeln für die Finanzmärkte, und wir brauchen Haushaltskonsolidierung.

(Beifall von CDU und FDP)

Zweitens. Wir brauchen eine politische Einigung zwischen den eben genannten Beteiligten, dass Nordrhein-Westfalen ein Industrieland ist und ein Industrieland bleiben soll und dass wir bereit sind, auch die Konsequenzen zu tragen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir brauchen drittens eine politische Vereinbarung darüber, dass wir Exportland sind und auch in Zukunft Exportland bleiben wollen.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Wir brauchen viertens eine Festlegung – sei es in den sozialen Sicherungssystemen, sei es aber auch in dem, was wir investieren, in Infrastruktur, in Bildung –, dass ein Prinzip weiter gilt, nämlich dass sich Leistung lohnen muss.

(Beifall von CDU und FDP)

Fünftens. Wir brauchen die klare Zielsetzung, dass Nordrhein-Westfalen Innovationsland wird und wir in unseren Bildungssystemen Schritt für Schritt besser werden; das geht nicht von heute auf morgen.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das sind alles Überschriften!)

Ich komme jetzt konkreter zu den einzelnen Punkten. Mehr Wachstum für neue Sicherheit heißt auch, es kann nicht sein – Stichwort: neue Spielregeln für Banken und Finanzmärkte –, dass schon wieder Leute durch die Gegend laufen und so tun, als ob das Kasino wieder eröffnet sei, werte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von CDU und FDP)

Gerade vor dem Hintergrund der Erfahrungen, die wir in Nordrhein-Westfalen mit der Landesbank machen mussten, ist es aber auch wichtig, dass diese Regeln klar und einfach sind. Ich will ein paar nennen:

Erstens. Es kann nicht sein, dass Milliardenengeschäfte außerhalb der Bilanzen stattfinden. Alle Geschäfte müssen in Zukunft in der Bilanz stehen und nicht irgendwo in Irland oder sonst wo. Es kann nicht sein, dass Geschäfte teilweise zu 100 % kreditfinanziert werden. Die Banken und Finanzinstitute müssen bei solchen Geschäften zukünftig wieder stärker mit Eigenkapital ins Obligo, damit das Risiko im Griff bleibt.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir brauchen eine unabhängige und schlagkräftige Banken- und Finanzaufsicht. Wenn G20-Partner nicht mitmachen wollen, müssen wir das notfalls in Europa alleine machen.

Wir brauchen bessere Regeln für die Haftung und Vergütung der Manager von Banken und Unternehmen. Werte Kolleginnen und Kollegen, es kann nach meiner Auffassung keine Bonuszahlungen für Banken geben, die gerade mit Steuergeld gerettet worden sind.

(Beifall von CDU und FDP)

Deshalb sage ich: Mit Zustimmung der Landesregierung wird es keine zusätzlichen Boni etwa bei der WestLB geben.

Wir brauchen mehr Transparenz. Auch das gehört in diesen Zusammenhang. Die Landesregierung wird in Kürze ein Transparenzgesetz für öffentliche

Unternehmen vorlegen. Es gilt sowohl für die Landesebene als auch für die Kommunalebene. Wir sind übrigens eines der ersten Länder, die diesen Weg gehen. Wir gehen ihn weit: Alle öffentlichen Unternehmen und Sparkassen im Land sollen dann ihre Vorstandsvergütungen personenbezogen offenlegen.

(Beifall von CDU und FDP)

Auch die privatrechtlichen Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung sollen ihre Vergütungen offenlegen. Alle Beraterverträge der Sparkassen müssen in Zukunft vom Verwaltungsrat genehmigt werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist ein wichtiger Beitrag zu mehr Offenheit und zu neuem Vertrauen.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Wo ich gerade bei Finanzfragen bin, möchte ich noch etwas zu einer aktuellen Meldung sagen. In diesen Tagen las ich in der Presse, im Bundesfinanzministerium solle ein Gutachten mit dem Vorschlag vorliegen oder sei in Erarbeitung, die Steuerfreiheit der Lohnzuschläge für Sonntags- und Nachtarbeit abzuschaffen.

(Zuruf von der SPD: Das war dann vermutlich ein CDU-Abteilungsleiter!)

Es kann doch nicht sein, dass Menschen, die mehr und zu schwierigeren Zeiten arbeiten als andere, dafür noch zusätzlich belastet werden,

(Beifall von der CDU)

Menschen, die rund um die Uhr bei der Feuerwehr, bei der Polizei oder in Krankenhäusern im Schichtdienst für unsere Sicherheit arbeiten.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Dann haben Sie doch sicherlich auch gelesen, was Herr Steinbrück dazu gesagt hat! Sie sollten Artikel immer zu Ende lesen, Herr Rüttgers!)

Meiner Meinung nach dürfen diese Zuschläge nicht aufgehoben werden.

(Zuruf von der SPD)

Ich fordere den Bundesfinanzminister auf, das Gutachten seines Ministeriums noch vor der Bundestagswahl zu veröffentlichen und vorzulegen,

(Beifall von CDU und FDP)

damit die Leute wissen, was eigentlich diskutiert wird.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Haben Sie das auch zu Herrn von Guttenberg gesagt? – Weitere Zurufe von der SPD)

– Das lag ja vor. Er hat es ja kommentiert. Wenn er es kann, kann Herr Steinbrück das auch tun.

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Punkt Industrieland noch etwas sagen.

(Zuruf Rainer Schmeltzer [SPD])

– Es ist immer wieder erstaunlich, mit welcher unterschiedlichen Kriterien Sie an die Sache herangehen.

Wenn Herr Guttenberg sagt, es gibt ein Papier, das aber nicht seine Meinung widerspiegelt und nicht Grundlage der Politik wird, dann tragen Sie vor, es sei ein Skandal. Wenn es anderswo ein Papier gibt, zu dem nur gesagt wird, wir veröffentlichen es nach der Wahl, dann ist es richtig. So einfach können Sie es sich nicht machen, werte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von CDU und FDP)

So einfach können Sie es sich nicht machen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie müssen zu Ende lesen! Sie sagen nur die halbe Wahrheit, Herr Ministerpräsident! Wie immer! Es ist nur die halbe Wahrheit!)

Zweitens: Stichwort Industrieland. Wir kämpfen dafür, dass unsere industriellen Kerne auch in dieser schweren Wirtschaftskrise erhalten bleiben. Wir kämpfen für die Arbeitsplätze. Wir hatten schon vor dieser Krise erhebliche Probleme bei dem einen oder anderen Unternehmen – Stichwort: Globalisierung. Wir haben uns für diese Unternehmen eingesetzt.

Bei BenQ haben wir erreicht, dass über 80 % der Belegschaft einen neuen Arbeitsplatz bekommen haben. Von 1.415 Personen sind 1.158 Personen in neue Arbeitsplätze vermittelt worden. Bei Nokia haben wir dafür gekämpft, dass rund 1.000 Mitarbeiter eine neue Beschäftigung und rund 350 Beschäftigte bei anderen Unternehmensteilen eine neue Stelle gefunden haben. Mit dem Programm „Wachstum für Bochum“ wollen wir auch den restlichen Mitarbeitern eine neue Chance eröffnen.

Wir tun alles, um die Unternehmen in der Krise zu stärken und Arbeitsplätze zu erhalten: sei es mit dem Deutschlandfonds, sei es mit den Programmen der NRW.BANK, sei es mit dem Kampf gegen eine drohende mögliche Kreditklemme.

Wir haben die Bürgschaftsverfahren vereinfacht. Das ist sehr wichtig, damit nicht der Eindruck entsteht: Nur die Großen bekommen geholfen. Inzwischen gibt es über 6.000 mittelständische Unternehmen, die bis Ende Juli Bürgschaften und Kredithilfen in Anspruch genommen haben, in einem Gesamtvolumen von 2 Milliarden €.

Das ist auch der Grund, weshalb wir mit den Partnern im Branchendialog für die Verlängerung der Kurzarbeiterregelung gekämpft haben. Damit ist es gelungen, den Anstieg der Arbeitslosigkeit zu be-

grenzen. Von Oktober 2008 bis Juli 2009 haben allein in Nordrhein-Westfalen 25.685 Betriebe das Instrument genutzt. Für über 650.000 Beschäftigte wurde Kurzarbeit angemeldet.

Ich möchte ein herzliches Wort des Dankes sowohl an die vor allen Dingen sehr häufig mittelständischen Unternehmer sagen als auch an die Betriebsräte dafür, dass man diesen Weg gegangen ist und damit auch nachgewiesen hat, dass sich soziale Partnerschaft im Betrieb konkret auszahlt im Erhalt von Arbeitsplätzen, und sei es im Bereich der Kurzarbeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich in dem Zusammenhang ein Wort zur aktuellen Debatte um Opel sagen. Sie wissen, die Landesregierung hat sich für den Verkauf der GM-Anteile an Magna eingesetzt. Der Grund war nicht nur, dass wir einen engen Schulterschluss hatten und haben mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und der IG Metall. Der Grund war auch, dass Magna ein industrielles Konzept vorgelegt hat, ein Konzept, das auch die Zukunft vieler Arbeitsplätze sichert.

Meine Damen und Herren, wenn GM jetzt etwas anderes will, dann soll GM das sagen. Wir brauchen nach meiner Auffassung eine zügige Entscheidung. Ich finde die Hinhaltenaktik von GM auch jetzt in diesen Stunden unerträglich.

(Beifall von CDU, SPD und FDP)

Deshalb will ich hier klar sagen, dass nach Auffassung der Landesregierung die Bedingungen, die wir an das Magna-Konzept inhaltlich gestellt haben, die ja auch hier im Landtag in der Sondersitzung damals diskutiert und auch in der Beschlussfassung des Haushalts- und Finanzausschusses festgelegt worden sind, dass diese Kriterien auch weiter gelten.

(Beifall von der CDU)

Es darf keine betriebsbedingten Kündigungen geben. Die Standorte dürfen nicht geschlossen werden. Alle Maßnahmen, vor allen Dingen alle personalwirtschaftlichen Maßnahmen, müssen sozialverträglich gestaltet sein.

Meine Damen und Herren, ich füge noch eines hinzu auf dem Hintergrund der Erfahrungen von GM auch in den Vereinigten Staaten: Es kann nicht sein, dass da am Schluss eine Lösung herauskommt, die zulasten der anderen Betriebe in Deutschland geht, sprich: etwa entsprechende Kosten über Pensionsversicherungsverein und anderes auf die anderen Betriebe verlagert werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich will zu einem weiteren aktuellen Thema etwas sagen. Wenn der Satz „Wir sind und bleiben Industrieland“ richtig ist, dann müssen in Nordrhein-

Westfalen auch in Zukunft industrielle Großprojekte möglich sein.

(Beifall von CDU und FDP)

Dazu zählen auch Investitionen in moderne Kraftwerke. Deshalb sehe ich mit Sorge die jetzt eingetretenen Verzögerungen in Datteln. Mit diesem neuen Steinkohlekraftwerk sparen wir gegenüber den herkömmlichen Anlagen rund 1,3 Millionen t CO₂ jährlich ein. Mit einem Wirkungsgrad von 45,5 % liegt diese neue Anlage deutlich über dem deutschen Durchschnitt.

Meine Damen und Herren, dann lese ich in der Zeitung, dass Frau Bürgermeisterin Heck-Guthe feststellt: „Ich bin erfreut überrascht von der OVG-Entscheidung. Meine Befürchtung, dass der Bebauungsplan nicht in Ordnung ist, hat sich bestätigt.“

Ich lese, dass der SPD-Fraktionsvorsitzende Jürgen Siebert noch eins draufsetzt und sagt: Der nächste Schritt muss sein, dass die Strommasten wieder abgerissen und die Seile aufgewickelt werden.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, ich halte diese Haltung für unverantwortlich. Unsere Energieunternehmen brauchen Planungssicherheit. Die Baustelle dort muss jetzt nach dem Gerichtsurteil so schnell wie möglich auf ein solides rechtliches Fundament gestellt werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich werbe darum, dass wir den Konsens, den es in diesem Hause einmal gab – zumindest über große Teile des Hauses –, aufrechterhalten und auch, wenn es solche Erklärungen gibt, wiederherstellen.

Ich will einen weiteren Punkt in dem Zusammenhang sagen. Der hat auch etwas mit dem Thema Export zu tun. Wir werden nur so lange ein führendes Exportland sein, wie wir exzellent ausgebildete Fachkräfte haben. Wir wissen, dass wir mehr Naturwissenschaftler, Ingenieure und Mathematiker brauchen. Allein im Juni 2009 gab es einen Bedarf bundesweit von mehr als 61.000 Fachkräften in den MINT-Fächern, also in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik, und das mitten – das muss man sich einmal vor Augen führen – in der schwersten Wirtschaftskrise, und die Nachfrage wird steigen.

Das ist ja der Grund, weshalb wir nicht nur die drei neuen Fachhochschulen gegründet haben. Das ist der Grund, weshalb wir die acht Fachhochschulen erweitert haben. Deshalb sind wir froh, dass das jetzt so läuft mit der Finanzierung, die im Haushalt 2010 vorgesehen ist.

Aber, meine Damen und Herren, natürlich ist das Problem nicht nur eine akademische Frage, sondern Deutschland und Deutschlands Erfolg beruhen maßgeblich auf der exzellenten Ausbildung seiner Facharbeiter. Dafür brauchen wir auch qualifizierten

Berufsnachwuchs im Handwerk, im Handel und in der Industrie.

Natürlich sind auch hier die Unternehmen in der Pflicht, trotz Krise, trotz zurückgehender Aufträge alles zu tun, um den eben skizzierten Bedarf in Zukunft zu decken. Sie haben sich ihrer Verantwortung nicht entzogen. Nach Aussagen der Arbeitsagentur ist der NRW-Lehrstellenmarkt besser als 2008. Es gibt keinen schweren Einbruch.

Aber, meine Damen und Herren, wir müssen natürlich, weil es noch eine Lücke gibt, in diesen Wochen und Monaten daran arbeiten – wir tun das im Ausbildungskonsens Nordrhein-Westfalen –, dass alle Jugendlichen, die können und wollen, auch einen Ausbildungsplatz bekommen. Wir wissen, dass es immer wieder Problemgruppen gibt. Das ist einer der Gründe, weshalb wir das Werkstattjahr zum Beispiel neu eingerichtet haben.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)

Ein großer Erfolg ist übrigens der „3. Weg in die Berufsausbildung“. In der ersten Runde 2006 haben wir 800 Plätze bereitgestellt, 2008 waren es über 900 Plätze. 2010 werden wir den Versuch unternehmen, zusammen mit der Bundesagentur für Arbeit das Ganze zu einem festen Programm zu machen und dann 1.000 Plätze insgesamt zu schaffen. Die Gespräche laufen bereits.

Meine Damen und Herren, es geht darum, dass wir wirklich jedem, auch denjenigen, die es in der Schule schwer hatten, eine solche Chance eröffnen. Dieses Programm, auf das ich wirklich stolz bin und worauf auch der Arbeitsminister stolz sein kann, zeigt, dass auch diejenigen, die es in der Schule schwer gehabt haben, noch eine Chance bekommen können.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir haben in den letzten Wochen im Vorfeld der Kommunalwahl immer wieder auch öffentliche Debatten darüber gehabt, wie es mit der Ausbildung in den Kommunen aussieht. Ich möchte aus diesem Anlass eines klarstellen: Auch Nothaushaltskommunen dürfen und sollen ausbilden. Da gab und wird es keine Intervention der Kommunalaufsicht geben.

(Beifall von CDU und FDP)

Schwierig ist es allerdings bei den Nothaushaltskommunen, die überschuldet oder von Überschuldung bedroht sind. Auch da kann – diesen Satz einmal vor der Öffentlichkeit zu sagen, ist wichtig – ausgebildet werden, aber zuerst einmal nur im Bereich der Pflichtaufgaben, bei der Feuerwehr zum Beispiel.

Mir persönlich ist wichtig, dass auch Arbeitgeber in schwieriger Lage ausbilden. Die Landesregierung hat – das wissen Sie – Programme für die Berufsausbildung junger Menschen mit Ausbildungs-

problemen oder mit Behinderungen aufgelegt. Ich möchte – wir haben gestern im Kabinett darüber diskutiert – allen Kommunen anbieten, diese jungen Menschen im Rahmen ihrer berufspraktischen Ausbildung in die Kommunalverwaltungen aufzunehmen. Dann kommt das Land für die Ausbildung auf, und die Kommunen bilden unabhängig von der Haushaltslage aus.

Meine Damen und Herren, wir haben in den Beiträgen – das ist ein weiterer Punkt – eine Vielzahl von Zahlen gehört. Ich bedaure feststellen zu müssen, dass die hier vorgetragenen Zahlen, wie das übrigens in früheren Debatten schon mehrfach der Fall war – wir haben inzwischen fast ein bisschen Routine entwickelt, jeweils entsprechende Überprüfungen vorzunehmen, wenn wir Zahlen und Behauptungen hören –, auch dieses Mal wieder, und zwar an vielen Stellen, nicht wahr sind und die politischen Aussagen, die auf diese Zahlen gestützt werden, zwangsläufig auch nicht korrekt sind.

Jetzt mögen Sie darüber nachdenken, wie man so etwas qualifiziert, wenn man auf der Basis von Zahlen, die falsch sind, politische Aussagen trifft und Angriffe macht. Dazu fällt einem eine ganze Palette von Begriffen, parlamentarisch bis unparlamentarisch, ein.

(Achim Tüttenberg [SPD]: Wie mit der Lehrerversorgung! – Sören Link [SPD]: Das passt zu den Rumänen!)

Ich will zum Beispiel die Debatte über die Verschuldung nehmen, die zweimal, weil das anscheinend in die Strategie passte, in dem Satz gipfelte, der Finanzminister – ich nehme jetzt ein Zitat, das ich auf die Schnelle mitgeschrieben habe – sei der Schuldenmacher Nummer eins. Da muss man, wie ich finde, schon verdammt schlecht rechnen wollen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das mit dem schlecht rechnen bezieht sich auf den Finanzminister!)

Am 31. Dezember 2000 gab es in Nordrhein-Westfalen eine Verschuldung von 80,4 Milliarden €, am 31. Dezember 2005 eine von 112,2 Milliarden €. Das sind nach Adam Riese rund 32 Milliarden € mehr. Am 31. Dezember 2010 liegt die Verschuldung bei 129,1 Milliarden €, nachzulesen in Dokumenten, die dem Landtag vorliegen. Das ist gegenüber 2005 ein Plus von ca. 17 Milliarden €

Meine Damen und Herren: 32 Milliarden € gegen 17 Milliarden €. Wie kann man Helmut Linsen vorwerfen, er sei der Schuldenmacher Nummer eins?

(Beifall von CDU und FDP)

Da behauptet die Oppositionsvorsitzende Kraft, bei der Polizei seien mehr als 350 Stellen gestrichen worden. Abgesehen von der Frage, was man bei der Debatte, die die ganze Zeit geführt worden ist, von dem Unterschied zwischen Stellen und Menschen hält, will ich Sie nur darauf hinweisen, dass

wir 2005 40.038 Planstellen bei der Polizei und 2.119 Polizeianwärter hatten. Das macht 42.157 Polizisten. 2010 hatten wir 39.593 Planstellen und 3.400 Polizeianwärter. Das macht 42.993, also ein Plus von 836 Polizisten. Keine Kürzung, sondern mehr!

(Beifall von CDU und FDP)

Da wird behauptet, die Landesregierung würde bei den Kindern sparen. Auch das ist die Unwahrheit. Keine Regierung zuvor hat so viel für Kinder und Jugendliche investiert wie diese Landesregierung und die Regierungsfractionen.

(Beifall von CDU und FDP)

Es sind, bezogen auf den Zeitraum 2005 bis 2010, 2,7 Milliarden € mehr als unter Rot-Grün.

Da wird behauptet, es würden 5.000 Lehrer fehlen. Auch das ist unwahr.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das sind die Zahlen von Frau Sommer!)

Mit dem Haushalt 2010 werden es 7.874 zusätzliche Stellen gegenüber 2005 sein.

(Zuruf von der SPD: Stellen!)

Dann wird behauptet, die Stellen seien nicht mit Menschen besetzt. – Lediglich 800 Stellen können zu diesem Schuljahr nicht besetzt werden.

(Lachen von der SPD)

Das entspricht 0,5 % aller Lehrerstellen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP)

Unabhängig davon, dass wir hoffen, sie bis Ende des Jahres noch besetzen zu können, und dass es die höchste Einstellungszahl ist – 8.000 Lehrer wollten wir einstellen –, die es in Nordrhein-Westfalen seit 1981 je gegeben hat, darf ich Ihnen die einfache Frage stellen: Warum konnten wir diese Stellen nicht auf einen Schlag besetzen? Seit 2003 ist die Botschaft ausgegeben worden: Es werden nicht mehr in großem Umfang Lehrer eingestellt.

(Beifall von CDU und FDP)

Ergebnis: Die jungen Leute tun das, was sie immer tun. Sie entscheiden sich ganz rational

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ganz rational!)

und haben nicht für das Lehramt studiert. Warum habe ich die Zahl 2003 genommen? Die Lehramtsabsolventen, die wir jetzt hätten einstellen können, hätten 2003 mit ihrem Studium beginnen müssen. Also: Wer ist dafür verantwortlich, dass wir das nicht konnten?

(Beifall von CDU und FDP)

Falls Sie sich durch Fakten, meine Damen und Herren von der Opposition, nicht von Ihrer Meinung

abbringen lassen wollen, möchte ich Ihnen nur noch einen Satz sagen: Mir ist es lieber, dass wir einige Stellen haben, die wir vielleicht nicht besetzen können, als gar keine Stellen zu haben, die man überhaupt nicht besetzen kann.

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP)

Übrigens haben sich die Berechnungsmethoden seit der Vorgängerregierung nicht verändert.

Da wird behauptet, es fielen 4 Millionen Unterrichtsstunden aus. Die Behauptung ist am 1. Juli 2009

(Zurufe)

– nun lasst mich doch mal! – in einer Pressemeldung von Frau Schäfer aufgestellt worden. Am 12. August sagt dieselbe Abgeordnete in ihrem Sommer-Pressefrühstück, es seien jetzt 5 Millionen Stunden. – Zwischendurch waren Ferien. Nur so viel, damit man weiß, wie mit Zahlen umgegangen wird. Wahr ist, dass – wiederum bei gleicher Berechnungsmethode – im vergangenen Jahr 2 % des Unterrichts ausgefallen sind.

(Lachen von der SPD)

Bei Rot-Grün waren es noch 4,4 %, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Manchmal ist man ja wissensbedürftig, und ich habe einmal gefragt: Wie wäre es denn mit der Größe der Klassen, wenn sich die SPD durchgesetzt hätte und ihren Plan, 16.000 Lehrerstellen zu streichen, umgesetzt hätte? Ich will Ihnen das Ergebnis dieser Berechnungen genau sagen – das kann man bei Zugrundelegung unserer heutigen Standards umrechnen –: Hätte Frau Schäfer damals ihren Plan, 16.000 Lehrerstellen zu streichen, durchsetzen können,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Welchen Plan? Es gibt keinen Plan!)

wäre die Zahl der Klassen mit mehr als 30 Schülern in Nordrhein-Westfalen um 20.000 angestiegen.

(Beifall von CDU und FDP)

Es ist behauptet worden, die Landesregierung würde bei KiBiz sparen. Auch das ist unwahr. Vielmehr investiert das Land mehr Mittel denn je in die Kinderbetreuung.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das sagen Sie mal den Städten und Gemeinden!)

Es sind 1.261,3 Millionen €. Das sind 81,5 Millionen € mehr als in diesem Kindergartenjahr und 313 Millionen € mehr als 2005.

Meine Damen und Herren, ich könnte weitermachen. Es bleibt dabei: Unwahrheit über Unwahrheit.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn man jetzt einfach mal die Frage stellt, warum ...

(Sören Link [SPD]: Wenn Sie mal in die Schule gehen ...!)

– Ich frage mich, wie man zu so einem Zwischenruf kommen kann. Als ob hier kein Kollege säße, der nicht immer wieder in Schulen ist und mit Lehrerinnen und Lehrern redet! Die haben wir doch schon in den Parteien. Die werden uns schon sagen und haben uns auch gesagt, wie die Lage ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Es hat niemand behauptet, dass alle Probleme in der Schule gelöst sind. Es tut mir leid, meine Damen und Herren von der Opposition: Ich kann nicht alle Probleme, die Sie in 39 Jahren geschaffen haben, in viereinhalb Jahren lösen.

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP – Sören Link [SPD]: Das ist die Wahrheit!)

Ich frage mich, warum zum Beispiel Frau Kraft in dieser Debatte nicht nur eine Wahlkampfrede gehalten hat. Ich frage mich, warum sie nicht nur einen Rundumschlag gemacht hat. Ich frage mich, warum das eine Mischung aus Lautstärke und Unwahrheiten, falschen Zahlen, alten Argumenten – alles schon ewig gehört und immer wieder vorgetragen – war. Ich frage mich, warum bei der SPD überhaupt dieser Druck da ist, dass sie sich hier mit so vielen falschen Behauptungen präsentiert.

(Zuruf von der SPD: Weil es die Wahrheit ist!)

– Wenn da jemand ruft, dass das die Wahrheit ist, hat das wirklich etwas mit Wahrnehmungsstörung zu tun. Ich glaube, die Opposition ist immer noch so sehr voller Erstaunen, was sich unter dieser Regierung in vier Jahren alles verändert hat, dass sie das nur noch verarbeiten kann,

(Gisela Walsken [SPD]: Wow!)

wenn sie es einfach ignoriert.

(Beifall von CDU und FDP)

Vor dem Hintergrund der Wahlkampfverfahren ist das wohl im Kern dieser alte Trick, den die SPD wirklich meisterhaft beherrscht: zu glauben, dass man mit Autosuggestion irgendwann nicht nur sich selber überzeugt,

(Widerspruch von der SPD)

sondern im Anschluss daran auch die Wähler suggestiv beeinflussen kann.

Meine Damen und Herren, das haben wir auch in den Wahlkommentierungen von der SPD gehört. Ich weiß noch, was ich gesagt habe. Ich habe gesagt: Ich bin unter dem Strich zufrieden.

(Gisela Walsken [SPD]: Hier sitzen wir! – Weitere Zurufe von der SPD – Unruhe – Glocke)

„Unter dem Strich zufrieden“ heißt: Ich bin nicht mit allem zufrieden. Übrigens habe ich auch nicht, wie hier behauptet worden ist, erst im Anschluss daran gesagt, die Partei sei falsch mobilisiert worden, sondern ich habe es bereits 14 Tage vorher gemacht. Da war wahrscheinlich diejenige, die das eben behauptet hat, noch im Urlaub und hat das nicht mitbekommen. Schwamm drüber!

(Fortgesetzt Zurufe von der SPD)

Noch einmal: Nachdem Sie ein solches Wahlergebnis eingefahren haben, stellen Sie sich hierhin und sagen, das sei ein gutes Wahlergebnis. Zitat: „Die Mobilisierung ist gelungen“ – wir reden von der SPD –, „das Ruhrgebiet ist im Wesentlichen rot.“ Die Ergebnisse objektiv auf der Grundlage der Zahlen betrachtet: Es war das schlechteste Wahlergebnis, das die SPD bei Europawahlen je erzielt hat. Das ist der erste Punkt.

(Beifall von der CDU)

Zweitens. Für die SPD war dies das schlechteste Ergebnis, das es bei einer Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen je gegeben hat. Auch das ist ein Fakt.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, eine aktuelle Umfrage von heute – die Forsa-Umfrage – besagt, dass die SPD zurzeit bei 21 % liegt, während die Grünen bei 10 % liegen. Nur einmal so just for fun: Die CDU hat mehr als Rot-Grün zusammen. Das ist aber ein anderes Thema.

(Gisela Walsken [SPD]: Wollen wir mal gucken! – Weitere Zurufe von der SPD)

Mich hat jetzt schlichtweg die Frage beschäftigt: Warum entsteht das so? Frau Kraft, normalerweise mache ich so etwas nicht, aber jetzt will ich es einmal machen: Schlechtestes Ergebnis bei der Europawahl, schlechtestes Ergebnis bei der Kommunalwahl. Und jetzt prophezeie ich Ihnen:

(Gisela Walsken [SPD]: Langsam!)

Sie werden auch bei der Bundestagswahl das schlechteste Ergebnis für die SPD erzielen, das es je in Nordrhein-Westfalen gegeben hat.

(Beifall von der CDU – Gisela Walsken [SPD]: Jetzt hat er es uns aber echt gegeben!)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch auf einen Punkt zu sprechen kommen. Ich habe zu Beginn gesagt:

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie haben zu Beginn gesagt, Sie wollten ausschließlich zum Haushalt reden!)

Ich glaube, dass ich das, was man in einer solchen Situation notwendigerweise sagen kann und auch sagen muss, gesagt habe. Aber ich will, da Sie ge-

merkt haben, dass heute nach der Methode „Es gibt dauernd einen neuen Fall, und über den müssen wir jetzt reden“ vorgegangen wird, wenn Sie gestatten, eine kleine Sache vorlesen; denn es ging eben um Bulgaren und Rumänen, um Arbeitnehmer und um einen früheren Wahlkampf, unter Bezugnahme auf einen Zeitungsartikel in einer Aachener Zeitung. Ich möchte Ihnen eine kleine Passage aus der Mitschrift des zweiten Fernsehduells vorlesen, das ich zusammen mit Herrn Steinbrück vor der Wahl hatte. Es war das Duell im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, von ARD und ZDF.

Frau Illner hat mich damals gefragt: Wie sehr hängt es überhaupt jetzt und auch später wirklich von dem Einsatz und dem Engagement der Menschen hierzulande ab, wie viele Osteuropäer nach Deutschland kommen? Das ist eine große Sorge. Wie kann ein zukünftiger Ministerpräsident Rüttgers verhindern, dass wir plötzlich auch Bulgaren und Rumänen als mit uns konkurrierende Arbeitnehmer am Markt haben? – Das war die Frage in diesem Duell.

Ich habe ausweislich dieser Mitschrift Folgendes darauf geantwortet – das war das, worauf eben ein weiterer Vorwurf basierte –:

Das macht mir große Sorge. Es darf nicht so laufen wie bei der letzten Erweiterung. Da ist ja die Situation so, dass wir hier in Nordrhein-Westfalen allein 3.000 Fliesenlegerbetriebe im letzten Jahr plötzlich dazubekommen haben. Das ist ja eine neue Form von Ausbeutung, weil da ja Menschen kommen, die dann hier arbeiten, als ob sie ein Unternehmen hätten, ohne Versicherung, ohne irgendwelche sozialen Sicherheiten, die da sind. Und die verdrängen natürlich unsere mittelständischen Handwerksbetriebe. Insofern muss es bei Verhandlungen, wenn es um Rumänien und Bulgarien geht,

(Zuruf von der SPD)

anders werden, als wir das in der Unterschrift der Bundesregierung beim letzten Beschluss in Brüssel haben, wo gesagt worden ist: Wir wollen sogar aktiv dafür sorgen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Rumänien möglichst schnell hier nach Nordrhein-Westfalen und Deutschland kommen.

(Svenja Schulze [SPD]: Was soll das denn? – Weitere Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn es irgendetwas an dieser Antwort auszusetzen gibt, bitte ich Sie, das öffentlich vorzutragen.

(Zuruf von der SPD)

Ich verahre mich gegen die Vorwürfe, die heute mittels Verdrehungen, Verkürzungen und Verfälschungen gemacht worden sind und die ausweislich solcher Aussagen, wie ich sie damals immer gemacht habe, nicht stimmen. Meine Damen und Herren, das ist parlamentarisch nicht in Ordnung.

(Anhaltender Beifall von der CDU – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: So billig kommen Sie damit nicht weg! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Zu den Chinesen haben Sie sich ja nicht geäußert!)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Wir haben jetzt Wahlkampf. Der Wahlkampf wird in etwas mehr als in zwei Wochen vorbei sein. Dann wird der Wähler gesprochen haben, und dann kommen wir zur ganz normalen Arbeit für Nordrhein-Westfalen und für diese Menschen zurück.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das hätten Sie gern!)

Ich möchte daran appellieren, dass wir in den nächsten Monaten die Kraft haben,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das haben wir! – Zuruf von der SPD: Sie hätten sie gern, aber wir haben sie!)

dass wir gemeinsam die Kraft haben, die heute offensichtlich nicht da war,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Bei Ihnen nicht!)

in der schwersten Wirtschaftskrise, die wir je hatten, für dieses Land und vor allem für seine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, seine mittelständischen Unternehmen, seine Manager, seine Wissenschaftler, seine Beamten und für alle, die ein Herz für dieses Land haben und denen es um dieses Land geht, dafür zu sorgen, dass wir gestärkt aus dieser Krise hervorkommen.

(Lang anhaltender Beifall von CDU und FDP – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Peinlich ist das, was Sie da reden! Peinlich!)

Präsidentin Regina van Dinter: Herzlichen Dank, Herr Ministerpräsident. – Meine Damen und Herren, als Nächstes gebe ich Frau Kraft von der SPD-Fraktion das Wort.

Hannelore Kraft (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, die letzte Woche ist für Sie nicht gut gelaufen. Und heute haben Sie sie nicht besser gemacht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das war schwach. Sie versuchen auszuweichen, sich wegzuducken. Sie versuchen, sich auf das zu konzentrieren, was Sie Erfolge nennen. Ich sage Ihnen ganz klar: Die Menschen spüren, Sie führen sie hinters Licht, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von der SPD)

Sie müssen vom eigenen Scheitern Ihrer Bildungspolitik ablenken. Die Menschen haben Ihnen 2005 vertraut. Ich habe immer wieder auch in diesem

Raum gesagt, dass wir in der Bildungspolitik nicht alles richtig gemacht haben. Aber die Menschen haben Ihren Versprechungen geglaubt, und die hießen: kleinere Klassen und Unterrichtsgarantie. Das waren Ihre Versprechungen, Herr Ministerpräsident. Daran müssen Sie sich messen lassen.

(Beifall von der SPD)

Gucken wir einmal auf Ihre Bilanz: 12.000 Klassen mit 30 oder mehr Schülern. 5.000 Lehrerstellen an 3.200 Schulen nicht besetzt. Das sind Ihre Zahlen aus Ihrem Ministerium, und der Schulleiterverband hat sie bestätigt, Herr Ministerpräsident!

(Helmut Stahl [CDU]: Falsch!)

Gucken wir einmal auf die Schulstruktur, Frau Sommer. Bezüglich der Hauptschule haben Sie eine Qualitätsoffensive in die Wege geleitet. Diese Qualitätsoffensive ist krachend gescheitert, Herr Stahl. Ihr Kollege in Essen, Ihr noch amtierender Oberbürgermeister schließt neue Hauptschulen. Herr Sauerland in Duisburg sagt, die Hauptschule ist beendet. Das sind die Ansagen von vor Ort. Nehmen Sie die Realität endlich an!

(Beifall von der SPD)

Reden wir einmal über die Lehramtsstudenten, Herr Ministerpräsident. Reden Sie doch einmal darüber! Reden wir einmal über die knapp 50 %, die am Ende nicht ankommen. 40 % brechen ab wegen Ihrer miserablen Organisation des Studiums! Das ist die Wahrheit. Daran müssen Sie sich messen lassen.

(Beifall von der SPD)

Und 10 % fallen dann auch noch durch. Das erklärt die niedrigen Zahlen, die im Lehramtsberuf ankommen.

Was haben Sie uns hier für ein Bild aufgezeigt! Wir bräuchten Wachstum. Das sind wieder diese blumigen Worte, diese ganzen Hohlphrasen auf Ihren Plakaten, die die Menschen nicht mehr ertragen können. Das ist doch die Wahrheit. Dafür haben Sie bei der Kommunalwahl die Quittung bekommen!

(Beifall von der SPD)

Sie reden über unsere Kommunalwahlergebnisse. Reden Sie doch einmal über Ihre! Wie tief sind Sie denn vor Ort abgestürzt? Das ist die Quittung für Ihre Politik hier im Land. Das sagen Ihre Kommunalen vor Ort, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD – Zurufe von CDU und FDP)

Sie haben einen neuen Begriff eingeführt – das habe ich wohl wahrgenommen –, nämlich „neue Sicherheit“. Da wird mir angst und bange. Ich erinnere mich, als die „neue soziale Marktwirtschaft“ eingeführt wurde. Das war der Ausgangspunkt für die neoliberale Welle, die uns in diese Katastrophe geführt hat.

(Beifall von der SPD)

„Neue Sicherheit“ macht mich skeptisch, Herr Ministerpräsident, sehr skeptisch.

(Beifall von der SPD)

Sie sagen, dass Sie bei der Haushaltskonsolidierung so viel erreicht hätten. Ich frage mich, wer da Wahrnehmungsstörungen hat. Sie sagen, wir müssten dringend vorankommen, wir bräuchten Haushaltskonsolidierung und Finanzmarktspielregeln. Finanzmarktspielregeln hat die SPD auf den Tisch gelegt. Das war Peer Steinbrück, der den Katalog, den Sie hier zitiert haben, aufgestellt hat.

(Beifall von der SPD)

Bleiben wir einmal beim Urheberrecht. Auch die Transparenz, die Sie hier hochhalten, geht auf unsere Initiative zurück.

Und dann bin ich ganz hellhörig geworden. Man muss ja bei Ihnen immer genau hinhören. Sie haben gesagt: Es wird keine zusätzlichen Boni bei der WestLB geben. – Ich bin ja mal gespannt, wie Sie aus der Nummer herauskommen. Wir sagen: Bei einer Bank, die dermaßen den Landeshaushalt ins Risiko bringt, dürfen keine Boni mehr gezahlt werden und nicht nur keine zusätzlichen Boni. Das gibt es doch gar nicht!

(Beifall von der SPD)

Zur Haushaltskonsolidierung: Gucken wir einmal in die mittelfristige Finanzplanung. Erwarten Sie jetzt die Dauerkrise, oder was kommt da auf uns zu, Herr Finanzminister? Ich sehe in der mittelfristigen Finanzplanung für die nächsten Jahre folgende Zahlen: 2009: 5,98, 2010: 6,60, 2011: 6,60, 2012: 6,50, 2013: 6,40 Milliarden €. Ist das Konsolidierung, wie Sie sie sich vorstellen? Wie wollen Sie denn damit die Schuldengrenze Null schaffen? Das würde ich von Ihnen gerne heute wissen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von der SPD)

Sie reden davon, dass man alles tun müsse, um Industrieland zu bleiben. Ja, da sind wir bei Ihnen, auch in den Details. Auch bei Datteln wird die SPD nicht wackeln. Wir haben alle vor Ort unsere kleinen Probleme. Passen Sie auf! Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. Ich sage nur „Krefeld“ und „Braunkohlerevier an der Rheinschiene“. Sie wissen genau, bei Ihnen vor der Tür fehlt die Unterstützung der CDU. Also hängen Sie sich nicht so weit aus dem Fenster, wenn es solche Situationen bei Ihnen in der CDU auch gibt!

(Beifall von der SPD)

Sie reden über Ausbildungsmarkt. Es ist sehr gut, Herr Ministerpräsident, dass Sie den Innenminister, der ja offensichtlich heute die ganze Debatte nicht verfolgt, eingefangen haben, was die Ausbildungsplätze in den Kommunen angeht. Das ist ein guter

Ansatz. Aber dann seien Sie auch endlich dabei, wenn es um die Ausbildungszahlen in den Ministerien geht und bringen Sie endlich die Ist-Zahlen nahe an die Soll-Zahlen! Es sollte nicht diesen Riesenabstand geben, den wir da dauernd feststellen müssen. Ausbildung fängt im eigenen Haus an.

(Beifall von der SPD – Minister Karl-Josef Laumann: Stimmt nicht!)

– Ihr Ministerium, Herr Laumann, ist das einzige, wo es stimmt. Bei Ihnen stimmt das, Herr Laumann, aber nicht in den anderen Ministerien. Gucken Sie sich einmal die Zahlen an. Die haben Sie uns vorgelegt, die stammen aus Ihrem Ministerium. Also ganz vorsichtig!

(Minister Karl-Josef Laumann: Wenn die Versorgungsverwaltung kommunalisiert ist, dann kann sie nicht mehr bei der Landesregierung ausbilden!)

– War die Versorgungsverwaltung bei anderen Ministerien? Ich sprach doch gerade von anderen Ministerien. Bei Ihnen im Hause ist das ja sogar plus/minus Null. In den anderen Ministerien gibt es Hunderte von Ausbildungsplätzen, die offensichtlich nicht besetzt sind. Das ist die Wahrheit, über die wir hier reden, Herr Minister.

(Beifall von der SPD)

Wir haben hier viel über Zahlen geredet. Gucken wir uns doch einmal an, wie sich diese Zahlen in Zukunft weiterentwickeln. Der Blick in die mittelfristige Finanzplanung ist da angesagt. Ich glaube, die Menschen wollen nicht, dass wir über Details und Zahlen streiten. Ihnen geht es um die Linie. Und die Linie ist hier heute deutlich geworden. Die Linie heißt: aussitzen, weitermachen wie bisher. Die Linie heißt: Dieses Land wird nicht vorankommen.

Ich sage Ihnen: Nordrhein-Westfalen hat mehr verdient als diese Regierung!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Jetzt kommen wir noch zu dem Punkt, aus dem ich Sie nicht herauslasse. Sie stellen sich hier hin und sagen lapidar: Ich äußere mich nicht zu den Äußerungen zu Nokia. – Sie sagen, Sie hätten sich ja schon entschuldigt. Ich habe mir den Wortlaut dieser Entschuldigung noch einmal angeschaut: Wer das für eine Entschuldigung hält, der hat noch nie eine Entschuldigung geschrieben.

(Beifall von der SPD)

Ich kann nur sagen: Dass Sie sich hier wegducken, zeigt, wie feige Sie sind, wie sehr Sie unter Druck stehen und wie wenig Reue Sie zeigen und einsehen, was Sie hier wirklich angerichtet haben.

(Beifall von der SPD)

Aber dem Ganzen setzt Herr Papke dann noch die Krone auf, indem er diese Äußerungen mit den

Äußerungen von Peer Steinbrück zum Thema Steueroasen, zum Thema Finanzströme vergleicht.

(Gisela Walsken [SPD]: Da hat er nichts Besseres gehabt!)

Herr Papke, Sie haben doch wirklich jedes Maß verloren. Ihr Niveau liegt inzwischen weit unterhalb des Kellergeschosses. Das war Ihre Rede heute hier in der Haushaltsdebatte.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Stahl, Sie haben alles nur noch schlimmer gemacht, indem Sie gesagt haben, das wäre ein kleiner Ausrutscher gewesen. Ein kleiner Ausrutscher! Herr Stahl, schauen Sie sich doch einmal die Wirkung an. Sehen Sie mal, wer sich alles dazu äußert und wer schon Klage gegen den Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen erhoben hat. Das müsste Ihnen Sorgen machen, Herr Stahl. Das ist die Realität da draußen im Land, die Sie hier nicht wahrhaben wollen.

(Beifall von der SPD – Minister Karl-Josef Laumann: Jetzt übertreiben Sie mal nicht!)

Das ist nicht meine Realität.

Herr Stahl, meine Redezeit läuft zwar ab, aber das Zitat am Ende Ihrer Rede müssen Sie mir noch erklären – ich habe mitgeschrieben –: „Vertrau auf Allah, aber binde dein Kamel an!“ Es gebe keine stärkeren Pfähle als Merkel und Rüttgers. – Dann beantworten Sie uns doch einmal die Frage, wer die Kamele sind. Ich hoffe nicht, die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land.

(Heiterkeit und anhaltender lebhafter Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Kraft. – Das Wort hat noch einmal der Ministerpräsident.

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Es ist ganz einfach: Es gab schon wieder unwahre Behauptungen.

(Ralf Jäger [SPD]: Lauter! – Gegenrufe von der CDU: Seien Sie leiser!)

Ich könnte Ihnen jetzt ...

(Weitere Zurufe von SPD und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Meine Damen und Herren, ich bitte um Ruhe.

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Ich könnte Ihnen jetzt Zahlen vortragen, die beweisen, dass die Klassen kleiner geworden sind. Ich will Ihnen nur aus einem Artikel aus den „Aachener Nachrichten“ vom 13. Mai 2005 vorlesen – das war, wie Sie se-

hen, mitten im Wahlkampf –, weil Sie eben wieder unwahre Behauptungen aufgestellt haben. Darin schreibt der Journalist: Jetzt sagt er – damit bin ich gemeint –, kleinere Klassen könne er – Zitat – nicht versprechen, weil ich nicht weiß, wo die Lehrer herkommen sollten. – Zitat Ende –. Weiter steht dort: Immerhin 4.000 zusätzliche Lehrer will er als Ministerpräsident einstellen. – Sie haben schon wieder falsch Zeugnis abgelegt.

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP – Lachen von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Ministerpräsident. – Meine Damen und Herren, das Wort hat jetzt Herr Stahl von der CDU-Fraktion.

Helmut Stahl (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Kraft, Sie haben die Frage gestellt, was wir den Menschen in 2005 versprochen und was wir gehalten haben. Selbst wenn Sie mich nachts um 3 Uhr wecken, bin ich noch in der Lage, das herunterzubeten, Ihnen das zu vermitteln.

(Ursula Meurer [SPD]: Tagsüber nicht, oder was?)

Ja, so tief hat sich das bei mir eingepägt.

Wir haben den Menschen erstens versprochen: Wir werden die Arbeitslosigkeit reduzieren. – Haben wir das geschafft, oder haben wir das nicht geschafft, Frau Kraft? Die Arbeitslosigkeit ist reduziert.

(Beifall von der CDU – Widerspruch von der SPD)

Als Zweites haben wir versprochen: Wir halbieren den Unterrichtsausfall. – Sie haben soeben mehrfach vernommen, dass dies der Fall ist – nach den gleichen Methoden berechnet, wie Ihre hochbelastbare Kollegin Schäfer sie in der Zeit, als sie Schulministerin war, angewandt hat.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Die leidet sowieso unter Amnesie. Sie vergisst alles, was sie früher einmal gesagt hat. Und Sie tun es auch.

(Widerspruch von der SPD)

Das Dritte, was wir versprochen haben: Wir schaffen den Einstieg in den Ausstieg aus der Schuldenspirale. – Das haben wir auch geschafft. Letztes Jahr hatten wir nahezu null Neuverschuldung. Davon hätten Sie geträumt. Dafür hätten Sie die Glocken läuten lassen. Das ist Fakt.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE] – Zurufe von der SPD)

Das Vierte ist: Nach 39 Jahren Ihrer Regierungsverantwortung in Nordrhein-Westfalen haben wir gesagt: Wir verändern das Land. – Und wir haben

das Land verändert: von den Ladenöffnungszeiten bis zur Aufhebung unsinnigster Gesetze, die Sie gegen den Mittelstand erlassen haben, mit denen Sie dem Mittelstand nicht geholfen, sondern mit denen sie ihm bei der Akquirierung von Aufträgen geschadet haben. Das alles haben wir gemacht.

Und – der Ministerpräsident hat es Ihnen gerade gesagt – wir haben 8.000 neue Lehrer eingestellt.

(Ursula Meurer [SPD]: Bei ihm waren es 10.000!)

Wir haben im nächsten Jahr zusätzlich 800 Polizisten auf der Payroll.

Gegenüber 2005 haben wir 2,7 Milliarden € mehr für Kinder ausgegeben. Wir haben mit dem Kinderbildungsgesetz 313 Millionen € mehr in Kinder investiert, als das in Ihrer Zeit der Fall war.

Jetzt komme ich zu dem, was Sie den ganzen Morgen hier versuchen verlogen zu vermitteln. Sie verweisen auf die mittelfristige Finanzplanung und darauf, dass der Finanzminister bei den Vorgaben, die der Schätzerkreis bundeseinheitlich macht, Probleme hat, dieses Ziel in 2013 darzustellen. Und Sie loben Peer Steinbrück! Aber drehen Sie das mal um: Im Haushaltsansatz des Bundes stehen die gleichen Zahlen bezogen auf den Bund wie hier in Nordrhein-Westfalen. Mein Gott, wie naiv sind Sie, Frau Kollegin Kraft? Was machen Sie hier mit den Menschen? Das ist doch unterirdisch.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Zum Schluss – und das macht mir Spaß – zu den Kamelen. Sie sind auch nicht in der Lage, eine Metapher nachzuvollziehen. Kamele sind für einen Araber nach alter Vorstellung das Wertvollste, was er hat. Ich habe nur die Analogie hergestellt: Um das Wertvollste – das Vertrauen in die Zukunft – zu schützen, sucht er feste Anker. Sie verstehen es nicht. Das tut mir leid, aber so sind Sie halt.

(Beifall von CDU und FDP)

Letzter Punkt: Es gibt immer mehr Überschriften, die Ihren Stellenwert in Ihrer Partei wie in der Politik insgesamt signalisieren. Da laufen Überschriften von uns durchaus nicht freundlich gesonnenen Menschen aus der schreibenden Zunft, dass Sie allenthalben nur noch am politischen Katzentisch einen Platz finden und dass die SPD-Größen nur noch hier vorbeifahren, wenn Sie Ihr Sommerfest haben. Ich glaube, das ist ein Beleg dafür, welche Wertschätzung, nämlich keine, Sie in Ihrer Partei im Bund erfahren. Und das werden die Bürgerinnen und Bürger Ihnen im nächsten Jahr in gleicher Weise für Nordrhein-Westfalen testieren. – Ich bedanke mich.

(Beifall von CDU und FDP – Achim Tüttenberg [SPD]: Genauso wie in Bonn bei der Kommunalwahl!)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Stahl. – Als nächster Redner spricht Herr Dr. Papke. Bitte schön.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Ich möchte einige ganz kurze ergänzende Bemerkungen zur bisherigen Debatte machen, denn gerade ist uns die Äußerung des scheidenden Dortmunder Oberbürgermeisters hereingereicht worden, der vor der Presse festgestellt hat, er sei sich sicher, dass die Einsprüche gegen die Gültigkeit der Kommunalwahl in Dortmund keine Aussicht auf Erfolg hätten, weil es den Grund für den Einspruch, das 100 Millionen schwere Haushaltsloch in der Stadt, nicht gäbe.

(Lachen von CDU und FDP)

Weil das Haushaltsloch in Dortmund ganz einfach wegdefiniert ist, scheint dort jetzt wieder alles im Reinen.

So wie die Sozialdemokraten dabei sind, Frau Kollegin Kraft, den Ruf unserer westfälischen Metropole Dortmund über Nordrhein-Westfalen hinaus mit solcher Trickserie zu ruinieren, so versuchen sie das auch in Nordrhein-Westfalen insgesamt. Das ist in der heutigen Debatte wieder deutlich geworden. Wir haben Ihnen mehrfach nachgewiesen, dass Sie mit Trickserien und verdrehten Zahlen operieren, um ein Bild nach außen zu spiegeln – das ist das, was mich sehr beruhigt –, das ihnen die Menschen aber nicht abkaufen.

Wir können hier im Landtag Nordrhein-Westfalen noch so intensiv debattieren: Am Ende des Tages müssen wir – wie es momentan dreimal innerhalb kurzer Frist der Fall ist – nach draußen gehen und uns in Demut dem Votum der Bürgerinnen und Bürger stellen – mit dem, was wir gemacht haben, mit dem, was Regierungen leisten, und auch mit dem, was nicht erfolgt ist.

Das Votum sieht nach zwei von drei Wahlen nicht nur momentan eindeutig aus, sondern das Votum war auch bei der letzten Landtagswahl eindeutig. Da ist nämlich eine rot-grüne Regierung, die auf einem verdammt hohen Ross gesessen hat, von den Menschen in Nordrhein-Westfalen wegen erwiesener Unfähigkeit aus dem Amt gejagt worden. Das war das klare Votum der Menschen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von FDP und CDU)

Am 9. Mai des nächsten Jahres werden wir uns mit unserer Bilanz in Demut wieder dem Votum der Menschen stellen. Dann werden wir darlegen, was wir erreicht haben. Wir werden aber auch sagen, was wir in der knappen Zeit von fünf Jahren noch nicht haben schaffen können und was an Herausforderungen noch vor uns liegt.

Wenn ein Land so weit zurückgefallen ist – trotz der ungeheuren Leistungspotenziale –, dann bedarf es

einer längeren Wegstrecke, um Nordrhein-Westfalen wieder dorthin zu führen, wo es hingehört, nämlich an die Spitze im Wettbewerb der deutschen Bundesländer. Das werden wir schaffen. Dafür brauchen wir noch mehr Zeit.

Ich glaube, dass auch heute deutlich geworden ist, dass wir aus Sicht der Regierungskoalition, aus Sicht der Landesregierung überhaupt keinen Grund haben, das Votum der Menschen am 9. Mai des nächsten Jahres zu fürchten. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Dr. Papke. – Als nächste Rednerin hat Frau Löhrmann für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, ich habe mich noch einmal gemeldet, weil Sie, obwohl Sie zu den im Moment zentral in der Öffentlichkeit diskutierten Fragen, was Ihre Person und die Führung und Ausübung Ihres Amtes angeht, leider nichts gesagt haben, am Ihrer Rede Schluss meinten, etwas richtigstellen zu müssen, etwas widerlegen zu müssen, was ich gesagt hätte. Das ist leider danebengegangen, weil ich mit den Zitaten, die Sie hier angeführt haben, gar nicht das Duell zwischen Ihnen und Herrn Steinbrück gemeint habe, sondern aus einer Zeitung zitiert habe. Damit sich das im Protokoll richtig wiederfindet, will ich das hier der Vollständigkeit halber noch einmal vortragen.

Ich zitiere aus den „Aachener Nachrichten“ vom 13. Mai 2005 unter der Überschrift „Der Normalo aus dem rheinischen Pulheim“: Der Rüttgers, wie er auf Plakaten und in Broschüren kumpelt, kann auch austeilen. Beim Seniorenkaffee in der Mehrzweckhalle von Heide im Kreis Borken zieht der CDU-Politiker die untersten Schubladen seines politischen Stehsatzes. In seiner Wahlkampfredede arbeitet er sich an einem muslimischen Migranten ab, der in Deutschland gleich noch seine beiden Eltern krankenversichern wolle: Er soll gefälligst unsere Werteordnung akzeptieren oder dahin gehen, wo er hergekommen ist. – Einmal in rhetorischer Rage beschwört Rüttgers das Ende der christlich-abendländischen Kultur bei einem EU-Beitritt der Türkei. Dann wirft er der Bundesregierung ein passantes vor, unser Land fahrlässig mit rumänischen und bulgarischen Arbeitskräften zu überschwemmen. – Zitat Ende.

Daran habe ich persönlich etwas auszusetzen. Das habe ich eben zum Ausdruck bringen wollen.

Ich bedaure, Herr Ministerpräsident, dass Sie heute nicht die Gelegenheit genutzt haben, Größe zu zeigen und sich vielleicht noch einmal wahrnehmbar

und überzeugend in aller Öffentlichkeit für ihre Entgleisung zu entschuldigen. Das haben Sie leider nicht getan. Das spricht für sich.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Ministerpräsident.

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Frau Löhrmann, Sie haben gerade wahrheitswidrig behauptet, das, was Sie im hinteren Teil vorgelesen hätten, sei ein Zitat gewesen. Das war kein Zitat von mir,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das habe ich doch gesagt!)

sondern es war ein Zitat aus dem von Ihnen zitierten Bericht. Da gibt es keine Tütelchen ...

(Zuruf von den GRÜNEN: Das hat sie doch gesagt!)

– Entschuldigung, das war kein Zitat von mir, sondern das war das Zitat eines Journalisten.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Ich würde mich jetzt einfach nur entschuldigen! – Lothar Hege-
mann [CDU]: Sei ruhig, Groth!)

Ich habe Ihnen vorgelesen, was ich damals argumentativ vor Hunderttausenden von Nordrhein-Westfalen vorgetragen habe. Das ist nicht identisch mit dem, was hier suggeriert wird.

Zum Zweiten haben Sie, wenn ich es richtig verstanden habe, bei dem Fall eines muslimischen Migranten von seinen beiden Eltern gesprochen. Möglicherweise habe ich das falsch gehört. Damit das klar ist, sage ich noch einmal, dass hier ein Journalist über mich schreibt: ... arbeitete sich an einem muslimischen Migranten ab, der in Deutschland gleich noch seine beiden Ehefrauen – nicht Eltern – krankenversichern wollte. – Das heißt, bei dem bekannten Fall ging es um die Frage, ob man in Deutschland, wenn man nach seinem Glauben eine zweite Ehefrau haben darf, auch die zweite Ehefrau nach unseren Krankenversicherungsgesetzen ...

(Zuruf von den GRÜNEN – Ewald Groth [GRÜNE]: Wiederholungstäter! Darf ich verdammt noch mal um Entschuldigung bitten?)

Entschuldigen Sie mal, das war Gegenstand von Urteilen und ist inzwischen geändert worden. Ich bin auch der Auffassung – und dabei bleibe ich –, dass wir nach wie vor allein schon aufgrund unseres Menschenbildes und unseres Verständnisses der Frau nicht akzeptieren sollten, dass man in Deutschland zwei Ehefrauen haben darf.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Ministerpräsident. – Nun ist Herr Sagel dran.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das war ein wörtliches Zitat, und das war nicht demontiert!)

Rüdiger Sagel (fraktionslos): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass das heute der Anfang von Ihrem Ende war.

(Zurufe von CDU und FDP)

So schwach, wie ich Sie heute erlebt habe, habe ich Sie im Landtag noch nie erlebt. Man hat den Eindruck, dass das ähnlich wie bei Herrn Althaus ist. Ich habe den Eindruck, Sie sind nur noch ein Ministerpräsident auf Abruf. Der Abruf wird spätestens am 9. Mai des nächsten Jahres kommen.

Denn eines ist klar, wenn man die Debatte heute gehört hat: Hier halten sich Leute gegenseitig vor, wie toll sie die Wahlen gewonnen haben, obgleich sie richtige Niederlagen eingefahren haben. Wenn hier jemand die Wahlen gewonnen hat, dann sind es ganz minimal die Grünen gewesen, die in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu den letzten Kommunalwahlen etwas zugelegt haben; und die Linke hat 3 % dazugewonnen. Das ist die Realität.

Die Wahlergebnisse in Thüringen, in Sachsen und vor allem im Saarland sprechen, glaube ich, für sich, wenn es darum geht, wer tatsächlich etwas in diesem Land bewegt. Ich kann nur sagen: Links wirkt. Je stärker die Linke, desto sozialer das Land. Das ist die Realität, der Sie sich hier stellen müssen. Ich kann mich teilweise nur wundern über das, was hier gesagt worden ist.

Herr Ministerpräsident, eine Frage ist mir gekommen, als Sie gesagt haben, wir müssten wieder mehr arbeiten. Mehr arbeiten als die Rumänen? – Ich zitiere die „WAZ“ von gestern. Da heißt es: Arbeitgeber loben fleißige Rumänen. Laut Statistik liegt Rüttgers mit seinem Spruch von den faulen Rumänen daneben. Sie arbeiten länger als Deutsche. – Meinen Sie das, Herr Rüttgers? Dazu hätte ich gerne noch etwas von Ihnen gehört.

NRW ist nicht nur finanzpolitisch ganz unten angekommen, sondern auch – was gesellschaftlich noch schlimmer ist – beim Bodensatz ausländerfeindlicher Ressentiments. Dafür sind Sie verantwortlich, Herr Ministerpräsident. Mit fremdenfeindlichen Parolen haben Sie dem Ansehen des Landes schweren Schaden zugefügt. Sie sind ein Wiederholungstäter; das ist hier heute deutlich geworden. Sie haben wieder einmal den rechten Rand im Land bedient. Deswegen ist das auch nicht verzeihlich und mit einer Entschuldigung sicherlich nicht getan. Es fehlt bei Ihnen ganz offensichtlich an Einsicht. Und es ist kein Wunder, dass Sie jetzt der Volksverhetzung

bezichtigt werden und deswegen auch angezeigt worden sind.

Das scheint aber Kalkül bei Ihnen zu sein. Ihr wüster Generalsekretär hat sich ja wieder hinter Sie gestellt. Den würde ich tatsächlich einmal als Rechtsextremisten bezeichnen,

(Zuruf von der CDU)

denn er ist schon in der Vergangenheit mit solchen Sprüchen aufgefallen. Das gilt im Übrigen auch für einige andere Abgeordnete Ihrer Fraktion; ich erinnere da nur an Dr. Sternberg vor zwei Jahren.

Kalkulierter Rassismus, wie er hier betrieben wird, ist nicht hinnehmbar. Das Gift, Herr Stahl, von dem hier gesprochen wurde, das sitzt hier auf der Regierungsbank. Da werden nämlich diese ausländerfeindlichen Ressentiments geschürt. Sie sind – das kann man auch so deutlich sagen – auf dem rechten Auge blind. Es ist schändlich, was Sie hier machen, und alles andere als produktiv für die Völkerverständigung.

Das zeigt im Übrigen auch, wie hochgradig nervös die CDU und die FDP hier im Land sind. Denn eines ist klar: Die Wahlen sind alles andere als gewonnen für Sie, weder die Bundestagswahl noch die Landtagswahl. Diese Nervosität ist deutlich erkennbar.

Schauen wir uns aber einmal den Landeshaushalt an, denn er sollte heute ja eigentlich das Thema sein.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Sagel, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Rüdiger Sagel (fraktionslos): Wie? Jetzt schon?

Präsidentin Regina van Dinther: Ja.

(Beifall von der CDU)

Rüdiger Sagel (fraktionslos): Das kann doch gar nicht sein. – Ich wollte jedenfalls kurz noch etwas zum Landeshaushalt sagen.

(Zuruf von der CDU: Ausschalten!)

Der Landeshaushalt zeigt sehr deutlich, dass Sie mit Ihrer Schuldenbegrenzungs politik überhaupt keinen Staat machen können. Die 130 Milliarden €, die ich Ihnen am Anfang der Legislaturperiode prophezeit habe, die haben Sie jetzt – das sieht man, wenn man in die mittelfristige Finanzplanung hineinsieht – mit dem Haushalt 2010 mit 129,1 Milliarden Euro fast punktgenau – wie von mir vorausgesagt – erreicht. Dann gibt es noch einen jährlichen Schuldendienst von über 5 Milliarden € bei Steigerungen in den nächsten Jahren von über 6 Milliarden € und immer wieder neuen Schulden in den Haushalten. Das zeigt, dass Sie mit Ihrer Politik vollständig ge-

scheitert sind. Herr Linssen ist eigentlich derjenige, der längst hätte zurücktreten müssen.

(Zurufe)

Das ist die reale Politik, die man hier erlebt, verbunden mit einem sozialen Kahlschlag, der viele Menschen nicht nur im Abseits stehen lässt, sondern jetzt auch an den Abgrund bringt. Wenn man sieht, was Sie jetzt in der Wohnungspolitik mit dem Wohnungsbauvermögen anstellen, dann wird das sehr deutlich. Ihre Ideologie „Privat vor Staat“, die Herr Papke heute noch einmal zum Besten gegeben hat, zeigt sehr deutlich, dass das völlig kontraproduktiv für die Menschen in Nordrhein-Westfalen ist. Dass sie die rumänischen Arbeiter beschimpfen, ist nur der i-Punkt auf dem, was hier ansonsten an Politik gemacht wird.

Ich kann Ihnen nur sagen: Wir kämpfen für eine konsequente soziale Politik. Dafür kämpft die Linke. Original sozial – das ist unser Slogan, unsere Prämisse. Diese Politik werden wir hier auch in den nächsten Jahren fortsetzen.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Sagel, bleiben Sie bitte hier. Sie haben gerade bezogen auf den Kollegen Wüst geäußert, Sie würden ihn als Rechtsextremisten bezeichnen. Ich rüge Sie dafür.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wir fahren in der Rednerliste fort. Hat eine Fraktion noch Redebedarf zum Haushalt, bevor wir zum GFG kommen? – Bitte, Herr Groth.

Ewald Groth (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es fällt mir schwer, jetzt einfach so zur Tagesordnung überzugehen und über den Landeshaushalt zu reden. Ich persönlich fühle mich sehr betroffen von dem, was hier heute nicht geschehen ist. Ich habe die Worte „Es tut mir leid“ nicht gehört. Die hätte ich hier heute gerne gehört.

Man kann mal was falsch machen. Aber wenn man, wie Sie, Herr Ministerpräsident, solche Dinge immer wieder von sich gibt, dann ist dahinter ein bestimmtes Menschen- und Weltbild verborgen. Dafür muss man um Entschuldigung bitten, und man muss versuchen, es nicht wieder zu tun. Aber Sie hatten nicht die Größe, das an diesem Tag hier einzusetzen. Das macht mich persönlich sehr betroffen. Ich hätte mir da mehr von Ihnen erwartet, obwohl Sie nicht von meiner Partei sind.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, Herr Finanzminister Linssen hat angeblich den Grundsatz der vorsichtigen Kalkulation in das Land Nordrhein-Westfalen eingebracht. Ich kann dazu nur sagen: Die Haushaltszahlen sprechen eine andere Sprache, Herr

Finanzminister. Was Sie, aber auch die Rednerinnen und Redner der Koalitionsfraktionen von CDU und FDP hier vortragen, ist ein wahres Zerrbild der Wirklichkeit. Sie haben doch das höchste Ausgabevolumen aller Zeiten. Dabei haben Sie selbst jetzt noch – angesichts einer Krise, hinter der Sie sich verstecken mögen; Sie versuchen, eine Nichtverantwortung für diesen Landeshaushalt und das, was in diesem Land passiert, zu konstruieren – 2,3 Milliarden € höhere Mehreinnahmen als Rot-Grün im Jahre 2004.

Hinzu kommt: Sie haben nicht nur diese Mehreinnahmen, sondern planen gleichzeitig mit 6,6 Milliarden € Nettoneuverschuldung. Das schlägt dem Fass den Boden aus, meine Damen und Herren. Sie machen netto immer noch 6,6 Milliarden € neue Schulden. Sie machen nur deshalb diese 6,6 Milliarden €, die im Grunde auch schon geschönt sind, weil Sie damit noch 100 Millionen € unter der Marke von Rot-Grün für die höchste je dagewesene Nettoneuverschuldung liegen. Diese Marke wollen Sie nicht reißen. Ich biete Ihnen aber jede Wette an, dass Sie nach der November-Steuerschätzung darüber liegen müssen – es sei denn, Sie finden weitere Tricks und Möglichkeiten zur Täuschung dieses Parlaments und der Öffentlichkeit im Bereich des Haushalts, wie wir sie aus den letzten Jahren bereits kennen.

Meine Damen und Herren, der Landeshaushalt hat sich um mehr als 1 Milliarde € pro Jahr bei den Kommunen entlastet. Er hat sich um über 1 Milliarde € bei der Besoldung der Angestellten und Beamten des Landes entlastet. Da haben Sie sich mit falschen Versprechungen sozusagen ins Amt wählen lassen, indem Sie gesagt haben: Das alles wird nicht so bleiben, wie es ist. Wir nehmen die ganzen Kürzungen zurück. – Stattdessen haben Sie die Kürzungen verschlimmbessert.

Herr Finanzminister, Sie sagen, angesichts der hohen Versorgungslasten müsse man die Kürzungen, die Sie machen, verstehen. Dazu kann ich nur sagen: Was ist denn mit den rund 1.000 Finanzbeamtinnen und Finanzbeamten, was ist mit den Steuer-, Betriebs- und Wirtschaftsprüfern, die Sie im letzten Jahr alle in den Vorruhestand geschickt haben? Natürlich erhöhen die die Versorgungslasten. Aber nicht nur das: Die erbringen auch keine Leistung mehr für den Landeshaushalt. Weder arbeiten sie in den Finanzämtern Nordrhein-Westfalens, noch holen sie die Millionenbeträge herein, die wir eigentlich brauchen, um die Ausgaben zu schultern, die geschultert werden müssen.

Ich bleibe dabei, weil es stimmt: Sie haben die höchsten Ausgaben aller Zeiten. Gleichzeitig sind Sie nicht in der Lage, die drängendsten Probleme des Landeshaushaltes in der Sozialpolitik, der Bildungspolitik und der Ökologie tatsächlich angemessen zu lösen. Das genaue Gegenteil ist der Fall.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich gehe nur auf das KiBiz ein. Es ist eindeutig: Sprechen Sie einmal mit einer gesunden Erzieherin, mit einem gesunden Erzieher. Alle werden Ihnen sagen, was für eine Verschlechterung und Verschlimmbesserung das KiBiz für jede Kindertagesstättengruppe in ganz Nordrhein-Westfalen bedeutet. Die Eltern werden Ihnen keinen Glauben schenken, weil sie die Realität vor Ort täglich erleben.

Das Gleiche passiert natürlich in den Schulen des Landes. Die Menschen wissen, dass Unterricht ausfällt. Die Eltern wissen es, die Schüler wissen es.

Sie haben das Ohr nicht mehr in der Bevölkerung. Fragen Sie einmal vor Ort nach. Auch diese Probleme sind nicht gelöst.

Meine Damen und Herren, es geht ja nicht nur um den höchsten Ausgabenstand. Damit einher geht nämlich der höchste Schuldenstand des Landes, den wir je erreicht haben. Sie haben es inzwischen geschafft, dass wir jedenfalls in der Planung – das wird nicht reichen – bei einem Schuldenstand von 128 Milliarden € angelangt sind. Auch dazu sagen Sie: Wir können nicht wirklich etwas machen. Das ist die Wirtschaftskrise. – Am Jahresende werden Sie bei über 130 Milliarden € gelandet sein. Auch dafür nehme ich jede Wette an. Herr Finanzminister, die Wette gilt, wenn Sie gleich einschlagen. Sie werden bei einer Verschuldung von mindestens 130 Milliarden € in diesem Lande liegen bleiben.

Gleichzeitig fällt das Land wirtschaftlich zurück. Betrachten Sie nur einmal unsere Zahlungen in den Länderfinanzausgleich: Man kann sehr deutlich spüren, dass wir in der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr vorne mitschwimmen. Über viele Jahre und Jahrzehnte hinweg waren wir Nettozahler. Ab und zu sind wir inzwischen sogar schon zum Nehmerland geworden. Nach neuesten Planungen zahlen wir noch einmal 100 Millionen €. Das ist ein Scherz! Unter Ihrer Regentschaft ist Nordrhein-Westfalen wirtschaftlich nicht nach vorne gekommen, sondern Nordrhein-Westfalen ist im Vergleich mit den anderen Bundesländern zurückgefallen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch etwas zum Wassercent sagen; das ist auch eine haushalterische Frage. Die FDP ist 2005 mit der Ansage gestartet, dass der Wassercent abgeschafft wird. Jetzt befinden wir uns im Jahre 2009.

(Dietmar Brockes [FDP]: Jetzt wird er abgeschafft!)

2010 soll es dazu kommen, dass der Wassercent zumindest in Zehn-Jahres-Raten auf Null gefahren wird. 2005 ist er mit einem Betrag von 86 Millionen € gestartet. In Schritten von 8,6 Millionen € werden Sie den Wassercent abbauen. Im Jahre 2020 werden Sie die Bevölkerung von diesem Wasserpfennig entlastet haben,

(Dietmar Brockes [FDP]: Nächstes Jahr schon!)

der im Übrigen die privaten Haushalte im Wesentlichen überhaupt nicht berührt.

(Svenja Schulze [SPD]: Genau!)

Das ist geringfügig.

(Dietmar Brockes [FDP]: Was?)

– Sehr geringfügig. Das, was Sie an Schulden anhäufen und wofür wir Zinsen und Tilgung in diesem Lande zu zahlen haben, ist ein Vielfaches von dem, was Sie den Menschen innerhalb von zehn Jahren zurückgeben wollen. Stattdessen verpassen Sie die ökologische Lenkungswirkung einer solchen Abgabe. Die Großunternehmen, die zum Schaden unseres Naturhaushaltes viel Wasser verbrauchen, sind durch eine solche Abgabe nämlich angehalten, Wasser zu sparen. Sie in Ihrem Klein-Klein-Kariertem können aber nur eine Wasserabgabe von 86 Millionen € sehen.

Wenn der Erfolg dieser Koalition lediglich darin besteht, dass Sie die Bevölkerung, aber im Wesentlichen nicht die Privathaushalte – im Wesentlichen entlasten Sie ja die großen Firmen –, um 8,6 Millionen € im nächsten Jahr entlasten wollen, muss ich wahrlich sagen: Das ist weder ein Erfolg für private Haushalte noch ein Erfolg für Industrieunternehmen. Es ist eine Niederlage, was Ökologie und Lenkungswirkung insgesamt im Landeshaushalt angeht.

Meine Damen und Herren, ich will noch einmal auf das andere Thema zurückkommen: Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen haben es nicht nötig, dass sich dieser Ministerpräsident vor sie stellt. Sie haben es nicht nötig, dass man ihre Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern, aber auch die in diesem Land, verunglimpft.

Deshalb meine ich, wir sollten diese Haushaltsberatungen nicht nur zum Anlass nehmen, darüber nachzudenken, wie wir mehr Integration in diesem Lande schaffen können, sondern auch zum Anlass nehmen, darüber nachzudenken, wie man es als gewählter Politiker schaffen kann, zuzugeben, etwas falsch gemacht zu haben, und zu sagen, das es in Zukunft nicht mehr vorkommen soll: Es tut mir leid! – Meine Damen und Herren, vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Groth. Gibt es weitere Wortmeldungen zum Haushalt? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir kommen zum GFG. Ich erteile Herrn Jäger für die SPD-Fraktion das Wort.

Ralf Jäger (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jetzt wird das Gemein-

definanzierungsgesetz beraten, das zum Inhalt hat, wie erhebliche Steuereinnahmen des Landes Nordrhein-Westfalen unter den 396 Kommunen aufgeteilt werden sollen. Dazu hat der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen vor etwa vier Stunden eine Rede gehalten. Wir sollten im Ältestenrat einmal darüber diskutieren, ob diese Art der Haushaltsberatung überhaupt Sinn macht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wenn es nicht Rede und Widerrede gibt, sondern erst vier Stunden später auf vergangene Zitate Bezug genommen werden kann, ist das dem Parlamentarismus nicht sonderlich dienlich.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Obwohl wir alle ein langes Gedächtnis haben, gerade was Versprechungen angeht!)

– Herr Groth, wir haben nicht nur ein gutes Gedächtnis, es ist auch protokolliert, und wir können darüber hinaus mitschreiben; ein bisschen habe ich heute Morgen mitgeschrieben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sollten einen Blick auf die Finanzsituation der Kommunen in Nordrhein-Westfalen werfen. Diese haben rund 13 Milliarden € Kassenkredite aufgehäuft. Dem, was bei uns der Überziehungskredit beim Girokonto ist, entsprechen bei den Kommunen kurzfristige Kredite bei Bankinstituten, die sie für teures Geld haben aufnehmen müssen, um ihre Aufgaben zu finanzieren.

Jede vierte Kommune in Nordrhein-Westfalen – Herr Dr. Wolf, wir sollten nicht darüber streiten, was ursächlich auf das Neue Kommunale Finanzmanagement zurückgeht – hat keinen ausgeglichenen Haushalt mehr. Diese dramatische Situation hat sich insbesondere in den letzten zwei Jahren im Rahmen einer Hochkonjunktur, in der die Steuereinnahmen so sehr sprudelten wie noch nie zuvor, zugespitzt. Dennoch sind eine ganze Reihe – die meisten – Kommunen in Nordrhein-Westfalen mit ihrem Geld nicht ausgekommen und haben Schulden machen müssen, einige in einer existenzbedrohenden Höhe.

Viele Kommunen sind finanziell schlichtweg am Ende. Sie schaffen es nicht, die ihnen übertragenen Aufgaben, Pflichtaufgaben wie beispielsweise die Sozialausgaben, die Hilfen zur Erziehung, die Eingliederungshilfen für Behinderte, die dynamisch wachsen, zu erfüllen, auch weil die Landeszuweisung die Dynamik nicht nachvollzogen hat. Sie verfügen über ein strukturelles Defizit, das sich aus Einnahmen auf der einen Seite und Ausgaben auf der anderen Seite erklärt; ein Defizit, das vielerorts so groß ist, dass die Kommunen selbst dann, wenn sie auf alle freiwilligen Leistungen verzichten würden – Hallenbad, Bücherei, Museum, Schauspielhaus –, nicht in der Lage wären, die ihnen übertragenen Aufgaben mit dem zur Verfügung stehenden Geld zu finanzieren. Sie würden – und tun dies seit

22 % ausgebaut. Da würde ich doch einfach die nächsten Jahre sagen, dass ich mich zu dem Thema an der Diskussion nicht beteilige. Das Gleiche gilt für den Ausbau der Ganztagskindergartenplätze und für die Bereiche Ganztagschulen, Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Hier sind mittlerweile in diesem Land Dinge umgesetzt worden, von denen Sie nicht zu träumen gewagt haben.

(Horst Becker [GRÜNE]: Sagen Sie etwas zu den 45 Millionen!)

Das ist nicht von Ihnen, sondern von dieser Regierung bewirkt worden. Deswegen lassen Sie doch diese kleinteilige Rechnerei, die noch dazu falsch ist. Wir sind das von Ihnen gewohnt. Sie haben eben ein sehr kurzes Gedächtnis. Deswegen können Sie ja nicht einmal eine Diskussion zu dem führen, was der Minister vier Stunden vorher eingebracht hat. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Debatte.

Wir stimmen zunächst über die Überweisungsempfehlung zum **Haushaltsgesetz 2010 Drucksache 14/9700** und zur **Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen Drucksache 14/9701** ab. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** der Haushaltsvorlagen an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend – und an **alle Fachausschüsse** mit der Maßgabe, dass die Beratung des **Personalhaushalts** einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines **Unterausschusses „Personal“** erfolgt. Wer mit dieser Überweisungsempfehlung einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Ist jemand dagegen? – Enthaltungen? – Das haben wir einstimmig so angenommen.

Nun stimmen wir über die Überweisungsempfehlung bezüglich des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände, also des **Gemeindefinanzierungsgesetzes 2010 Drucksache 14/9702** ab. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des Gemeindefinanzierungsgesetzes an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform**. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Ist jemand dagegen? – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Damit verlassen wir den Tagesordnungspunkt 2.

Ich rufe auf:

3 Pflegefachkräfte-Monitoring in NRW einführen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/9764

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/9813

Ich eröffne die Beratung. Für die antragstellende SPD-Fraktion erhält der Abgeordnete Killewald das Wort.

Norbert Killewald (SPD): Herr Präsident! Meine werten Kolleginnen und Kollegen! Vor genau drei Wochen haben wir im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales eine Anhörung zum Thema „Pflegetotstand verhindern“ durchgeführt. Hierbei haben wir die einhellige Meinung vernommen, dass wir ein anständiges Pflegefachkräfte-Monitoring brauchen.

Klare und deutliche Worte gab es auch zu dem von uns hinterfragten Pflegetotstand, nämlich ob es diesen gibt oder nicht. Fast einhellige Meinung war: Ja, er ist bereits da. Wichtig: Alle Anwesenden haben dem Landtag mit auf den Weg gegeben, dass schnelles Handeln erforderlich ist. Noch vor drei Wochen, Herr Minister, gab es von Ihrem Hause und auch von der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion erbitterte Gegenwehr gegen die Anerkennung des Pflegetotstandes.

(Minister Karl-Josef Laumann: Wir haben keinen Notstand!)

Ich zitiere das Institut, das Sie beauftragt haben, nämlich die Forschungsgesellschaft für Gerontologie, die vor drei Wochen ausgeführt hat:

Dass bis 2015 ein Pflegetotstand eintritt, erscheint nicht realistisch, wenn man den bisherigen Ausbildungsertrag weiter ausbildet. Sinkende Ausbildungszahlen führen nicht zwangsläufig zu einem geringeren Ausbildungsertrag.

Sie haben ja gerade eingeworfen, Herr Minister, dass wir keinen Pflegetotstand haben. Dann verwundert mich aber, dass Sie am Montag bei „10 Jahre Pflegerat NRW“ gesagt haben, dass wir in den nächsten Jahren mittelfristig nicht mehr ohne osteuropäische Arbeiterinnen und Arbeit im Pflegebereich auskommen. Vielleicht haben ja alle Sie missverstanden.

(Minister Karl-Josef Laumann: Ja!)

Es ging jedoch durch die gesamte Presse, dass Sie dieses gesagt haben.

(Minister Karl-Josef Laumann: Eine Zeitung!)

